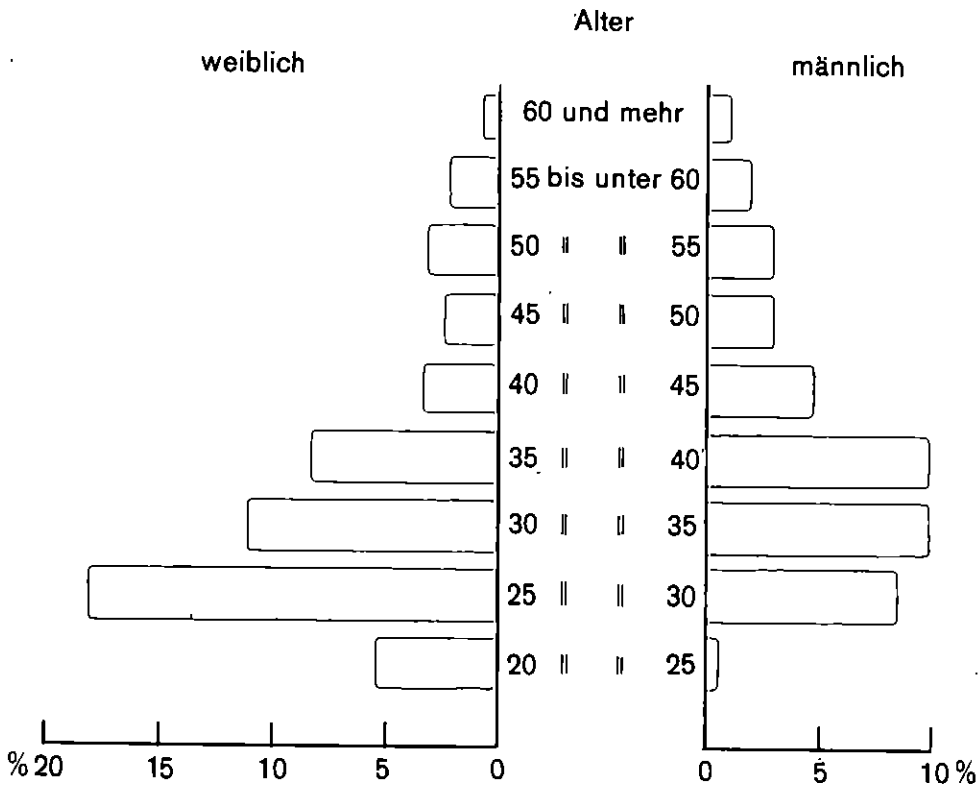


statistisch r und prognostischer Jahresbericht 1977/78

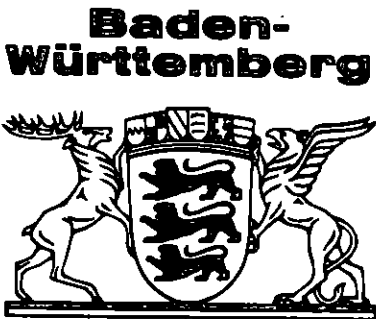
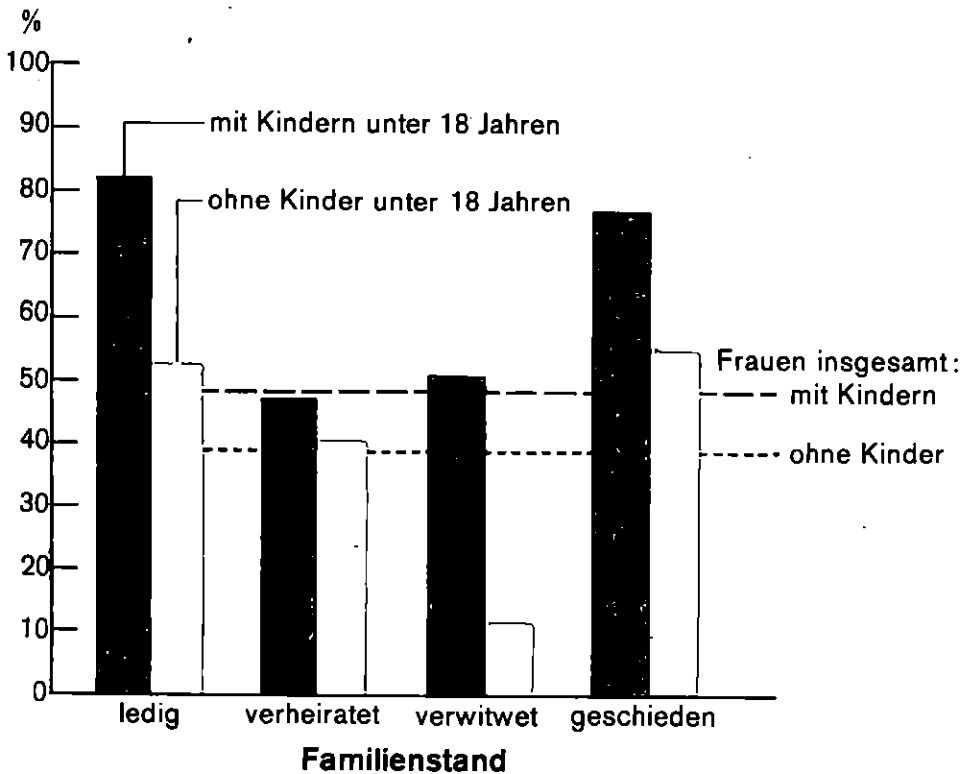
Heft 5

Altersgliederung der Lehrer* 1977/78



*Voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

Tätigkeitsquoten der Frauen 1977



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1977/78**

1114_78001

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Vorwort

Die Landesregierung legt hiermit den zusammen mit dem Statistischen Landesamt erarbeiteten statistischen und prognostischen Jahresbericht 1977/78 vor. Dieser fünfte Bericht in der Reihe der statistischen und prognostischen Jahresberichte unterscheidet sich in Inhalt und Umfang von den Vorberichten. Neben dem Rückblick auf das Jahr 1977 und dem Ausblick auf das Jahr 1978 enthält er Sonderausführungen zu den Bereichen Familie, Lehrerstruktur und Arbeitsmarkt. Ein Abschnitt mit Langfristprognosen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung fehlt dagegen. Dieser Prognoseteil wird im Bericht 1978/79 wieder enthalten sein. Dieser Folgebericht soll außerdem einen längerfristigen Rückblick auf Entwicklungen in wichtigen landespolitischen Schwerpunktbereichen umfassen.

Das Jahr 1977 hat die erhoffte durchgreifende Erholung der Konjunktur und die spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes nicht gebracht. Die zu Beginn des vergangenen Jahres gestellten Prognosen haben sich nicht erfüllt. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts blieb um die Hälfte hinter den Erwartungen zurück. Dies war nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Seit nunmehr über drei Jahren sind in der Bundesrepublik durchschnittlich mehr als eine Million Menschen arbeitslos.

Im Vergleich zum Bundesgebiet war 1977 die Entwicklung in Baden-Württemberg relativ günstig. Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts lag erheblich über dem Bundeswert. Die Arbeitslosenzahl konnte im Jahresdurchschnitt um 15% und damit deutlich stärker als im übrigen Bundesgebiet verringert werden. Nach wie vor weist Baden-Württemberg die mit Abstand geringste Arbeitslosigkeit auf. Die gesunde Struktur und die Leistungskraft der baden-württembergischen Unternehmen, aber auch die Bemühungen des Landes zur Förderung der Wirtschaft und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zeigen hier ihre Wirkung.

Diese im Bundesvergleich günstige Situation Baden-Württembergs wird auch 1978 fortbestehen. Insgesamt gesehen können aber die Aussichten für 1978 nicht befriedigen. Daher wird es notwendig sein, die Anstrengungen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit dem Ziel fortzusetzen, das wirtschaftliche Wachstum zu verstärken und damit die Voraussetzung für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Landtag und Landesregierung haben mit ihren Beschlüssen zum Haushalt 1978 Weichenstellungen hierfür vorgenommen. Zu nennen sind vor allem die Ausweitungen der Investitionsausgaben, die Verstärkung des Sonderprogramms zur Sicherung von Ausbildungsplätzen und die Erhöhung der Mittelansätze für die Gewerbeförderung. Das Land ist dabei bis an die Grenze des finanzpolitisch Vertretbaren gegangen. Eine durchgreifende Änderung der Arbeitsmarktsituation kann aber nur erwartet werden, wenn zu diesen finanzpolitischen Maßnahmen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft hinzukommt. Die Hoffnungen, die in dieser Richtung auf die diesjährigen Tarifabschlüsse gesetzt wurden, haben sich jedoch leider nicht erfüllt.

Die Familie steht 1978 im Mittelpunkt der Landespolitik. Mit der Aktion Familie 1978 will die Landesregierung dazu beitragen, in der Öffentlichkeit das Bewußtsein für die Funktion und die Probleme der Familie zu wecken und die Bereitschaft zu familien- und kinderfreundlichem Verhalten zu fördern. In diesen Zusammenhang fügt sich die Sonderuntersuchung im Rahmen des statistischen und prognostischen Jahresberichts 1977/78 ein. Sie macht aus statistischer Sicht die Struktur der heutigen Familie deutlich und versucht, die Ursachen für die rückläufige Zahl der Eheschließungen, die steigende Zahl von Ehescheidungen und die abnehmende Kinderzahl aufzuzeigen. Diese erstmals in dieser Form zusammengestellte Datenübersicht bildet eine wichtige Grundlage für Entscheidungen über notwendige weitere Maßnahmen der Familienpolitik.

Mein Dank gilt dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Szameitat, und seinen Mitarbeitern für die Erarbeitung des statistischen und prognostischen Jahresberichts 1977/78.

Stuttgart, im Juni 1978

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Hans Filbinger'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger

Inhalt	Seite
Teil I Das Jahr 1977: Grundzüge der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung	7
Teil II Ausblick auf das Jahr 1978	27
Teil III Sonderuntersuchungen	37
1. Die Struktur der Familie aus statistischer Sicht	37
2. Die Lehrerstruktur an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen	51
3. Arbeitsmarkt	57
3.1 Situation auf dem Arbeitsmarkt	58
3.2 Voraussichtliche längerfristige Entwicklung	67

Teil I

Das Jahr 1977: Grundzüge der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung

Das Jahr im Überblick

Das Land Baden-Württemberg konnte 1977 auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Das Jubiläum war Anlaß, die Entwicklungen und Leistungen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen zu würdigen; die das Zusammenwachsen der drei ehemaligen Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden gefördert haben. Im Rahmen von zahlreichen Veröffentlichungen, die aus diesem Anlaß erschienen sind, hat auch das Statistische Landesamt in einem datenorientierten Rückblick *25 Jahre Baden-Württemberg* wichtige Entwicklungslinien des Landes in Wort und Zahl dargestellt.

Herausragende Ereignisse von überregionaler Bedeutung waren 1977 die im Schloßgartengelände in Stuttgart abgehaltene Bundesgartenschau und die an die historische Tradition des Landes anknüpfende ungewöhnlich stark besuchte Stauferausstellung im Alten Schloß in Stuttgart. Auch die 500-Jahr-Feier der Universität Tübingen, die zu den ältesten deutschen Hochschulen gehört, wird zu den besonderen Ereignissen des letzten Jahres zu rechnen sein.

Wie in allen Bundesländern standen im letzten Jahr aber auch in Baden-Württemberg Fragen der inneren Sicherheit, die Fortführung der Terroristenprozesse, die Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit die Chancen der jungen Generation im Mittelpunkt des Interesses.

Aus datenorientierter Sicht war für das vergangene Jahr die Stagnation des Bevölkerungsstandes mit etwa 9,120 Millionen Einwohnern von Bedeutung, die in erster Linie von dem fast ausgeglichenen Wanderungssaldo verursacht war. Diese Entwicklung bestätigt die in die langfristigen Vorausschätzungen der Bevölkerung aufgenommenen Prämissen einer „Nullwanderung“ bei einem relativ großen Wanderungsvolumen (je 200 000 Zu- und Fortzüge).

Im Wirtschaftssektor hatten die sich auf breiter Front abzeichnenden Erholungstendenzen des Jahres 1976 Anlaß zu der optimistischen Erwartung einer entsprechenden Weiterentwicklung gegeben. Im 2. Vierteljahr 1977 jedoch kam der konjunkturelle Aufschwung ins Stocken, die Entwicklung pendelt seither um das Vorjahresniveau. Mitbedingt wurde diese Entwicklung durch eine verstärkte Abschwächung der allerdings nach wie vor hohen Auslandsnachfrage.

Die relativ hohen Wachstumserwartungen, die von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um über 5% ausgingen, konnten somit nicht erfüllt werden; vielmehr errechnet sich für 1977 eine Zunahme von 3,5% (Bundesgebiet : 2,6%). Diese Entwicklung brachte den Prozeß der Arbeitsmarktentspannung ins Stocken und ließ die einzelnen Problemgruppen und Problembereiche deutlich hervortreten. Im Durchschnitt des Jahres 1977 gab es in Baden-Württemberg etwa 101 400 Arbeitslose bei etwa 45 000 amtlich gemeldeten offenen Stellen. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,9% schneidet das Land am besten ab (Bundesdurchschnitt 4,5%). Bemerkenswert ist dabei, daß die seit 1973 rückläufigen Erwerbstätigenzahlen 1977 erstmals wieder leicht zugenommen haben, und zwar um 40 000 auf 4,06 Millionen.

Im Bildungsbereich war 1976 der Wunsch nach längerem Schulbesuch und höherem Bildungsabschluß sicherlich aufgrund der Diskussion um Studienplatzbeschränkung und Akademikerüberschuß zurückgetreten. 1977 hat er sich wieder verstärkt durchgesetzt. Während die Übergangsquoten auf Gymnasien auf 28,6% anstiegen und auf Realschulen mit ebenfalls 28,6% das hohe Vorjahresniveau hielten, wurde erstmals an den Universitäten ein Rückgang der Erstimmatrikulationen um über 1 000 verzeichnet. Es zeigt sich also ein anhaltender Wunsch nach höherem Bildungsabschluß, nicht aber eine entsprechende Studierneigung.

Stagnierende Bevölkerungsentwicklung

Der Bevölkerungsrückgang der letzten drei Jahre hat sich 1977 entscheidend abgeschwächt. Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs liegt mit 9,120 Millionen auf dem Niveau von 1976 (9,119 Millionen). Maßgeblich für den Bevölkerungsrückgang war in den vergangenen Jahren ein Abwanderungsüberschuß des ausländischen Bevölkerungsteils, der 1975 – im Tiefpunkt der Rezession – mit rund 77 000 Personen das größte Ausmaß erreichte. Schon im folgenden Jahr hat sich diese Abwanderung deutlich abgeschwächt, eine Tendenz die sich auch im Jahr 1977 fortsetzte. Einem negativen Wanderungssaldo der Ausländer von 13 600 Personen steht ein Wanderungsgewinn beim deutschen Bevölkerungsteil von 14 300 Personen gegenüber. Mit einer wanderungsbedingten Zunahme von etwa 700 Personen geht in diesem Jahr von der für die Bevölkerungsentwicklung bisher so entscheidenden Wanderungsbewegung kaum ein Einfluß aus.

Ähnlich verhält es sich mit den Auswirkungen der Entwicklung von Geburten und Sterbefällen. So sind zwar 1977 nur 91 000 Kinder zur Welt gekommen und damit etwa 4,7% weniger als im Vorjahr, gleichzeitig ist aber auch ein Rückgang der Sterbefälle von 94 400 auf 90 500 zu verzeichnen. Der sich danach ergebende Geburtenüberschuß ist so gering, daß praktisch keine Bestandsveränderungen damit verbunden sind.

Der Geburtenrückgang geht auf eine Abnahme beim deutschen und vor allem beim ausländischen Bevölkerungsteil zurück. So hat die Zahl der Geburten bei den Ausländern um 2 100 auf rund 16 700 abgenommen (-11,1%). Da die Zahl der Sterbefälle etwa gleich geblieben ist, ergibt sich ein im gleichen Ausmaß gesunkener Geburtenüberschuß von 15 200 Personen. Hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen der Abwanderungen von Erwerbstätigen und von deren Familienangehörigen. Daß auch beim deutschen Bevölkerungsteil die Geburten um 3,2% abgenommen haben – und zwar um etwa 2 400 auf 74 200 – war Anfang des Jah-

res nicht erwartet worden. Die Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen von 1975 nach 1976 um 1,1%, in Verbindung mit der altersstrukturell bedingten Zunahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, hatte damals Anlaß gegeben zu der Überlegung, ob der Tiefstand in der Geburtenentwicklung erreicht sei und ob sich eventuell sogar eine Tendenzwende in der Fruchtbarkeit abzeichne. Der Verlauf des Jahres 1977 hat diese Überlegungen nicht bestätigt, damit ist der Trend der Weiterentwicklung nach wie vor offen. Für den ausländischen Bevölkerungsteil deutet sich an, daß auch Änderungen des generativen Verhaltens die rückläufige Geburtenentwicklung verursachen. Denn die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer¹ ausländischer Frauen ist im Zeitraum 1972 bis 1976 fast kontinuierlich von 105 auf 89 gesunken. (Fruchtbarkeitsziffer deutscher Frauen : 49).

Durch den erheblichen Rückgang an Sterbefällen um 4,2% auf 89 000 ist allerdings trotz der geringen Geburtenzahl das Geburtendefizit beim deutschen Bevölkerungsteil mit 14 800 Personen kleiner als im Vorjahr (-16 300). Es wird durch den nach wie vor bestehenden Geburtenüberschuß bei den Ausländern ausgeglichen. Eine Fortsetzung dieser jetzigen geringen Höhe der Fruchtbarkeit bei der deutschen Bevölkerung bedeutet, daß nach einer Stagnationsphase bis zum Ende der achtziger Jahre die deutsche Bevölkerung in den dann folgenden Jahrzehnten vor einem beträchtlichen Schrumpfungsprozeß steht.

Abgeschwächte Abwanderung von Ausländern

Die rezessive Wirtschaftsentwicklung der Jahre 1974/75 hatte nach langen Jahren eines ständigen Zustroms von ausländischen Erwerbspersonen, die zunehmend auch ihre Familienangehörigen nachzogen, eine Umkehr dieser Wanderungsbewegung eingeleitet. Der Abwanderungsüberschuß schwächte

¹ Lebendgeborene je 1 000 Ausländerinnen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahre).

Tabelle 1
Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1974	1975	1976	1977
Geburten	102 206	97 019	95 492	90 981
Sterbefälle	93 127	95 646	94 426	90 517
Geburtenüberschuß	9 079	1 373	1 066	464
Zuzüge	274 660	203 461	211 451	229 704
Fortzüge	296 875	278 326	245 999	228 981
Wanderungssaldo	- 22 215	- 74 865	- 34 548	+ 723
Bevölkerungszunahme/abnahme (—)	- 13 136	- 73 492	- 33 482	+ 1 187
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 226 240	9 152 748	9 119 266	9 120 453

sich jedoch schon im Jahr 1976 ab, was insbesondere auf die verstärkten Zuzüge (+19,4%) bzw. abgeschwächten Fortzüge (-18,2%) in der zweiten Jahreshälfte 1976 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 1975 zurückging.

Diese Tendenzen haben sich im Jahr 1977 weiterhin fortgesetzt, da die Abwanderung auf 123 100 Personen und damit um etwa 12% zurückgegangen ist, die Zuzüge demgegenüber jedoch um etwa 11 800 auf 109 500 Personen zugenommen haben. Daß sich die Abwanderung weiter reduziert hat, weist darauf hin, daß ein großer Teil der ausländischen Erwerbstätigen inzwischen zu einem festen Bestandteil des einheimischen Arbeitskraftpotentials geworden ist, und daß nach wie vor unattraktive Arbeitsplätze von deutschen Arbeitnehmern gemieden und überwiegend von Ausländern belegt werden. Andererseits geht offenbar auch hier der Ausleseprozeß in Richtung auf besser verwendbare Arbeitskräfte weiter. Aus der Gegenüberstellung des Abwanderungsüberschusses von 13 600 Personen und dem Geburtenüberschuß von 15 300 ergibt sich, daß der Ausländerbestand 1977 leicht über dem von 1976 und damit bei etwa 813 000 Personen liegt. Eine weitere Abwanderung kann offenbar nur durch zusätzliche Anreize ausgelöst werden. Ausgehend vom Höchststand Ende 1973 von 908 000 Personen hat sich die Ausländerzahl damit bis jetzt um etwa 95 000 verringert. Insgesamt haben sich in den letzten Jahren in einigen Bereichen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, gewisse Entspannungen und Erleichterungen ergeben.

Starke Nachfrage nach höheren Bildungsabschlüssen

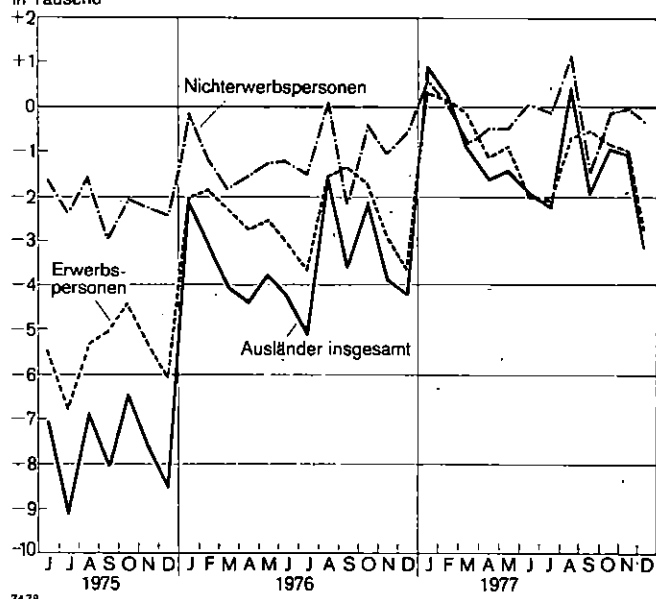
Mit Beginn des Schuljahres 1977/78 haben rund 124 000 ABC-Schützen ihre schulische Ausbildung begonnen. Zusammen mit den Wiederholern liegt die Zahl der Erstklässler bei 127 000 und hat damit gegenüber dem Schuljahr 1976/77 um rund 6%, gegenüber dem Schuljahr 1970/71 sogar um fast ein Viertel abgenommen. Dabei hat sich das Einschulungsalter der Tendenz entsprechend weiterhin erhöht und liegt im neuen Schuljahr bei knapp sieben Jahren.

Durch den schwachen Einschulungsjahrgang hat sich auch die Zahl der Schüler an den Grundschulen des Landes gegenüber dem Vorjahr um 6,8% auf 533 000 verringert. Entsprechend ging die durchschnittliche Klassenstärke von 29,1 auf 27,4 Schüler je Klasse zurück. Die Hauptschulen werden 1977/78 von 334 000 Schülern besucht, das sind 3,6% weniger als im Vorjahr, was im Durchschnitt zu einem Rückgang der Klassenstärke von 29,5 auf 28,0 Schüler führte. Neben den verstärkten Übergängen insbesondere auf Gymnasien hat sich in dieser Entwicklung auch der Geburtenrückgang ab Mitte der sechziger Jahre ausgewirkt.

Schaubild 1

Wanderungsbilanz der Ausländer

(Differenz zwischen Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze)
in Tausend



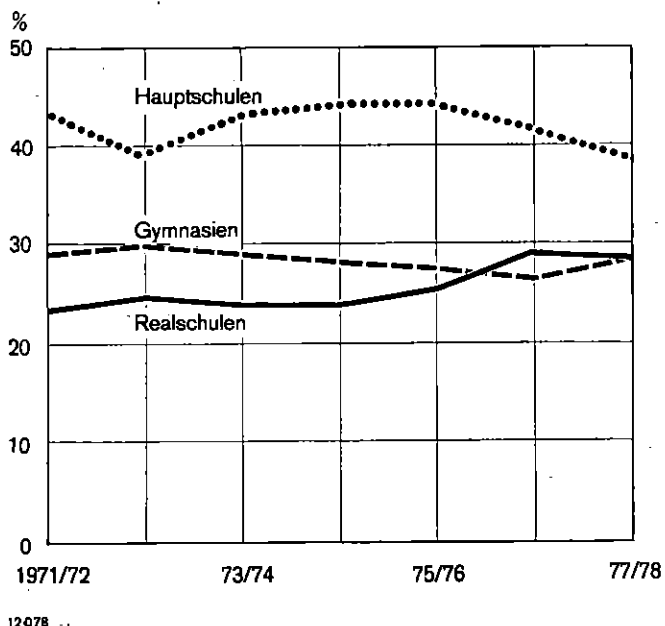
Während sich noch im Jahre 1976 durch die Diskussion um Studienplatzbeschränkung und erwarteten Akademikerüberhang eine Verhaltensänderung derart abzeichnete, daß der Besuch der Realschule gegenüber dem Gymnasium an Interesse gewann, hat sich 1977 auch wegen der Schwierigkeiten bei der Suche nach einer den Vorstellungen entsprechenden Lehrstelle wiederum der Wunsch nach einem höheren Bildungsabschluß verstärkt durchgesetzt.

So verharrte die Übergangsquote² zur Realschule mit 28,6% weiterhin knapp auf dem im Vorjahr erreichten hohen Niveau (28,8%), während der Anteil der Übergänger auf das Gymnasium von 27,5% auf 28,6% deutlich anstieg. Unter den unerwartet starken Zugängen von jeweils fast 43 000 Schülern sind interessanterweise jetzt die Mädchen in der Eingangsklasse des Gymnasiums mit 48,3% fast entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. Damit besuchen im Schuljahr 1977/78 243 000 Schüler die Realschule – das sind 6,6% mehr als im Vorjahr – und 316 000 das Gymnasium (+3,5%). Die hohen Übergänge in Verbindung mit der starken Besetzung der älteren Jahrgänge in diesen Schularten führen dazu, daß die Klassenfrequenzen mit 30,3 (Realschule) und 28,6 (Gymnasien) über denen von Grund- und Hauptschülern liegen.

Um eine weitere Verbesserung der schulischen Ausbildungssituationen insbesondere durch eine Senkung der Klassenstärken und einen regionalen Ausgleich zu erreichen, hat die Landesregierung am 1. Juli 1977 ein mittelfristiges Konzept zur Einstel-

² Übergänger aus der 4. und 5. Klassenstufe in Prozent der Schüler der 4. Klassenstufe.

Übergang auf weiterführende Schulen (in Prozent des entsprechenden Schüler- jahrgangs)



lung der Lehramtsbewerber beschlossen, das zusätzlich 3 900 Lehrerstellen bis 1980 vorsieht. Zusammen mit den bereits im Doppelhaushalt 1977/78 (ohne Nachtrag) ausgebrachten 2 380 Lehrerstellen umfaßt das Programm also insgesamt 6 280 zusätzliche Stellen. Dennoch können in den nächsten Jahren nicht alle Lehramtsbewerber mit einer Übernahme in den Schuldienst des Landes rechnen. Die Schwierigkeiten bei der Übernahme von Lehramtsanwärtern, die in den Jahren des wirtschaftlichen Abschwungs auch aus der finanziellen Situation der öffentlichen Hand resultierten, gleichzeitig aber auch im Hinblick auf die sinkenden Geburtenzahlen strukturell bedingt waren – haben zu deutlichen Auswirkungen geführt. Das nachlassende Interesse am Lehramtsstudium – die Zahl der Studienanfänger ging im Wintersemester 1977/78 gegenüber dem Vorjahr um rund 23% zurück – bewirkte, daß sich der Anteil der deutschen Lehramtsstudenten an allen Studienanfängern von 22,4% auf 20,8% verringerte. Dies ist allerdings überwiegend auf einen Rückgang bei den Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen zurückzuführen. Insgesamt gab es im Wintersemester 1977/78 in Baden-Württemberg nur noch 37 500 Studierende des Lehramts gegenüber 40 000 vor einem Jahr. Der Hochschulstrukturplan der Landesregierung von 1977 trägt diesen Veränderungen und dem gewandelten Bedarf nach bestimmten Studienabschlüssen bereits Rechnung.

Im Bereich des beruflichen Schulwesens hat sich 1977 die Zahl der Schüler an den Berufsschulen nach einigen Jahren der Abnahme (Kurzschuljahre) erstmals wieder erhöht und zwar um 4,8% auf 227 000³. Die Ursachen sind demographischer Natur: geburtenstarke Jahrgänge aus der Haupt- und Realschule sind eingetreten, während ein schwächer besetzter Jahrgang ausgeschieden ist.

Erfreulicherweise hat der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen von 1976 nach 1977 von 3,3% auf 2,7% abgenommen. Gleichzeitig ist auch der Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag von 12,2% auf 10,7% gesunken, wobei allerdings die Schülerinnen mit 18,4% weit überdurchschnittlich betroffen sind. Die hier sichtbar werdenden Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind sowohl konjunkturell-struktureller Natur als auch altersstrukturbedingt: Es suchen mehr Jugendliche aus den geburtenstarken Jahrgängen eine Stelle als durch das Ausscheiden nur schwach besetzter Jahrgänge frei werden. Zur Kompensation dieser Lücke wird von der Landesregierung neben den Bemühungen um die Schaffung von Lehrstellen auch der Besuch von beruflichen Vollzeitschulen angeboten. 1977 besuchten fast 125 000 Schüler – das heißt fast jeder dritte Berufsschüler – die verschiedenen Vollzeitschulen, das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,9%.

Im Jahr 1977 haben in Baden-Württemberg rund 24 300 Schüler die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erworben, 4% mehr als im Vorjahr. Die Abiturientenquote – also der Anteil der Abiturienten an der Zahl der 18- bis 19-jährigen – ist damit weiter auf 17,6 gestiegen. Sie liegt jetzt fast dreimal so hoch wie im Jahr 1960, wobei der Anteil der Mädchen am Abiturjahrgang im gleichen Zeitraum von 33% auf 44% gestiegen ist.

Zwar ist zum Wintersemester 1977/78 die Zahl der Studenten an den neun Universitäten auf 94 330 (einschließlich beurlaubter Studenten) gestiegen, das sind etwa 4,1% mehr als im vergleichbaren Semester des Jahres 1976/77. Jedoch ist dabei die Zahl der neu zur Verfügung stehenden Studienplätze nicht voll ausgeschöpft worden, denn die Zahl der Erstimmatrikulierten weist mit 13 140 erstmals 1 000 weniger als im Vorjahr auf (-7,1%). Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Pädagogischen Hochschulen, deren Studierendenzahl um rund 10% abgenommen hat und nur noch rund 18 000 beträgt.

Eine Zunahme um 3,6% verzeichnen demgegenüber die Fachhochschulen (24 300 Studenten einschließlich Studenten im Praxissemester). Insgesamt befanden sich im Wintersemester 1977/78 an allen Hochschulen des Landes rund 139 400 Studierende.

³ Teilzeitschüler, einschließlich Schülern an Sonderberufsschulen.

Tabelle 2

Schüler an öffentlichen Berufsschulen 1977 und 1976

Schulart	1977	1976
	Zahl	
Berufsschulen zusammen	225 293	216 464
	%	
darunter weiblich	38,7	38,7
Ausländer	4,2	4,3
ohne Ausbildungsvertrag	10,7	12,2
Arbeitslose	2,7	3,3
	Zahl	
Gewerbliche Berufsschulen	142 054	134 252
	%	
darunter weiblich	20,4	19,6
Ausländer	4,3	4,5
ohne Ausbildungsvertrag	6,0	6,5
Arbeitslose	1,7	1,9
	Zahl	
Kaufmännische Berufsschulen	59 172	57 242
	%	
darunter weiblich	66,5	65,5
Ausländer	1,0	1,0
ohne Ausbildungsvertrag	1,5	2,2
Arbeitslose	0,3	0,5
	Zahl	
Hauswirtsch.-landwirtschaftliche Berufsschulen	24 067	23 871
	%	
darunter weiblich	78,8	79,5
Ausländer	11,6	10,6
ohne Ausbildungsvertrag	61,3	65,1
Arbeitslose	14,8	16,5

Stagnation auf dem Arbeitsmarkt

Der Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahr 1975 folgte im Jahr 1976 – vor allem in der ersten Jahreshälfte – ein deutlicher Abbau, der sich jedoch entgegen allen Hoffnungen im Ablauf des Jahres 1977 nicht in dieser Stärke fortsetzte. Ein Vergleich der monatlichen Arbeitslosen- und Kurzarbeitsziffern von 1977 mit den entsprechenden Vorjahresmonaten zeigt nämlich, daß sich der noch zum Jahresbeginn bestehende hohe Abstand zum Vorjahr im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich verringerte, bei den Kurzarbeitern sogar eine Zunahme zu verzeichnen war. Die nur schleppende Wirtschaftsentwicklung brachte also den Prozeß der Arbeitsmarktentspannung ins Stocken, wodurch nicht zuletzt auch die Aussichten für das Jahr 1978 sehr zurückhaltend eingeschätzt werden.

Im Jahresdurchschnitt 1977 lag die Zahl der Arbeitslosen mit 101 400 um 15,0% unter dem Vorjahresniveau und mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2,9% erheblich besser als im Bundesgebiet (4,5%). Im Mai 1977 sank die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit Dezember 1974 wieder unter die 100 000-Grenze. Die Entwicklung für

1978 ist noch nicht abzusehen. Im Januar lag die Zahl der Arbeitslosen um 15 000 unter der von Januar 1977, im März 1978 lag sie mit 98 000 um 6 000 unter der des Vorjahres. Die Zahl der Kurzarbeiter sank erheblich um 42% auf 29 700. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich um 5,5% auf 44 900, wobei sich jedoch auch hier zum Jahresende eine Abschwächung der Tendenz abzeichnete. Die günstigere Arbeitsmarktlage in Baden-Württemberg im Verhältnis zum Bundesgebiet zeigt sich in den unterschiedlichen Relationen von offenen Stellen zu Arbeitslosen. So traf im Jahresdurchschnitt im Bundesgebiet eine offene Stelle auf vier Arbeitslose, im Land dagegen auf zwei Arbeitslose. Allerdings ist gerade die Ermittlung der offenen Stellen außerordentlich unsicher, so daß eine Beurteilung der Arbeitsmarktsituation erschwert wird. So schätzt die Bundesanstalt für Arbeit, daß die amtliche Kartei nur etwa 40% des tatsächlichen Arbeitsplatzangebots erfaßt.

Neben einer zurückhaltenden Wirtschaftsentwicklung als allgemeiner Verursachung bestehen erhebliche Ungleichgewichte auf Teilarbeitsmärkten, die jeweils auf eine differenzierte Ursachenkonstellation zurückgehen.

Im September 1977 waren von den 72 840 Vollzeitarbeitslosen über 13% Jugendliche unter 20 Jahren, so daß die Arbeitslosenquote dieses Personenkreises mit 3,1% vorübergehend deutlich über der Gesamtquote lag; bis März 1978 war der Anteil auf 10,1% gesunken. Läßt man den Abgang aus dem Hochschulbereich außer Betracht, so haben rund 147 200 Schüler ihre Schulen im Sommer 1977 verlassen. Hinzu kommen noch knapp 25 000 Abiturienten, von denen jedoch nur 10 bis 25% auf dem Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt als Nachfrager auftreten. Die Zahl der Entlaßschüler hat sich gegenüber 1976 um über 15 000 erhöht, wobei allein in den Hauptschulen aus dem ersten geburtenstarken Jahrgang der sechziger Jahre 8 500 Schüler mehr zur Entlassung anstanden. Aufgrund der gegebenen Altersstruktur ist noch bis 1981 mit einer weiteren Zunahme der Schulabgänger zu rechnen. Nach einer Umfrage im Mai 1977 zeigten etwa 1/3 der Entlaßschüler Interesse an einer weiteren Schulausbildung, gut 60% und damit 89 000 Schüler strebten eine berufliche Ausbildung im dualen System an. Von diesen verfügten zum damaligen Zeitpunkt 73% über einen sicheren Ausbildungsplatz. Von den rund 24 000 Schulabgängern ohne entsprechenden Vertrag waren bis Ende September nach den Angaben der Arbeitsverwaltung noch 21 000 untergekommen, 3 000 Personen suchten noch einen Ausbildungsplatz, denen andererseits 3 700 nicht besetzte Plätze gegenüberstanden, — eine Relation, die auch in den vergangenen Jahren zu beobachten war.

Damit ist es den vielfältigen Bemühungen der Wirtschaft, der Landesregierung sowie den Kammern und der Arbeitsverwaltung im Jahr 1977 gelungen, den Ausbildungsstellenmarkt in etwa in Ausgleich zu bringen. Die altersstrukturell bedingte starke Nachfrage nach und das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen aufeinander abzustimmen, wird auch in den nächsten Jahren besonders schwierig sein. Daher hat die Landesregierung auch für 1978 im Rahmen eines Sonderprogramms 46 Mill. DM bereitgestellt, aus dem etwa 9 500 zusätzliche Arbeitsplätze gefördert werden sollen.

Von den Entlaßschülern wollten 1977 etwa 8 000 — das sind 2 500 mehr als im Vorjahr — ohne weitere Ausbildung ein Arbeitsverhältnis aufnehmen. Dies dürfte in Zukunft eine durch Arbeitslosigkeit besonders gefährdete Gruppe sein. Es hat sich gezeigt, daß trotz der Förderungsmaßnahmen zur Wiedereingliederung in das Erwerbsleben die Zahl der Arbeitslosen ohne Berufsausbildung, die bereits ein Jahr und länger arbeitslos waren, weiter anstieg. Nach einer Sonderuntersuchung des Landesarbeitsamts betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen Ende Mai 1977 bereits über 16,4% gegenüber 15,6% im Mai 1976. Gegenüber 1976 mehr als verdoppelt hat sich der Personenkreis (5,0%),

der bereits zwei Jahre und länger ohne Beschäftigung war. Dabei konzentriert sich die Dauerarbeitslosigkeit auf ältere Arbeitnehmer und auf Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Ins Stocken geratene Konjunktur

Auch in Baden-Württemberg stand zu Beginn des Jahres 1977 die wirtschaftliche Ausgangslage im Zeichen der konjunkturellen Erholungstendenzen aus 1976. Diese gedämpft optimistische Stimmung spiegelte sich auch in den vom Sachverständigenrat und den wissenschaftlichen Institutionen abgegebenen Prognosen für 1977 wider. Bereits im zweiten Vierteljahr kam der konjunkturelle Aufschwung jedoch ins Stocken und die Entwicklung pendelte um das entsprechende Vorjahresniveau. Diese Stagnation veranlaßte die Bundesregierung Anfang August, Länder und Gemeinden zu weiteren Konjunkturförderungsmaßnahmen aufzufordern. Steuererleichterungen sollten den privaten Verbrauch anregen und die Investitionsfähigkeit durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten gefördert werden.

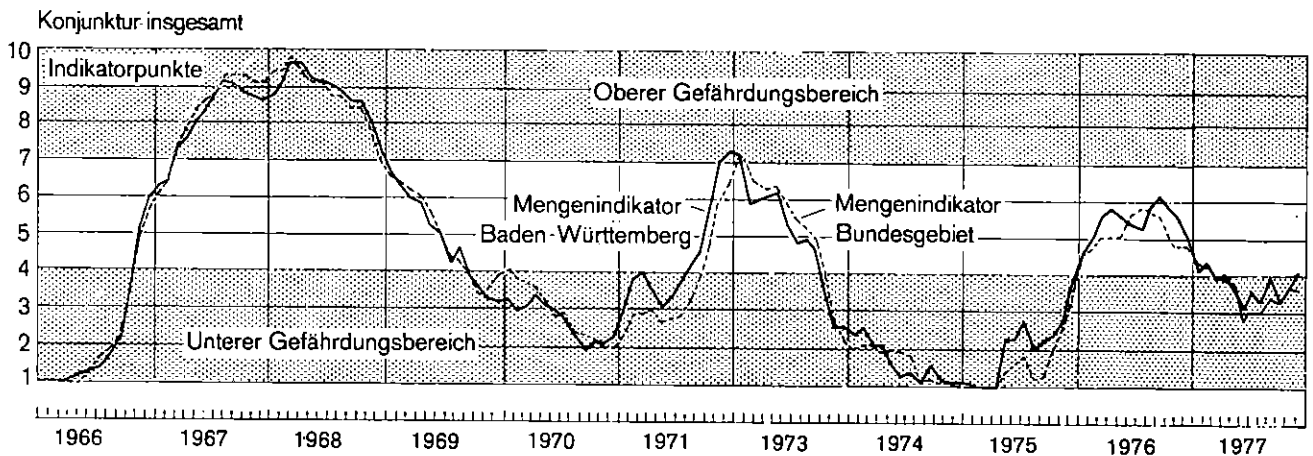
Besonders deutlich zum Ausdruck kommt die konjunkturelle Tendenzwende in dem vom Statistischen Landesamt berechneten Gesamtkonjunkturindikator⁴..

Wie aus *Schaubild 3* hervorgeht, sank der Gesamtindikator, der entsprechend seiner Konstruktion zwischen den Werten 1 (niedrigster Wert) und 10 (höchster Wert) schwanken kann, kontinuierlich von seinem im September des Jahres 1976 erreichten Höchstwert von 6,2 Indexpunkten bis zum Tiefstand des Jahres 1977 mit 3,1 Punkten im Juni. Im 2. Halbjahr 1977 setzte sich diese Abwärtsbewegung nicht weiter fort, es waren aber andererseits auch keine belebenden Impulse zu verzeichnen; der Indikator pendelt seither im Bereich zwischen 3 und 4 Indexpunkten und bewegt sich damit knapp unterhalb des „Normalbereiches“ (4 bis 7 Punkte) im sogenannten „unteren Gefährdungsbereich“, der nach langjähriger Erfahrung als die Spanne zwischen ein und vier Punkten definiert ist. Diese stagnierende Entwicklung ist durch die überraschend guten Dezemberwerte insbesondere bei der in- und ausländischen Nachfrage des Investitionsgüterbereichs zunächst in Bewegung geraten.

Von den verschiedenen Komponenten, die im Gesamtkonjunkturindikator zusammengefaßt sind, wirkte 1977 die Nachfrage nach Investitionsgütern konjunkturstützend (real +2,8%). Hier lag die Nachfrage im 2. Halbjahr aufgrund der deutlich anzie-

⁴ Vgl.: Ein Gesamtkonjunkturindikator für Baden-Württemberg, in: „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“, Hefte 10/1975, 4, 8, 11/1976, 2, 5 und 9/1977 und 3/1978.

Gesamt-Konjunkturindikator



5878

henden Inlandsbestellungen mit 3,6% stärker über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum als im ersten Halbjahr (+ 2,0%). Gleichfalls besser als im ersten Halbjahr (-2,5%) entwickelte sich der Auftragseingang in der zweiten Jahreshälfte (+1,2%) in der Verbrauchsgüterindustrie, wenngleich die Entwicklung hier nach wie vor unbefriedigend ist.

Zwar wirkte über das Gesamtjahr gesehen mit einer realen Zuwachsrate von 2,5% die Auslandsnachfrage konjunkturstützend im Vergleich zur Inlandsnachfrage, die nur eine Zunahme um 1,7% erreichte. Zwischen den Jahreshälften haben sich jedoch die Akzente deutlich verschoben: Der Einbruch der Auslandsnachfrage um die Jahresmitte wurde bis zum Jahresende insbesondere im Investitionsgütersektor nicht wieder ausgeglichen, — so lagen die Auslandsbestellungen im zweiten Halbjahr in der gesamten Industrie um 1,9% unter denen des entsprechenden Vorjahreszeitraums, während sie noch in der ersten Jahreshälfte um 7,3% darüber gelegen hatte. Genau umgekehrt verlief die Entwicklung bei den Inlandsbestellungen: Während diese im 1. Halbjahr nicht das entsprechende Vorjahresniveau erreichten (-1,1%), überschritten sie es im 2. Halbjahr mit einer Rate von 4,6% durchaus nachdrücklich. Diese Tendenzen zeichneten sich dabei sowohl im Investitionsgütersektor wie auch bei den Verbrauchs- und den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ab.

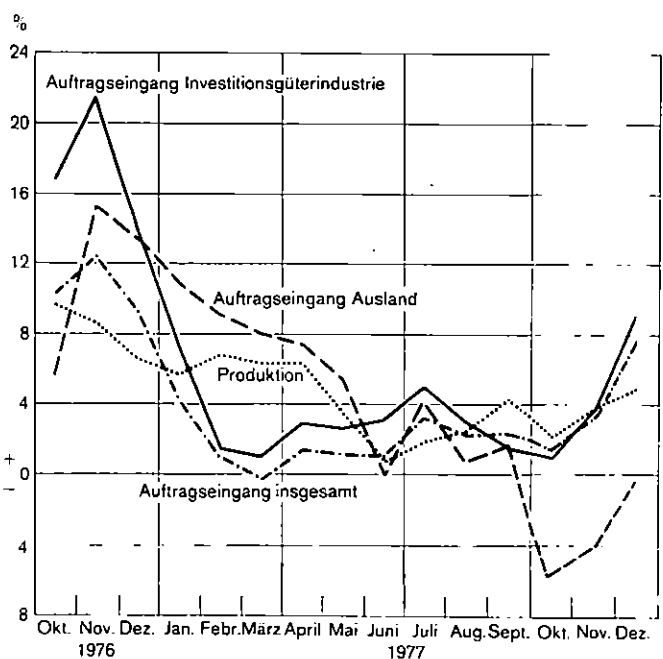
Nach einem noch hohen ersten Quartalsergebnis für 1977 (+6,8% gegenüber 1. Quartal 1976) haben sich im weiteren Jahresverlauf die Zuwachsraten der industriellen Produktion deutlich abgeschwächt, so daß sich insgesamt ein Anstieg von 4,1% gegenüber 1976 errechnet. Ein erheblicher Zuwachs ist allerdings mit 9,2% im Dezember zu verzeichnen, wobei der Investitionsgütersektor mit 13,5% deutlich über dem Industriedurchschnitt liegt.

Als weiterer Indikator ist die Zahl der Konkurse anzusehen, die mit 1 569 einen neuen Höchststand erreicht hat. Die Konkurse der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft blieben mit 946 allerdings auf dem Vorjahresstand, die Zunahme der Konkurse ging fast ausschließlich auf Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie auf private Haushalte und Nachlässe zurück.

Schaubild 4

Produktion und Auftragseingang in der Industrie 1977/76 — Volumenindex —

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11978

Industrieentwicklung — Spiegelbild der Konjunkturabschwächung

Besonders im Bereich der Industrie kam das Nachlassen der konjunkturellen Auftriebskräfte und die sich anschließende Abschwächung deutlich zum Ausdruck. Bereits im ersten Quartal 1977 wuchsen die Auftragseingänge kaum noch, nach Ausschaltung der Preissteigerungen wurde das Vorjahresergebnis nur knapp übertroffen (+1,3%). Einen sehr bescheidenen Zuwachs (+ 1,0%) brachte auch das zweite Vierteljahr. Im vierten Quartal dagegen lag das Volumen der Ordereingänge um 3,2% über dem Vorjahresniveau. Für das Jahr errechnet sich mit +2,0% real eine leichte Zunahme des Bestellvolumens gegenüber 1976. Damit allerdings war in Baden-Württemberg die Entwicklung deutlich gün-

stiger als im Bundesdurchschnitt (-0,9%). In den einzelnen Industriebereichen verlief die Ordertätigkeit allerdings recht unterschiedlich. Am besten schnitt der Investitionsgütersektor ab (+2,8%), der immer mehr zur Stütze der Inlandskonjunktur wurde.

Vom zweiten Vierteljahr ab machte sich ein Einbruch bei der Auslandsnachfrage bemerkbar, der sich bei der hohen Exportorientierung der baden-württembergischen Industrie stark auswirkte.

Von den größeren Industriezweigen des Landes konnten 1977 beim Auftragseingang (real) vor allem noch der Maschinen- und Fahrzeugbau mit 4,2% bzw. 3,4% beachtliche Zuwachsraten aufweisen, während die Elektrotechnische Industrie ledig-

Tabelle 3

Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes 1977

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Januar bis Dezember 1977			
	Beschäftigte 1)		Arbeiterstunden	
	insgesamt MD	Veränderung 1977/76	insgesamt	Veränderung 1977/76
	1000	%	Mill.Stdn.	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 372,8	0,0	1 682,2	+ 0,5
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	167,2	— 3,3	206,1	— 2,4
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	824,9	+ 1,7	986,9	+ 2,4
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
darunter				
Maschinenbau	247,8	— 10,4	286,9	+ 1,2
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz usw.	172,6	+ 5,2	237,0	+ 5,3
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	218,4	+ 0,2	250,9	0,0
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	331,5	— 1,2	424,7	— 1,5
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
darunter				
Textilgewerbe	106,6	— 3,6	134,2	— 5,9
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	48,2	— 6,5	63,2	— 4,3
Inland	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	—

1) Ohne Ergebnisse der Baugewerblichen und Sonstigen Betriebsteile. — 2) Ohne Mehrwertsteuer.

lich einen Zuwachs um 1,4% erfuhr. Ihre Geschäftstätigkeit recht ansehnlich auszuweiten vermochten Hersteller von Büromaschinen (+13,2%), von feinmechanischen und optischen Geräten (+5,4%) und Uhren (+5,8%), während andere Industriezweige, insbesondere im Verbrauchsgütersektor, im Schatten der Konjunktur standen. Dazu gehörten 1977 vor allem die Ledererzeugung (-7,2%), die Schuh- (-23,2%), Textil- (-5,3%) und Bekleidungsindustrie (-1,3%).

Bei der Produktion erhöhte sich 1977 der Ausstoß um 4,1%, wobei die Produktionsentwicklung sehr differenziert verlief. Zu den Wachstumsträgern zählte insbesondere der Investitionsgütersektor (+7,4%). Hier ragten der Fahrzeugbau (+15,9%), die Hersteller von Büro- und Datenverarbeitungs-

maschinen (+18,5%), die Stahlverformung (+9,1%) und die Feinmechanik, Optik und Uhrenindustrie (+7,2%) mit ansehnlichen Zuwachsraten heraus. Demgegenüber stagnierte im Verbrauchsgütersektor die Produktion (+0,1%). Zu Produktionseinschränkungen gezwungen waren hier vor allem die Ledererzeugende (-7,7%) und lederverarbeitende (-11,8%) sowie die Textil- (-6,4%) und Bekleidungsindustrie (-7,0%).

Der nur mäßige Anstieg der Produktion hatte in Verbindung mit der gegenüber 1976 nur wenig veränderten Beschäftigtenzahl zur Folge, daß sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität erheblich abschwächte: Während 1976 das Produktionsergebnis je Beschäftigten noch um 10,4% gestiegen war, errechnet sich für das Jahr 1977 lediglich ein Zu-

Januar bis Dezember 1977							
Auftragseingang 1970 = 100			Produktion 1970 = 100	Umsatz 1)		Exportquote 1)	
Veränderung 1977/76 in jeweiligen konstanten Preisen			Veränderung 1977/76	insgesamt	Veränderung 1977/76 in jeweil. Preisen	1977	1976
%				Mill. DM		%	
							Veränderung 1977/76
+ 4,8	+ 2,0	+ 4,1	146 083,4	+ 8,3	25,9	25,6	+ 2,5
+ 4,6	+ 1,7	—	108 299,6	+ 7,8	—	—	+ 2,8
+ 5,5	+ 2,5	—	37 783,9	+ 9,6	—	—	+ 1,6
+ 2,9	+ 2,6	+ 0,2	25 014,7	+ 1,9	16,4	16,3	—
+ 2,8	+ 2,0	—	20 921,7	+ 1,8	—	—	— 0,8
+ 3,1	+ 5,0	—	4 093,0	+ 2,1	—	—	—
+ 6,6	+ 2,8	+ 7,4	80 083,1	+ 12,0	35,7	36,1	—
+ 6,8	+ 2,9	—	51 476,8	+ 12,6	—	—	+ 3,8
+ 6,2	+ 2,4	—	28 606,3	+ 10,8	—	—	—
+ 9,3	+ 4,2	+ 4,7	22 913,9	+ 11,5	45,4	45,1	+ 5,0
+ 12,8	+ 7,3	—	12 503,2	+ 10,9	—	—	+ 5,1
+ 5,5	+ 0,7	—	10 410,7	+ 12,3	—	—	—
+ 7,7	+ 3,4	+ 15,9	21 972,0	+ 13,6	40,4	42,4	+ 4,1
+ 5,4	+ 0,8	—	13 092,9	+ 17,5	—	—	+ 4,4
+ 12,5	+ 8,7	—	8 879,0	+ 8,2	—	—	—
+ 3,5	+ 1,4	+ 4,1	20 805,3	+ 11,8	26,6	26,7	+ 2,1
+ 5,5	+ 3,5	—	15 271,2	+ 11,9	—	—	+ 1,9
— 1,6	— 4,1	—	5 534,1	+ 11,5	—	—	—
+ 1,7	— 0,7	+ 0,1	29 152,8	+ 6,0	15,2	15,0	—
+ 3,1	— 1,0	—	24 719,5	+ 5,7	—	—	+ 3,1
+ 3,1	+ 0,7	—	4 433,3	+ 7,5	—	—	—
— 4,0	— 5,3	— 6,4	8 930,7	— 0,5	18,6	18,1	+ 1,3
— 4,4	— 5,8	—	7 271,8	— 1,1	—	—	+ 1,3
— 2,2	— 3,5	—	1 658,9	+ 2,3	—	—	—
—	—	+ 0,9	11 661,4	+ 4,2	5,6	4,7	+ 7,0
—	—	—	11 013,3	+ 3,3	—	—	—
—	—	—	648,2	+ 22,9	—	—	—

wachs von 4,1%. Im Gegensatz zu der gemäßigten Zunahme der Arbeitsproduktivität beschleunigte sich der Anstieg der Löhne und Gehälter beträchtlich. Die Lohn- und Gehaltssumme, die sich im Aufschwungsjahr 1976 bereits wieder um 6,9% erhöht hatte, stieg in den zwölf Monaten des Jahres 1977 um 9,7%⁵, was bei Berücksichtigung der Umstellung der Statistik des Verarbeitenden Gewerbes eine Erhöhung um 8,6% bedeuten dürfte⁶. Etwa in der gleichen Größenordnung (8,6%⁶) stieg auch die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten.

Die industriellen Gesamtumsätze, die 1976 nominal um 11,7% gestiegen waren, erhöhten sich 1977 um 8,3%, bei gemäßigter Anhebung der industriellen Erzeugerpreise um 2,5%, auf 146,1 Mrd. DM. Wie schon im Vorjahr trug zu der Umsatzausweitung besonders das Auslandsgeschäft bei (+9,6%), während die Inlandserlöse nur um 7,8% zunahmen. Exporterfolge erzielten insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern (+10,8%), während die Verbrauchsgüterindustrien den schleppenden Inlandsabsatz in etwas geringerem Ausmaß durch Steigerung der Ausfuhrumsätze (+7,5%) zu kompensieren vermochten.

Handwerk: Umsatzwachstum bei gleichbleibendem Beschäftigtenstand

Am 31. 3. 77, dem Stichtag der Handwerkszählung, gab es rund 93 000 selbständige Handwerksunternehmen. Im Vergleich zur Zählung 1968 ist die Zahl um 14,5% zurückgegangen und damit deutlich geringer als in den übrigen großen Bundesländern (Bundesdurchschnitt -21%). Unter Einbeziehung

⁵ Durch die Umstellung der Statistik des Verarbeitenden Gewerbes ist in Bezug auf die Lohn- und Gehaltssumme die Vergleichbarkeit mit den Vorjahresergebnissen leicht eingeschränkt, da 1977 erstmals die Löhne und Gehälter der baugewerblichen und der sog. „sonstigen Betriebsteile“ mit erfaßt wurden.

⁶ Dieser Wert berücksichtigt bereits die Umstellung der Statistik des Verarbeitenden Gewerbes.

der handwerklichen Nebenbetriebe und derjenigen Betriebe, die nicht das ganze Jahr über tätig waren, waren 1977 rund 690 000 Personen im Handwerk beschäftigt, das heißt etwa jeder 6. Erwerbstätige.

Bei allen Handwerkszählungen der Nachkriegszeit war ein Konzentrationsprozeß festzustellen. Dieser Trend hat sich im Handwerk auch gegenüber dem letzten Zählungsjahr fortgesetzt. Zwar überwiegen auch 1976 mit rund 61% nach wie vor die kleinen Betriebe mit weniger als 5 Beschäftigten. Die Zahl dieser Betriebe hat jedoch seit 1967 um knapp 23% abgenommen. Dies ist vor allem auf das Ausscheiden von Ein-Mann-Betrieben zurückzuführen, die gegenüber 1967 um mehr als 28% abgenommen haben. Während 1967 noch die Gruppe der Bau- und Ausbaugewerbe nach der Höhe der Beschäftigtenzahl an der Spitze im Handwerk stand, lag das Schwergewicht 1976 auf der Gruppe der Metallgewerbe. Mit rund 230 000 Beschäftigten (30%) und knapp 23 Milliarden DM Umsatz (42%) weist das Metallgewerbe 1976 die höchsten Anteile unter allen Gewerbegruppen auf.

Die starke Stellung des Handwerks in Baden-Württemberg zeigt sich auch in seinem Beitrag von 14% zum Bruttoinlandsprodukt, der über dem Bundesdurchschnitt (11%) liegt. Dieser Beitrag des Handwerks zum Bruttoinlandsprodukt des Landes entspricht einem Drittel der Wirtschaftskraft des verarbeitenden Gewerbes oder fast dem fünffachen des Beitrags der Landwirtschaft.

Das Handwerk war von der konjunkturellen Abschwächung weniger stark betroffen als die Industrie. Im abgelaufenen Jahr 1977 vermochten die in Baden-Württemberg ansässigen Handwerksbetriebe die Umsätze um 11,4% auf 51,41 Mrd. DM auszuweiten und damit an die im Vorjahre erzielte Aufwärtsentwicklung der Geschäftstätigkeit (+7,8%) anzuknüpfen. Besonders hohe Zuwachsraten verzeichneten das Nahrungsmittelhandwerk (+15,7%),

Tabelle 4

Entwicklung des Handwerks seit 1949¹⁾

Zählung	Betriebe		Tätige Personen ⁵⁾		Gesamtumsatz ⁶⁾	
	Anzahl	1949 = 100	Anzahl	1949 = 100	Mill. DM	1949 = 100
30. September 1949 ²⁾	148 093	100	476 805	100	2 885	100
31. Mai 1956 ²⁾	135 953	92	601 750	126	8 317	288
31. Mai 1963 ²⁾	118 881	80	647 222	136	16 764	581
31. März 1968 ³⁾	108 583	73	666 738	140	25 348	879
31. März 1977 ⁴⁾	92 867	63	668 375	140	54 353	1 904

1) Vgl.: Schlittenhelm, Günter: Struktur und Entwicklung des Handwerks, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1970. — 2) Sämtliche Betriebe (einschl. Nebenbetriebe), auch Betriebe, die nicht das ganze Berichtsjahr bestanden haben. — 3) Nur Betriebe (einschl. Nebenbetriebe), die das ganze Jahr 1967 tätig waren. — 4) Nur Betriebe (einschl. Nebenbetriebe), die das ganze Jahr 1976 tätig waren. — 5) Zählung 1968: Stichtag: 30.9.1967; Zählung 1977: Stichtag: 30.9.1976. — 6) Zählung 1949: 1.10.1948 bis 30.9.1949; Zählung 1956: 1955; Zählung 1963: 1962; Zählung 1968: 1967; Zählung 1977: 1976.

das Bau- und Ausbaugewerbe (+15,7%), die Betriebe des Gesundheits-, Körperpflege- und Reinigungsgewerbes (+12,6%) sowie die metallverarbeitenden Betriebe (+11,4%). Mit geringerem Umsatzzuwachs mußten sich hingegen die Holzverarbeitenden Betriebe (+4,1%) sowie das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (+5,7%) zufriedengeben.

Die Beschäftigungslage im Handwerk veränderte sich kaum. Ende Dezember 1977 beschäftigten die Handwerksbetriebe des Landes rund 690 000 Personen, was in etwa dem Vorjahresstand entspricht (+0,9%). Von den in Baden-Württemberg bedeutsamen Handwerkszweigen erhöhten vor allem das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+2,3%) und der Stahl-, und Maschinen- und Fahrzeugbau (+1,3%) die Beschäftigtenzahl, während das Bau- und Ausbaugewerbe den Beschäftigtenstand weiter reduzierte (-2,5%). Am Jahresende 1977 waren insgesamt 70 377 Ausbildungsplätze im Handwerk besetzt, darunter waren 27 582 neue Ausbildungsverträge 1977 abgeschlossen.

Lage der Bauwirtschaft stabilisiert

Im Rahmen der bis heute fortdauernden strukturellen Anpassungsprozesse war das Jahr 1977 gekennzeichnet durch eine relativ günstige Entwicklung der Auftragseingänge im Hoch- und Tiefbau, einer Stabilisierung der Hochbaunachfrage und einem Arbeitskräftemangel, der sich insbesondere bei Baufacharbeitern bemerkbar machte. Aus den Zuwachsraten der Auftragseingänge in den vier Quartalen 1977 für das Bauhauptgewerbe insgesamt mit ihren erkennbaren positiven Tendenzen wird eine Stabilisierung in der Bauwirtschaft deutlich (*Tabelle 5*).

Trotz der Tatsache, daß sich die Zuwachsraten aus Wertindizes der Auftragseingänge berechnen und somit Preissteigerungen für Bauleistungen enthalten, kann von einem realen Zuwachs an Auftrags-eingängen ausgegangen werden. Die Besserungstendenzen zeichnen sich insbesondere im Tiefbaubereich ab, dessen Zuwachsraten an Auftrags-eingängen im Jahr 1977 diejenigen des Hochbaus um zwei Drittel übertreffen.

Dies ist vor allem auf den Straßenbau zurückzuführen, der die prozentualen Veränderungen des Hochbaus gar um gut das 3-fache übertrifft. Diese überproportionalen Zuwachsraten der Auftragseingänge im Tief- und Straßenbau müssen jedoch vor dem Hintergrund des relativ niedrigen Niveaus des Jahres 1976 gesehen werden. Trotz allem wird die Auftragsentwicklung des Jahres 1977 im Tief- und Straßenbau, die insbesondere als eine Folge der Auftragsvergaben der öffentlichen Hand im Rahmen infrastruktureller Förderungsprogramme anzusehen ist, für mehrere Monate die Kapazitätsauslastung vieler Betriebe sicherstellen.

Im Hochbau, der eine schwächere Aufwärtsentwicklung als der Tiefbau aufweist, entwickelten sich 1977 der Wohnungsbau und der gewerbliche und industrielle Bau mit Zunahmen der Auftrags-eingänge von 24,2% bzw. 18,7% überdurchschnittlich stark; demgegenüber hing der öffentliche Bau hinter der Gesamtentwicklung deutlich zurück (+0,5%). Die überdurchschnittliche Zunahme im Wohnungsbau dürfte teilweise damit zu erklären sein, daß Wohnungsbauunternehmen erst im Jahr 1977 Projekte an die Bauwirtschaft vergeben haben, deren Genehmigungen schon in früheren Jahren erteilt wurden, deren Realisierung jedoch unter dem Eindruck struktureller Änderungen in der Nachfrage verzögert wurden.

Die erteilten Baugenehmigungen (gemessen in 1 000 cbm umbauten Raums) — die als Frühindikator für die Hochbaunachfrage anzusehen sind — zeigten im Hochbau nach dem tiefen Stand zu Anfang des Jahres 1977 einen relativ positiven Verlauf. Zwar weisen die Veränderungsrate des abgelaufenen Jahres negative Werte zum entsprechenden Vorjahr auf — Wohnungsbau -3,6% und im Nichtwohnungsbau -1,7% —, doch ist die positive Tendenz in den einzelnen Quartalen des Jahres 1977 nicht zu übersehen. So zeichnet sich das zweite Quartal durch kräftige Zuwachsraten zum Vorquartal aus, und auch im dritten Quartal ergeben sich noch positive Zuwachsraten zum Vorquartal. Diese Entwicklung ist deshalb ungewöhnlich, weil der sonst saisonal übliche Rückgang der erteilten Baugenehmigungen im Herbst offenbar nicht so stark ausgeprägt war. Dafür spricht auch der mit -8,8% relativ mäßige Rückgang vom 3. und 4. Quartal. Die Ursache für diese Entwicklung dürfte zum Teil in den außergewöhnlich günstigen Kreditangeboten auf dem Kapitalmarkt zu sehen sein, die einen nicht unerheblichen Anreiz, insbesondere beim Wohnungsbau, ausüben. Die Tatsache, daß im Jahre 1977 das Niveau der erteilten Baugenehmigungen zum Vorjahr in etwa gehalten werden kann, läßt vermuten, daß in naher Zukunft zumindest mit einer Verschlechterung der Auftragseingangslage im Hochbau nicht zu rechnen ist, und sich somit die Stabilisierungstendenzen auf kurzfristige Sicht als beständig erweisen.

Nach den Ergebnissen der Totalerhebung, die alle Betriebe des Bauhauptgewerbes erfaßt, wurden Ende Juni 1977 im Bauhauptgewerbe des Landes um 2,7% weniger Personen beschäftigt als ein Jahr zuvor. Während die Zahl der Angestellten praktisch stagnierte, ging die Zahl der qualifizierten Fachkräfte recht erheblich zurück; bei den Facharbeitern betrug der Rückgang beispielsweise 4,4%.

Auffallend ist auch der recht starke Rückgang bei der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer, der dazu führte, daß der Ausländeranteil an den Beschäftigten im Bauhauptgewerbe im Landesdurchschnitt zwi-

Tabelle 5

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1977

Veränderung gegen Vorjahr in %

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau		Tiefbau	
		insgesamt	darunter Wohnungsbau	insgesamt	darunter Straßenbau
1. Vierteljahr	+ 4,7	+ 0,7	+ 3,3	+ 11,9	+ 35,0
2. Vierteljahr	+ 20,5	+ 10,2	+ 24,5	+ 35,3	+ 57,7
3. Vierteljahr	+ 33,0	+ 23,9	+ 33,5	+ 46,0	+ 51,7
4. Vierteljahr	+ 26,9	+ 36,2	+ 40,5	+ 15,3	+ 68,1
1. bis 4. Vierteljahr	+ 21,5	+ 16,9	+ 24,2	+ 28,2	+ 54,0

schen 1976 und 1977 von 24,5% auf 22,5% abgesunken ist. Besonders hervorzuheben ist der erneute kräftige Anstieg der Zahl der Auszubildenden um fast ein Drittel. Damit nahm ihr Anteil an den qualifizierten Fachkräften von 3,7% im Jahr 1976 auf 5% im Jahr 1977 zu. Fraglich bleibt allerdings, ob dieser Anteil an qualifiziertem Nachwuchs ausreichen wird, um alle altershalber ausscheidenden Fachkräfte im notwendigen Umfang zu ersetzen.

Als gesichert kann jedoch angesehen werden, daß der oben geschilderte Rückgang der Facharbeiterzahlen nicht überwiegend auf Entlassungen zurückzuführen ist, sondern auf fehlenden Nachwuchs: So weist auch die Arbeitsmarktstatistik im Bereich der Baufacharbeiter für das Jahr 1977 in allen Monaten einen zum Teil recht erheblichen Überhang an offenen Stellen gegenüber den Arbeitslosenzahlen aus. Ende September kamen beispielsweise auf jeden arbeitslosen Facharbeiter mehr als 6 offene Stellen.

Zurückhaltende Verbrauchernachfrage — Belebung im Fremdenverkehr

Im Einzelhandel blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück. — Die gedämpfte Geschäftsentwicklung dürfte im wesentlichen darin begründet sein, daß die Verbraucher wegen der unsicheren Wirtschaftslage im allgemeinen nach wie vor zurückhaltend und vorsichtig disponierten.

So mußte sich der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln mit einer niedrigen nominalen Zuwachsrate zufriedengeben, die real nur einer leichten Steigerung entspricht (+ 2,6%). Die Umsätze von Kohle und Mineralölzeugnissen lagen 1977 sogar erheblich unter den Vorjahreswerten (real -10,8%). Eine deutliche Belebung zeigte hingegen die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (real +9,2%) und auch die Umsätze mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat- und Wohnbedarf, also mit längerlebigen Konsumgütern, erhöhten sich ebenfalls real um 7,5%.

Das Gaststättengewerbe setzte im vergangenen Jahr nominal rund 7% mehr um als 1976. Unter Berücksichtigung der innerhalb Jahresfrist eingetretenen Preissteigerungen bedeutet das jedoch nur eine leichte Zunahme (rund 2%) der Umsätze. Überdurchschnittlich (+12,9%) entwickelten sich hingegen die Übernachtungsumsätze, eine Tendenz, die auch durch die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bestätigt wird.

Vom Januar bis Dezember 1977 wurden in den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes rund 8,45 Millionen Gäste und 41,56 Mill. Übernachtungen registriert. Gegenüber 1976 hat damit die Zahl der Gäste deutlich stärker zugenommen (+6,6%) als die der Übernachtungen (+4,5%). Damit verringerte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von

Tabelle 6

Baugenehmigungen im Hochbau 1977

1000 cbm umbauter Raum

Veränderung zum Vorquartal 1977 bzw. Vorjahr 1976	Baugenehmigungen insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude
	%		
2. Vierteljahr	+ 32,9	+ 24,9	+ 45,5
3. Vierteljahr	+ 6,4	+ 3,6	+ 10,3
4. Vierteljahr	— 8,8	— 14,9	— 0,9
1. bis 4. Vierteljahr	— 2,8	— 3,6	— 1,7

5,1 auf 4,9 Tage. Bemerkenswert ist ferner, daß sich die 1976 nach jahrelangen Rückgängen erstmals wieder verzeichnete Zunahme der Besucher aus dem Ausland fortsetzte. Ihre Zahl erhöhte sich 1977 um 6,8%. Vor allem von den Gästen aus den Niederlanden (+14%), den Vereinigten Staaten und Österreich (jeweils +15%) wurden wieder in verstärktem Maße Reiseziele in Baden-Württemberg gewählt.

Differenzierte Produktions- und Erlösentwicklungen in der Landwirtschaft

Im Jahre 1977 fand in Stuttgart eine Bundesgartenschau statt, die nicht nur rund 7 Millionen Besucher anzog, sondern auch das besondere Gewicht Baden-Württembergs als Garten- und Obstbauland in Erinnerung rief — es entfällt fast ein Viertel der Gartenbau- und Sonderkulturfläche des Bundes und etwa die Hälfte aller Obstbaubetriebe auf unser Land. Die Obstbaufläche hielt sich mit rund 26 000 ha in etwa auf dem Vorjahresniveau, und der Gemüseanbau hat nach Jahren der Flächenreduktion 1977 wieder leicht zugenommen. Insgesamt hat jedoch die landwirtschaftlich genutzte Fläche wieder abgenommen. Auf dem Ackerland wurde die Anbaufläche von Kartoffeln weiter vermindert, deren Umfang 1977 bei rund 45 000 ha und damit um 12 000 ha niedriger lag als im langjährigen Mittel 1971/76. Begünstigt war davon unter anderem der Getreideanbau mit 612 000 ha oder 6 000 ha mehr als im Durchschnitt des Zeitraums 1971/76.

Was die Ertragssituation anbelangt, so konnte beim Getreide ein Flächenertrag von 38,8 dt je ha realisiert werden, der um gut 2 dt je ha über dem Niveau des vorjährigen Dürrejahres lag und das langjährige Mittel erreichte, und zwar bei einem Qualitätsniveau, das trotz erschwelter Erntebedingungen und Ernteverzögerungen als gut bezeichnet werden kann. Ungünstiger war die Lage bei Kartoffeln, deren Hektarerträge hinter dem Mittel der letzten Jahre zurückblieben und bei gleichzeitigem Rückgang der Anbauflächen gegenüber 1971/76 einen um 28% niedrigeren Gesamtertrag ergaben. Bei den meisten Gemüsearten ergaben sich überdurchschnittliche Flächenerträge, was insbesondere auf die günstigen natürlichen Wachstumsbedingungen bei den meisten im Freiland angebauten Gemüsearten, zum Teil auch auf die zunehmende Verlagerung vom Freiland- auf den ertragsreicheren, aber auch kostenintensiveren Unterglasanbau zurückzuführen ist.

Beim Obstbau war die Situation ungünstiger; so lag aufgrund der regional und sortenmäßig teilweise beachtlichen Schäden durch Spätfröste und Sommer-trockenheit die Ernte an Tafeläpfeln mit 235 000 t um 25% unter dem Vorjahresergebnis, wobei die Marktobernte in der Obstlandschaft „Neckartal“ (-21%) besonders stark betroffen war, im „Boden-seegebiet“ wurde nur etwas weniger geerntet als

Tabelle 7

Index der Einzelhandelsumsätze (1970 = 100) Veränderung gegen Vorjahr in %

Wirtschaftsgruppe	Januar bis Dezember 1977	
	jeweiligen Preisen	in konstanten Preisen
Einzelhandel mit:		
Waren verschiedener Art	+ 8,0	—
Nahrungs- und Genußmitteln	+ 4,3	0,0
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 6,0	+ 1,5
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 11,6	+ 7,5
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 7,5	+ 6,0
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 5,1	+ 0,8
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	+ 3,9	+ 1,0
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	— 9,3	— 10,8
Fahrzeugen, Maschinen und Büro-einrichtungen	+ 12,8	+ 9,2
Sonstige Waren	+ 7,7	+ 5,7
Einzelhandel insgesamt	+ 6,4	+ 2,6

1976 (-2%). Auch beim Steinobst führten ungünstige Witterungsverhältnisse dazu, daß die Ernten nur etwa 70% (Pflaumen, Zwetschgen) bzw. nur ein Drittel (Süßkirschen) des langjährigen Durchschnitts erreichten.

Im Gegensatz dazu gab es 1977 einen großen Weinherbst, der bei einem Hektarertrag von 134 hl/ha mit den ganz großen Erntejahren 1970 (133 hl/ha) und 1973 (123 hl/ha) verglichen werden kann. Die Rebflächen von 21 400 ha erbrachten eine Weinmosternte von 2,9 Mill. hl, die um etwa zwei Drittel höher ist als im Mittel der Jahre 1971/76 und sogar das bisherige Spitzenjahr 1973 übertraf. Da sich dank des ruhigen und sonnigen Oktoberwetters auch die Qualität der Trauben erfreulich verbesserte, eignen sich 90% der eingelagerten Weine zum Ausbau als Qualitätswein und weitere 5% als Prädikatswein.

Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft betrugen 1976/77 6,49 Milliarden DM und lagen um 3,4% über dem Vorjahr. Der Zuwachs ist vor allem auf eine mengen- und wertmäßige Steigerung bei Kartoffeln (mengenmäßig +16%, wertmäßig +56%) und Wein (+7% bzw. +24%) zurückzuführen. Infolge der langen sommerlichen Dürre waren insbesondere bei den wichtigen Erzeugnissen Getreide (-5%), Gemüse (-18%), Obst (-33%), Zuckerrüben

(-1%) mengenmäßige Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt ergab sich im pflanzlichen Bereich eine mengenmäßige Abnahme von 7%. Durch die wertmäßige Zunahme bei einigen Produkten war im pflanzlichen Bereich ein Plus von 7% der Verkaufserlöse zu verzeichnen.

Im Bereich der tierischen Erzeugung bewirkte ein erheblicher Preisrückgang bei Schlachtvieh, verbunden mit vergleichsweise geringen Mengenerhöhungen (Rinder +3,5%, Schweine +0,2%), daß die wertmäßige Steigerung der gesamten tierischen Erzeugnisse mit 1,4% noch hinter der mengenmäßigen Entwicklung (+2,7%) zurückblieb. Wenn das Gesamtergebnis dennoch positiv war, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sich bei den sonstigen tierischen Erzeugnissen (vor allem Eier, Schlachtgeflügel, Honig, Wolle) und bei der Milchproduktion neben gewissen mengenmäßigen Steigerungen auch Preiszunahmen ergaben. Dem Mehrerlös steht allerdings wieder ein erhöhter Sachaufwand gegenüber, der sich aus der Preissteigerung der sächlichen Betriebsmittel um fast 6% und einem möglicherweise

veränderten Investitionsverhalten der Betriebsinhaber ergab. Unter Berücksichtigung direkter Einkommensbeihilfen hat sich demnach das globale Betriebseinkommen der Landwirtschaft auf ungefähr 3,2 Milliarden DM beziffert, das sind nominal etwa 2 bis 3% mehr, real aber wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten wieder etwas weniger als im Vorjahr.

Ausfuhr als Konjunkturstütze

Die baden-württembergische Exportwirtschaft hatte im Aufschwungsjahr 1976 Waren im Werte von 41,9 Mrd. DM exportiert und damit im Rahmen der weltweiten Belebung des Außenhandels ein Rekordergebnis erzielt. Auch im Jahr 1977 gelang es Baden-Württembergs Wirtschaft verhältnismäßig gut, an dem steigenden Welthandelsvolumen zu partizipieren, die Zuwachsraten der Auftragseingänge erreichten jedoch nicht mehr das hohe Niveau des Vorjahres.

Tabelle 8

Ein- und Ausfuhr nach Handelspartnern

Handelspartner	Einfuhr (Generalhandel)			Ausfuhr (Spezialhandel)		
	1977 1)					
	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1976 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1976 in %
Europa	23 002,5	71,4	+ 8,2	31 315,4	68,7	+ 5,9
davon						
EG-Länder	15 650,3	48,6	+ 5,1	18 364,9	40,3	+ 6,0
Frankreich	6 024,5	18,7	+ 4,0	6 529,3	14,3	+ 1,6
Belgien, Luxemburg	2 075,8	6,4	+ 0,3	2 339,0	5,1	+ 10,6
Niederlande	2 227,7	6,9	+ 6,9	3 372,0	7,4	+ 8,8
Italien	4 207,5	13,1	+ 5,8	3 275,4	7,2	+ 2,9
Großbritannien	845,4	2,6	+ 14,2	2 015,3	4,4	+ 18,4
Republik Irland	105,8	0,3	+ 25,8	99,1	0,2	+ 16,6
Dänemark	163,6	0,5	+ 12,0	734,7	1,6	+ 3,4
EG-Freihandelsländer 2)	5 314,6	16,5	+ 19,8	8 763,8	19,2	+ 12,2
Europäische Ostblockländer 3)	774,1	2,4	+ 18,2	1 793,9	3,9	— 14,1
Übriges Europa	1 263,5	3,9	— 0,5	2 392,8	5,3	+ 2,4
Afrika	2 565,2	8,0	+ 4,7	2 698,5	5,9	+ 12,3
Amerika	2 947,1	9,1	+ 8,8	6 026,9	13,2	+ 19,4
darunter						
Vereinigte Staaten	2 128,0	6,6	+ 5,0	4 294,4	9,4	+ 29,4
Asien	3 606,0	11,2	+ 6,2	5 014,6	11,0	+ 16,0
Australien und Ozeanien	99,1	0,3	+ 4,6	516,3	1,1	+ 5,3
Insgesamt	32 219,9	100,0	+ 7,7	45 571,7	100,0	+ 9,0
davon						
Industrial. Westl. Länder	25 617,2	79,5	+ 8,4	36 070,9	79,2	+ 9,5
Entwicklungsländer	5 758,4	17,9	+ 3,5	7 659,3	16,8	+ 14,1
darunter OPEC-Länder 4)	3 499,8	10,9	— 3,6	3 994,1	8,8	+ 19,5
Ostblockländer zusammen 5)	844,3	2,6	+ 18,0	1 841,5	4,0	— 14,6

1) Vorläufige Zahlenwerte. — 2) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. — 3) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 4) Ver. Arab. Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Gabun. — 5) Europäischer und Asiatischer Ostblock.

In welchem Maße die Exportwirtschaft trotzdem zur Stärkung der Binnenkonjunktur beitrug, zeigen die im vergangenen Jahr erzielten Ausfuhrerlöse. Sie übertrafen mit 45,6 Mrd. DM das Ergebnis aus dem Jahr 1976 um 3,7 Mrd. DM (+9,0%). Besonders stark und zwar auf 4,29 Mrd. DM stiegen die Exporte in die USA (+29,4%) und auf 0,79 Mrd. DM nach Japan (+17,0%), wo 1977 starke konjunkturelle Auftriebskräfte wirksam waren.

Weiteren Aufschwung (+14,1%) nahm auch der Handel mit den Entwicklungsländern, die nunmehr mit Waren im Wert von 7,66 Mrd. DM ein Sechstel der baden-württembergischen Ausfuhr aufnehmen, wobei den finanzkräftigen OPEC-Ländern (+19,5%) eine Sonderstellung zukommt. Demgegenüber erhöhten sich die Lieferungen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft insgesamt nur sehr mäßig um 1,04 Mrd. DM auf 18,36 Mrd. DM (+6,0%), da in einigen EG-Ländern ausgeprägte konjunkturelle Schwächetendenzen vorherrschten. Wie differenziert die konjunkturelle Entwicklung in den EG-Partnerländern verlief, zeigt sich unter anderem darin, daß zwar Großbritannien, die Republik Irland, die Niederlande und Belgien ihre Bezüge aus Baden-Württemberg beträchtlich steigerten, während die Lieferungen nach den für die einheimische Wirtschaft so bedeutsamen Märkten wie Frankreich und Italien nahezu stagnierten (*Tabelle 8*). Bemerkenswert ist ferner, daß die Ausfuhren in die Ostblockländer, die sich nach Jahren hohen Wachstums im Jahr 1976 erstmals wieder leicht vermindert hatten, im zurückliegenden Jahr 1977 sogar deutlich um 0,31 Mrd. DM zurückgingen (-14,6%). Einige beachtenswerte Verschiebungen erfuhr im Berichtszeitraum auch die Zusammensetzung des Exports nach Warengruppen. Von den in Baden-Württemberg anteilmäßig stark vertretenen Industriezweigen vermochte der Fahrzeugbau an seine Exporterfolge von 1976 anzuknüpfen und die Ausfuhrumsätze nochmals kräftig zu erhöhen (+14,7%).

Eine starke Belebung des Auslandsgeschäftes (+7,3%) verzeichneten 1977 auch der Maschinenbau, der 1976 noch die ausgeprägte Investitionszurückhaltung in den westlichen Industrieländern zu spüren hatte, sowie die Hersteller von elektrotechnischen (+8,6%) Erzeugnissen und feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (+9,8%). Demgegenüber stieg der Absatz von Textilien (+1,6%) und Uhren (+4,7%) nur schwach.

Etwa im selben Ausmaß wie die Ausfuhren erhöhten sich auch die Importe, die 1977 dem Wert nach 7,7% über dem Vorjahresergebnis lagen. Einen beträchtlichen Angebotsdruck aus dem Ausland versahen vor allem die Hersteller von Maschinen (+10,9%), elektrotechnischen (+12,9%) und feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (+7,9%), Textilien (+6,9%) und chemischen Produkten

(+11,4%), dagegen stiegen die Einfuhren von Kraftfahrzeugen (5,8%) wesentlich geringer.

Untergliedert man die Importe nach Herkunftsländern, so fällt vor allem auf, daß die Importe aus den EG-Staaten sich mit 15,65 Mrd. DM lediglich um 0,76 Mrd. DM (+5,1%) erhöhten und damit in geringerem Umfang als die Gesamteinfuhr (+7,7%) zunahmen. Die Importe aus allen westlichen Industriestaaten nahmen mit 8,4% auf 25,62 Mrd. DM leicht überdurchschnittlich zu.

Abgeschwächter Preisauftrieb

Durchaus positiv zu werten ist die spürbare Abschwächung des Preisauftriebs, die sich vor allem aus der konjunkturellen Entwicklung ergeben hat. Zum Jahresbeginn waren in den meisten wirtschaftlichen Teilbereichen noch ansehnliche Preisauftriebstendenzen festzustellen, die sich dann – mit Ausnahme der Baupreise – im weiteren Jahresverlauf mehr oder minder stark abschwächten.

Dämpfende Einflüsse auf das inländische Preisklima gingen zunächst von den Weltmärkten aus. Während die Einfuhrpreise im Januar 1977 noch eine Veränderungsrate zum Vorjahr von 4,1% aufwiesen, ermäßigte sich der Vorjahresbestand teilweise als Folge der Erhöhung des Außenwertes der DM bis zur Jahresmitte auf 1,6%. Im September wurde dann schließlich das Preisniveau des Vorjahres sogar unterschritten (-1,0%).

Diese Entwicklung der Preise von Einfuhrwaren trug wesentlich dazu bei, daß sich der Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise deutlich abschwächte. Zu Beginn des Jahres hatte der Anstieg der Erzeugerpreise noch bei 4,2% gelegen, bis Mitte des Jahres verminderte sich der Abstand zum Vorjahr auf 2,7% und betrug dann im Dezember lediglich noch 1,7%. Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die Großhandelsverkaufspreise, die im September sogar unter dem Vorjahresstand lagen (-0,1%) und sich bis Jahresende kaum veränderten (+0,1%). Wegen der sehr gedämpften Nachfrage blieben auch auf der Verbraucherstufe die Möglichkeiten zu Preiserhöhungen ziemlich beschränkt. Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung (Mittlere Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte), flachte die Teuerungsrate weiter ab. In Baden-Württemberg lag die jährliche Veränderungsrate bei 3,8%, gegenüber 4,7% bzw. 5,6% in den Vorjahren 1976 und 1975. Maßgeblich für diesen niedrigsten Anstieg der Lebenshaltungskosten seit vielen Jahren war die Preisentwicklung in den Bereichen „Nahrungsmittel“ und „Elektrizität, Gas, Brennstoffe“; im Dezember lag hier das Preisniveau nur 1,6% bzw. 2,1% über dem Vorjahr. Überdurchschnittliche Preisanhebungen waren hingegen für die Bereiche „Kleidung, Schuhe“ (+4,4%) und „Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege“ (+4,3%) zu verzeichnen.

Tabelle 9

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1977

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft 1)	
	Einfuhrpreise für Auslandsgüter 1)	Ausfuhrpreise für Auslandsgüter 1)	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
	1970 = 100			
	Bundesgebiet			
Januar	+ 4,1	+ 2,2	+ 0,1	+ 5,2
Februar	+ 4,9	+ 2,3	- 2,6	+ 5,0
März	+ 5,7	+ 2,3	- 4,9	+ 4,4
April	+ 5,2	+ 2,1	- 6,1	+ 4,6
Mai	+ 3,6	+ 1,5	- 3,5	+ 4,5
Juni	+ 1,6	+ 1,1	- 1,0	+ 3,4
Juli	- 1,1	+ 0,7	0,0	+ 2,1
August	- 1,2	+ 0,6	- 4,5	+ 1,2
September	- 1,0	+ 0,6	- 3,8	+ 1,2
Oktober	- 0,4	+ 0,9	- 4,2	+ 0,5
November	- 0,9	+ 1,1	- 3,4	+ 0,9
Dezember	- 2,0	+ 1,1	- 1,5	+ 0,9

1) Ohne Mehrwertsteuer. — 2) Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen.

Hingegen tendierten die Preise auf dem Bausektor, die bereits im Vorjahr nach rezessionsbedingtem Stillstand wieder in Bewegung geraten waren, verstärkt nach oben. Im November lag der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) 4,7% über dem Vorjahr. Damit gelang es der Bauwirtschaft 1977 wieder teilweise die eingetretenen Kostensteigerungen an die Auftraggeber weiterzugeben.

Rund acht Prozent Lohnverbesserungen

Gesamtwirtschaftliche Aussagen über die Entwicklung des Einkommens und der Einkommensverteilung im abgelaufenen Jahr 1977 können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur für den Bund anhand vorläufiger Ergebnisse für die globalen Aggregate „Volkseinkommen“ und „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ einerseits sowie „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ andererseits gemacht werden. Danach stieg das Volkseinkommen von 1976 nach 1977 um 5,5%, wobei das Einkommen aus unselbständiger Arbeit mit 7% überdurchschnittlich und das aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 2,5% unterdurchschnittlich zunahm.

Damit hat sich die Entwicklung gegenüber 1976 umgekehrt. Damals nahm bei einem Anstieg des Volkseinkommens um 9,3% gegenüber dem Vor-

jahr das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 15,4% überdurchschnittlich zu, während das Einkommen aus unselbständiger Arbeit nur um 7% stieg.

Vor diesem globalen Hintergrund ist die Lohnentwicklung in Baden-Württemberg zu sehen. Von Oktober 1976 bis Oktober 1977 verbesserten sich die Stundenverdienste der Industriearbeiter (Männer und Frauen, ohne Bauwirtschaft) um 7,9% gegenüber 6,8% im Zeitraum Oktober 1975 auf Oktober 1976. Ende des Jahres betrug damit der durchschnittliche Stundenlohnsatz der Industriearbeiter 12,27 DM (+7,6%), während die Arbeiterinnen durchschnittlich 9,11 DM (+7,7%) verdienten. Durch den Abbau der Überstunden und die Zunahme der Kurzarbeit ab Jahresmitte verringerte sich dann die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Bereich der Industrie leicht. Die Bruttowochenverdienste nahmen daher etwas schwächer zu (+6,9%) als die Stundenlohnsätze. Die Wochenverdienste der männlichen Arbeiter stiegen mit 6,8% stärker als die der Arbeiterinnen (+6,2%).

Für den Lebensstandard der Arbeitnehmer ist jedoch nicht allein die nominelle Steigerung der Wochenverdienste entscheidend, denn Preissteigerungen zehren einen Teil des Einkommenszuwachses auf. Zum Nachweis der Entwicklung der realen Kaufkraft dient der Reallohnindex, das heißt der

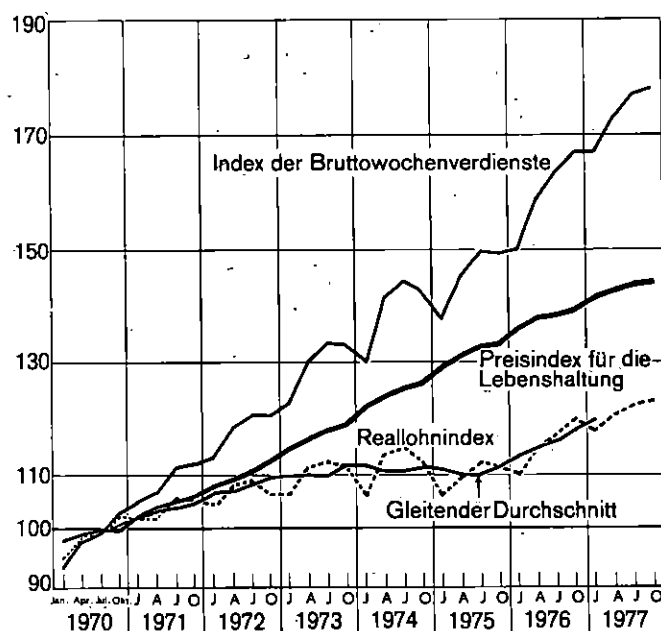
Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
Erzeugerpreise industrieller Produkte 1) (Inland)	Großhandelsverkaufspreise 1)	Einzelhandelspreise	Preisindex für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden	Preisindex für die Lebenshaltung 2)
1970 = 100				
Bundesgebiet			Baden-Württemberg	
+ 4,2	+ 4,5	+ 3,7	—	+ 4,1
+ 3,8	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,0
+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	—	+ 4,0
+ 3,4	+ 3,0	+ 3,7	—	+ 3,8
+ 3,0	+ 3,0	+ 3,9	+ 4,6	+ 3,8
+ 2,7	+ 2,7	+ 4,0	—	+ 4,0
+ 2,2	+ 1,5	+ 4,4	—	+ 4,0
+ 1,9	+ 0,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,6
+ 1,7	— 0,1	+ 3,8	—	+ 3,7
+ 1,5	— 0,5	+ 3,8	—	+ 3,7
+ 1,7	— 0,2	+ 3,7	+ 4,7	+ 3,5
+ 1,7	+ 0,1	+ 3,4	—	+ 3,3

mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste. Dieser Maßstab für die Entwicklung der Brutto-Realeinkommen war zwar von Oktober 1975 bis Oktober 1976 um 7,6% gestiegen, in der Folgezeit bis Oktober 1977 jedoch nur noch um 2,5%. Berücksichtigt man noch zusätzlich die Erhöhung der Sozialabgaben und der Steuerlast, so wird deutlich, daß sich sowohl 1976 wie auch 1977 die Verbesserung des Lebensstandards der Industriearbeiter in verhältnismäßig engen Grenzen hielt.

Läßt man die Preisentwicklung außer acht, macht sich beim Haushaltsnettoeinkommen zwischen Mai 1976 und März 1977 eine deutliche Verschiebung nach oben bemerkbar. Der Anteil der Haushalte, der über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 500 DM und mehr verfügen kann, ist von 20 auf 22% gestiegen. Die Zahl der Haushalte mit geringem Einkommen ist weiter zurückgegangen. Von den Einpersonenhaushalten hatten im März 1977 rund 51% weniger als 1 000 DM netto im Monat (1976 : 54%), von den Einfamilienhaushalten ohne Kinder hatten 29% (31%) weniger als 1 400 DM und von den Einfamilienhaushalten mit Kindern 32% (35%) weniger als 1 800 DM zur monatlichen Verfügung.

Schaubild 5

Entwicklung der Reallöhne seit Januar 1970 1970 = 100



Kreditexpansion abgeschwächt

Das Kreditgeschäft der in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute ist im Jahr 1977 insgesamt verhaltener verlaufen als im Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt 1977 lagen die Forderungen an die inländische Nichtbankenkundschaft um 9,5% über dem Vorjahresniveau nach 12,7% 1976. Diese Abschwächung ist die Folge des Bemühens der öffentlichen Haushalte, ihre Verschuldung zu konsolidieren.

Die Ausleihungen der in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute an inländische öffentliche Haushalte lagen im Durchschnitt des Jahres 1977 nur noch um 6,6% über Vorjahresniveau nach 35,7% im Jahr 1976; hingegen war der Bestand der Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen 1977 um 10,2% höher als im Vorjahr nach 8,7% in 1976. Der Anteil der Neu-Ausleihungen an die öffentliche Hand an der gesamten Kreditgewährung ging damit weiter zurück; er betrug im Berichtsjahr nur noch 11,5% (1976 : 21,8%).

Die in unserem Land tätigen Kreditinstitute haben im Jahresverlauf 1977 9,37 Mrd. DM neue Kredite (einschließlich Hypothekarkredite) an inländische Unternehmen und Privatpersonen gewährt. Bei den nicht-hypothekarisch gesicherten Krediten (8,66 Mrd. DM) hat die Bedeutung der Kreditgewährung an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen weiter zugenommen. An diese Schuldnergruppe wurden für 4,44 Mrd. DM Kredite neu herausgelegt; das entspricht einem Anteil von 51,2% (1976 : 4,21 Mrd. DM bzw. 43,4%). Dadurch ging das Gewicht des Kreditgeschäfts mit

wirtschaftlich unselbständigen und sonstigen Privatpersonen etwas zurück, aber die Neu-Ausleihungen der Banken an diese Kreditnehmergruppe übertrafen 1977 mit 4,04 Mrd. DM abermals deutlich das Vorjahresergebnis (3,39 Mrd. DM).

Innerhalb der Unternehmen und wirtschaftlich Selbständigen ergab sich 1977 eine leichte Verschiebung in der Bedeutung einzelner Kreditnehmergruppen. Den höchsten Kreditbedarf entfalteten die Dienstleistungsbetriebe (einschließlich freie Berufe) mit 1,62 Mrd. DM (1976 : 1,09 Mrd. DM), hingegen blieb die Kreditnachfrage des Handels mit 0,79 Mrd. DM deutlich hinter dem Vorjahresergebnis (1,31 Mrd. DM) zurück. Im Verarbeitenden Gewerbe hielt die seit der Jahreswende 1975/76 erkennbare leichte Zunahme der Verschuldungsbereitschaft an; es wurden 1977 für 1,09 Mrd. DM neue Kredite nachgefragt (1976 : 1,03 Mrd. DM); verglichen mit früheren Jahren war der Anteil dieser Kreditnehmergruppe an der Kreditexpansion jedoch weiterhin verhältnismäßig gering.

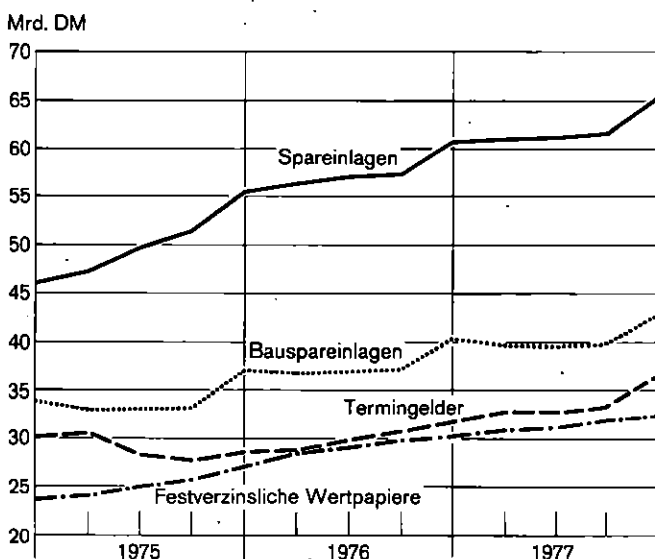
Sparbereitschaft auf dem Wege zur Normalisierung

Im Jahr 1977 haben, wie auch schon im Jahr davor, die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte stärker zugenommen als deren verfügbares Einkommen; die Sparquote hat sich also weiter zurückgebildet. Ob sich die Sparbereitschaft damit dem auf mittlere Sicht als normal empfundenen Maß angenähert hat, kann freilich nicht mit Sicherheit beurteilt werden, denn 1977 sind beträchtliche Beträge an vermögenswirksam angelegten Spareinlagen freigegeben, von denen ein nennenswerter Anteil für Verbrauchsausgaben verwendet wurde. Bei den in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstituten wurden zur Jahresmitte 1977 prämienbegünstigte Spareinlagen von rund 1,7 Mrd. DM freigegeben. Würde man die für den Bundesdurchschnitt vorliegenden Schätzungen auf unser Land anwenden, dann wären davon etwa 0,4 Mrd. DM für den Verbrauch verwendet worden und etwa 1,3 Mrd. DM zur Wiederanlage. Insgesamt konnten die in Baden-Württemberg tätigen Kreditinstitute im Jahr 1977 auf Sparkonten inländischer Nichtbanken einen Einlagenzuwachs von nur noch 4,42 Mrd. DM verbuchen; im Jahr des Sparbooms 1975 war die Zunahme mehr als doppelt so hoch gewesen.

Der im gesamten Bundesgebiet zu registrierende Trend zu liquideren Anlageformen war auch in unserem Land zu beobachten. Die Kreditinstitute verbuchten auf Terminkonten einen Mittelzugang von 4,61 Mrd. DM (1976 : 3,08 Mrd. DM) und auf Sichtkonten 2,28 Mrd. DM (1976 : 0,66 Mrd. DM). Der Bestand an Sparbriefen von Kreditinstituten mit Sitz in Baden-Württemberg hat sich weiter erhöht; mit 1,45 Mrd. DM an Absatz neuer Sparbriefe wurde allerdings das Vorjahresergebnis (1,42 Mrd. DM) nur noch geringfügig übertroffen. Bei den Bau-

Schaubild 6

Entwicklung der Spartätigkeit



11278

sparkassen mit Sitz in Baden-Württemberg hat das Mittelaufkommen 1977 mit 8,0% stärker als im Jahr davor zugenommen (5,7%), es setzte sich aus 12,88 Mrd. DM Bausparbeiträgen und 6,84 Mrd. DM Zins- und Tilgungseingängen zusammen.

Welch weite Verbreitung und besondere Bedeutung der Bauspargedanke in Baden-Württemberg traditionell immer noch hat, zeigt ein Vergleich mit anderen Bundesländern.

Mit einem Pro-Kopf-Guthaben von 1 908 DM (Bundesdurchschnitt 1 349 DM) standen die Einwohner Baden-Württembergs im Bausparen auch Anfang 1977 weit an der Spitze. Beim Kontensparen hingegen rangierte Baden-Württemberg mit 6 652 DM je Kopf der Bevölkerung nach Hamburg (8 054 DM), Bayern (6 997 DM) und Hessen (6 996 DM) an vierter Stelle. Faßt man beide Sparformen zusammen, so weisen die Landesbewohner mit 8 560 DM nach Hamburg (9 038 DM) die höchste Sparleistung je Einwohner auf.

Ziele der Finanzpolitik

In Anbetracht des nach wie vor unbefriedigenden Konjunkturverlaufs und der besorgniserregenden Situation auf dem Arbeitsmarkt geraten die öffentlichen Haushalte in immer stärkerem Maße in einen Zielkonflikt zwischen einer konjunkturstützenden Ausgabengestaltung einerseits und einer ebenso notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen andererseits. Bei Aufstellung und parlamentarischer Beratung des Haushaltsplans des Landes für die Jahre 1977 und 1978 stand das Bestreben im Vordergrund, die im Vorjahr eingeleitete Konsolidierung fortzusetzen. Mit dem Nachtrag zu diesem Doppelhaushalt wurden aber diese Bestrebungen bereits deutlich zurückgenommen und die Haushalte kräftig ausgeweitet. Dies wurde zwar dadurch etwas erleichtert, daß die Steuereinnahmen des Landes im Jahr 1977 um 15,3%, im Vergleich zu 1976 gestiegen waren und damit die eingeplanten Beträge erreicht haben. Der Ausweitung des Haushalts 1978 stehen aber zu erwartende Einnahmeausfälle vor allem auch aufgrund steuergesetzlicher Maßnahmen gegenüber. Die dadurch entstehende Finanzierungslücke konnte daher nur durch eine gegenüber dem entsprechenden Ansatz für 1977 um über 500 Mill. DM höhere Kreditaufnahme geschlossen werden.

Das Haushaltsvolumen des Landes wurde durch den Nachtrag für das Haushaltsjahr 1977 um 0,5 Mrd. DM auf 24,3 Mrd. DM und für das Haushaltsjahr 1978 um 1,1 Mrd. DM auf 26,3 Mrd. DM ausgeweitet.

Damit haben sich die Zuwachsraten des Haushaltsvolumens (unbereinigt) für 1977 von 8,8 auf 11,3%⁷ und für 1978 von 6,1 auf 8,3%⁸ erhöht. Die

⁷ nach Bereinigung von 6,0 auf 8,5%.

⁸ nach Bereinigung von 6,1 auf 8,4%.

Tabelle 10

Ausgaben des Staates nach den Haushaltsplänen einschließlich der Nachträge

Aufgabenbereiche	1977	1978	Veränderung	
			1977 gegen	1978 gegen
	1976			
	Mill. DM		%	
Allgemeine Dienste	2 868,7	3 100,5	0,8	8,9
Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 188,5	1 255,7	2,5	3,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	922,3	1 027,2	5,7	17,7
Rechtsschutz	739,2	801,0	0,8	9,2
Bildungswesen, Wissenschaft, For- schung, kulturelle Angelegen- heiten	7 615,0	8 160,1	6,7	14,3
Schulen und vorschulische Bil- dung	3 946,8	4 289,1	7,2	16,5
Hochschulen (einschl. Kliniken)	2 260,5	2 333,2	4,9	8,2
Soziale Sicherung, soziale Kriegs- folgeausgaben, Wiedergutma- chung	1 664,3	1 667,6	- 8,6	- 8,4
Gesundheit, Sport und Erholung	970,1	1 140,7	- 14,5	- 0,4
Wohnungswesen, Raumord- nung, kommunale Gemeinschafts- dienste	579,9	709,5	22,1	49,4
Wohnungswesen und Raumord- nung	504,9	540,9	6,3	13,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	523,3	619,5	3,8	13,9
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	589,6	800,6	11,4	51,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 271,3	1 345,8	2,7	8,8
Straßen	717,6	778,4	12,1	21,6
Wirtschaftsunternehmen ¹⁾	567,4	628,1	16,2	28,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	7 645,6	8 135,3	36,1	44,8
Bruttoausgaben	24 295,2	26 307,7	11,3	20,5

1) Allg. Grund- und Kapitalvermögen.

Schwerpunkte der Haushaltsausweitung liegen im investiven Bereich. Dies wird besonders deutlich in der Steigerung der Investitionsausgaben 1978 gegenüber 1977 um 16,5% auf rund 4,5 Mrd. DM. Das Bund-Länder Programm für Zukunftsinvestitionen ist darin mit 287,2 Mill. DM enthalten. Weitere Schwerpunkte liegen in der Verstärkung der Programme des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, die durch ein Sonderprogramm zur Verbesserung der Stadtqualität durch Landesbauten ergänzt werden.

Im Nachtrag 1977/78 werden einerseits als Ergebnis des Sparprogramms 2 435 Stellenabgänge nachgewiesen. Gleichzeitig werden jedoch für die Schwerpunktbereiche 3 528 Personalstellen neu geschaffen, darunter 1 990 Lehrerstellen und 845 Stellen für die Polizei. Des weiteren sind über 800 zusätzliche Ausbildungsplätze für verwaltungsatypische Berufe vorgesehen und die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Zeitangestellte wesentlich erhöht worden.

Der Haushaltsvollzug 1977 entspricht bereits der konjunkturfördernden Ausweitung des Landeshaushalts 1977/78 durch den Nachtrag. Die Ist-Aus-

Tabelle 11

Verunglückte im Straßenverkehr

Nachweis	Einheit	Jahr				
		1973	1974	1975	1976	1977
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	Anzahl	199 944	185 838	190 134	209 343	223 689
	Veränderung 1)	– 4,5	– 7,1	+ 2,3	+ 10,1	+ 6,9
davon mit Personenschaden	Anzahl	48 288	45 999	47 858	50 590	53 020
	Veränderung 1)	– 6,5	– 4,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 4,8
Sachschaden	Anzahl	151 656	139 839	142 276	158 753	170 669
	Veränderung 1)	– 3,9	– 7,8	+ 1,7	+ 11,6	+ 7,5
Verunglückte Personen	Anzahl	72 438	67 331	69 178	71 851	74 948
	Veränderung 1)	– 7,4	– 7,1	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,3
davon Getötete	Anzahl	2 656	2 346	2 273	2 279	2 323
	Veränderung 1)	– 9,0	– 11,7	– 3,1	+ 0,3	+ 1,9
Schwerverletzte	Anzahl	21 074	20 509	20 447	21 601	22 314
	Veränderung 1)	– 9,0	– 2,7	– 0,3	+ 5,6	+ 3,3
Leichtverletzte	Anzahl	48 708	44 476	46 458	47 971	50 311
	Veränderung 1)	– 6,5	– 8,7	+ 4,5	+ 3,3	+ 4,9

1) Veränderung zum Vorjahr in %.

gaben 1977 übersteigen die entsprechenden Rechnungsergebnisse des Vorjahres um über 11%. Dabei sind die Personalausgaben nur um 8% gestiegen, so daß die Steigerungsrate der sächlichen Ausgaben bei 12% liegt; die Abwicklung von Sonderprogrammen ist jeweils eingeschlossen.

Mit diesen Ergebnissen liegt Baden-Württemberg weit über dem Länderdurchschnitt und auch über den Ist-Ergebnissen des Bundeshaushalts 1977. Die Gemeinden des Landes, deren Steuereinnahmen 1977 gegenüber 1976 um 13,2% gestiegen sind, haben 1977 den Konsolidierungskurs im wesentlichen beibehalten; er war ihnen durch Einnahmeausfälle und dadurch verursachte Finanzierungsschwierigkeiten im Vorjahr weitgehend vorgezeichnet. Für das Jahr 1978 zeichnet sich bei ihnen eine expansive Haushaltspolitik ab.

Wieder mehr Straßenverkehrsunfälle

Die seit dem Jahr 1975 wieder ansteigende Grundtendenz in der Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle setzte sich auch 1977 fort. Insbesondere nahm die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Menschen nach Jahren des Rückgangs bzw. der Stagnation mit 1,9% im Jahr 1977 erstmals wieder zu.

Im Jahr 1977 ereigneten sich insgesamt 223 689 Verkehrsunfälle, womit die 1976 registrierte Gesamtzahl beträchtlich (+6,9%) übertroffen wurde.

Dieser Anstieg wurde stark durch die hohe Zunahme der schweren Sachschadenunfälle (15,3%) verursacht, die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nahm um 4,8% zu.

1977 kamen allein in Baden-Württemberg im Straßenverkehr 74 948 Personen (+4,3%) zu Schaden. Die Zahl der Schwerverletzten stieg gegenüber 1976 um 3,3%, während die Zahl der Leichtverletzten mit 4,9% überdurchschnittlich zunahm. Sonderauswertungen zeigen, daß Kinder, Zweiradfahrer und Anfänger besonders gefährdete Gruppen sind. Aus diesen Untersuchungen ergibt sich weiterhin, daß die Straßenverkehrsunfälle in den weniger dicht besiedelten Zonen des Landes in der Regel schwerer sind als in den Ballungsgebieten, in denen wiederum die Gefahr, in Unfälle verwickelt zu werden, erheblich größer ist.

Unter einer Vielzahl von Ursachen für das Unfallgeschehen sind auch Volumen und Struktur des Straßenverkehrs von Bedeutung, wobei die Verkehrsdichte offenbar stärker auf die Zahl und weniger – wie es die Ergebnisse der Sonderauswertungen zeigen – auf die Schwere von Unfällen wirkt. Von Anfang 1977 bis Anfang 1978 erhöhte sich der PKW-Bestand um 6,1% auf 3,1 Mill. Einheiten. Die Zahl der zulassungspflichtigen Krafträder stieg innerhalb Jahresfrist sogar um 16,2% auf 64 400 und die der zulassungsfreien motorisierten Zweiräder bis Juli 1977 auf 375 400.

Teil II

Ausblick auf das Jahr 1978

Vorbemerkung

Das abgelaufene Jahr 1977 war in vielen Bereichen durch eine Entwicklung gekennzeichnet, die weder Faktoren einer aufwärts- noch abwärtsgerichteten Veränderung erkennen ließ. Diese Stagnationstendenzen haben sich — soweit eine solche Beurteilung nach dem heutigen Informationsstand und der gegebenen Materialbasis möglich ist — auch in das Jahr 1978 hinein fortgesetzt. Nachfolgend sollen für die Bestimmungsfaktoren der wichtigsten Eckdaten in den gesellschaftlich zentralen Bereichen Bevölkerung, Bildung und Wirtschaft einige Anhaltspunkte für die mögliche Entwicklung in der absehbaren Zukunft gegeben werden. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, daß sie durch Sonderfaktoren im weiteren Jahresablauf in die eine oder andere Richtung umschlagen.

Eckdaten aus dem Bevölkerungsbereich

Was den Bereich der Bevölkerung betrifft, so zeichnet sich entsprechend der Entwicklung von 1977 auch für das laufende Jahr ab, daß weder von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung noch von den Wanderungen wesentliche Bestandsveränderungen ausgehen werden. So wird möglicherweise die Zahl der Lebendgeborenen, die im Jahr 1977 rund 91 000 betragen hatte, leicht auf 89 000 zurückgehen. Dieser Rückgang dürfte dabei ausschließlich durch ein weiteres Absinken der Geburten beim ausländischen Bevölkerungsteil verursacht sein. Denn hier ist nach wie vor ein weiterer, wenn auch gegenüber früher geringerer Fortzug zu beobachten, sowie auch eine Anpassung der Ausländer an das generative Verhalten der deutschen Bevölkerung.

Die Vorausschätzung der Lebendgeborenen des deutschen Bevölkerungsteils ist mit besonders großen Unsicherheiten behaftet. Es ist offen, ob hier die Geburten stagnieren oder nochmals abnehmen — wie es im vergangenen Jahr entgegen den Erwartungen eingetreten war — oder ob sich in diesem Jahr der Einfluß der steigenden Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter in einer wenn auch leicht steigenden Geburtenzahl niederschlägt. In der vorliegenden Abschätzung der Entwicklung wurde in der Zahl von 89 000 Lebendgeborenen eine entsprechende leichte Zunahme veranschlagt.

Die Zahl der Sterbefälle hatte im abgelaufenen Jahr erheblich abgenommen, was auf altersstrukturelle Besonderheiten zurückzuführen sein dürfte. Erreichen doch jetzt die schwachen Geburtsjahrgänge des 1. Weltkrieges die 60-Jahresgrenze, von wo ab die Überlebenswahrscheinlichkeit deutlich abnimmt. Außerdem sind in der Altersklasse um 80 Jahre nur noch geringe Bestandszahlen als Restgrößen aus den Kriegsteilnehmerjahrgängen des ersten Weltkrieges zu verzeichnen. Es wird deshalb mit einem weiteren leichten Rückgang der Sterbefälle auf 89 000 im laufenden Jahr gerechnet. Eine Gegenüberstellung der Zahl der Lebendgeborenen und der Gestorbenen im Jahr 1978 ergibt eine ausgeglichene Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Dabei wird das Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung durch den Geburtenüberschuß der Ausländer ausgeglichen werden.

Die Wanderungsbewegung, die stets den unsichersten Teil einer Bevölkerungsvorausschätzung ausmacht, läßt wegen der weiteren Zuzüge von Menschen aus den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches sowie dem Weiterbestehen der Nord-Süd-Wanderung bei der deutschen Bevölkerung wiederum einen positiven Wanderungssaldo erwarten, der bei rund 12 000 Personen liegen könnte. Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Abwanderungsüberschuß der Ausländer, der eindeutig von der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt war, ließ sich überwiegend auf die Fortzüge mobiler Teile der ausländischen Bevölkerung zurückführen. Es dürfte sich hierbei zum Teil auch um solche Personen gehandelt haben, die das Land verließen, nachdem sie arbeitslos geworden waren. Nachdem nun die Zahl der Arbeitskräfte im Land wieder leicht zugenommen hat und nachdem schon seit 1976 wieder eine Zunahme der Zuzüge von Ausländern bei gleichzeitigem Rückgang der Fortzüge vermerkt werden konnte, sollte für 1978 nur noch ein Abwanderungsüberschuß von etwa 10 000 Ausländern geschätzt werden. Damit könnte für die gesamte Bevölkerung im Jahr 1978 ein allerdings nur kleiner Zuwanderungsüberschuß zu verzeichnen sein. Die insgesamt stagnierenden Tendenzen sowohl bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung wie auch bei den Wanderungen lassen erwarten, daß der Bevölkerungsstand des Landes wie schon Ende 1977 so auch Ende 1978 weitgehend unverändert bei etwa 9,12 Millionen Personen liegen dürfte.

Eckdaten aus dem Bildungsbereich

Die bereits eingeleitete Politik der inneren Reform hätte — zumindest für das allgemeinbildende Schulwesen — keinen günstigeren Zeitpunkt wählen können, denn die Gesamtschülerzahl in diesem quantitativ weitaus bedeutendsten Teil des Schulwesens hat mit dem laufenden Schuljahr 1977/78 den Zenit überschritten und weist mit 1,52 Mill. Schülern bereits 1,2% weniger Schüler auf als im Vorjahr. Diese Entwicklung wird künftig den Umfang der Schülerzahlen bestimmen, wobei die voraussichtliche Abnahme in den nächsten beiden Jahren bei jeweils etwa -3% zunächst noch relativ verhalten ausfallen wird.

Einige Strukturprobleme sind abzusehen. Während nämlich bis zum Schuljahr 1979/80 in Auswirkung der Geburtenentwicklung die Schülerzahlen insbesondere im Grundschulbereich (Abnahme um 15% auf 455 000), aber auch im Hauptschulbereich (Abnahme um etwa 9% auf rund 305 000) mehr oder weniger stark fallen werden, können im gleichen Zeitraum die Realschulen (Zunahme auf 254 000) und die Gymnasien (Zunahme auf 327 000) von einem weiteren Wachstum um jeweils etwa 3 bis 4% ausgehen. Diese Entwicklung hat ihre Ursachen darin, daß sich in diesen Schularten wegen der längeren Bildungsdauer die geburtenstarken Jahrgänge 1962 bis 1966 entsprechend länger auswirken, aber auch darin, daß sich in den letzten beiden Jahren der Drang nach höherer Bildung wieder verstärkt hat. Aus diesen Gründen, aber auch wegen des spürbar verringerten vorzeitigen Abgangs, wird es in den nächsten beiden Jahren zu einem sprunghaften Anstieg von Absolventen mittlerer Abschlüsse um zusammen fast 30% auf 44 000 kommen, der im Dualen Ausbildungssystem zu einer Verschärfung des Verdrängungswettbewerbs führen muß, wenn nicht rechtzeitig — wie vorgesehen — vorkehrende Maßnahmen getroffen werden. Probleme wird auch die Unterrichtsversorgung an Gymnasien aufwerfen. In dieser Schulart war es zu Beginn des laufenden Schuljahrs teilweise zu größeren Engpässen gekommen, die nur durch eine große Zahl von Mehrarbeitsstunden und einen starken Einsatz von stundenweise beschäftigten Lehrkräften behoben werden konnten: 3,5% der an Gymnasien erteilten Unterrichtsstunden waren Überstunden, fast 7% wurden von Nebenlehrern erteilt.

Diese Situation hat sich zwar durch die Neueinstellung von Lehrern im Herbst und Frühjahr gebessert. Die vorgesehene Steigerung der Zahl der Lehrerstellen an Gymnasien wird jedoch in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Teil beansprucht, um die oben beschriebene Steigerung der Schülerzahlen aufzufangen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Schülerzahlen in der gymnasialen Oberstufe, ungünstigerweise also kurz nach der generellen Einführung der Ober-

stufenreform, überproportional (von rund 62 000 in diesem Schuljahr auf fast 80 000 in 1979/80) ansteigen werden, eine Entwicklung, die im Niveau besonders durch das Ausscheiden des relativ schwachen, im Kurzschuljahr 1967 eingeschulten Jahrgangs und durch das Nachrücken eines geburtenstärkeren Jahrgangs beeinflusst ist.

In diesem Zusammenhang ist auf eine Besonderheit hinzuweisen. Mit dem Ausscheiden des zweiten Kurzschuljahrgangs wird nämlich die Zahl der Abiturienten von 24 300 im letzten Jahr in diesem Sommer auf rund 25 000 ansteigen, im Jahr 1979 aber wieder auf 21 000 zurückfallen. Aus diesem punktuellen Rückgang der Abiturientenzahlen im Jahr 1979 kann jedoch nicht auf eine dauerhafte Entlastungswirkung der angespannten Hochschulkapazitäten geschlossen werden, da ab 1980 die Zahl der Abiturienten wieder sprunghaft ansteigt.

Die künftige Belastung der Hochschulkapazitäten wird insbesondere von der Entwicklung des Zugangs, aber auch von den durchschnittlichen Studienzeiten je Studiengang beeinflusst. Zum letzteren liegen keine eindeutig verwertbaren Zahlenangaben vor, jedoch verstärken sich die Anhaltspunkte, daß der Trend zum längeren Studium gebrochen ist. Auch die zweite Einflußgröße, die Zahl der Studienanfänger, gibt Hinweise darauf, daß die Hochschulen nicht mehr in dem Maße angestrebt werden, wie es die Studierneigung der letzten Jahre hätte erwarten lassen. So ging die Zahl der Studienanfänger zum Wintersemester 1977/78 erstmals auch an den Universitäten des Landes zurück, und zwar um rund 7% gegenüber dem Vorjahr, und folgt damit einer Entwicklung, die vor drei Jahren bei den Pädagogischen Hochschulen eingesetzt hatte. Aufgrund der besonderen Umstände im Schulwesen und der geringeren Größenordnung dieser Hochschulart verlief die Entwicklung dort drastisch.

Im laufenden Wintersemester haben sich nur noch rund 2 000 Studenten zur Aufnahme eines PH-Studiums angemeldet, gegenüber fast 5 000 vor drei Jahren. Aus diesen Gründen wird sich auch die noch in den letzten Jahren relativ stürmische Aufwärtsentwicklung bei der Gesamtzahl der Studierenden bei einer Zunahme von derzeit 139 000 auf rund 145 000 (einschließlich Praxissemester) im WS 1979/80 spürbar beruhigen.

Das zentrale Problem für die Bildungspolitik der nächsten Jahre stellt sich nach Auffassung der Landesregierung in der beruflichen Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge. Im Ausbildungsjahr 1977/78 konnten dank der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und infolge der Bemühungen von Kammern, Verbänden, Arbeitsverwaltung und des Landes fast alle der etwa 85 000 Bewerber in einer Ausbildungsstelle untergebracht werden.

Anfang der achtziger Jahre werden die Bewerberzahlen nach bisherigen Vorausberechnungen auf rund 95 000 ansteigen, so daß Ausbildungsbetriebe und berufliche Schulen vor eine beträchtliche Belastungsprobe gestellt werden.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung auf Vorrat sind den Ausbildungsbetrieben bei aller erwiesenen Bereitschaft Grenzen in ihrer Ausbildungskapazität gesetzt. Zur Entlastung beabsichtigt die Landesregierung deshalb einen kräftigen Ausbau der Kapazitäten in den beruflichen Vollzeitschulen. Da sich ein derartiger Ausbau wegen der nach 1982 wieder absinkenden Schülerzahlen nicht allein an der Spitzenbelastung orientieren darf, muß zumindest vorübergehend auch eine stärkere Belegung der beruflichen Schulen in Kauf genommen werden.

Neben allen Bemühungen um die Ausbildung der jüngeren Generation dürfen Fragen nach den künftigen Erwerbschancen der Ausgebildeten nicht vergessen werden. Dies aber bedeutet gleichzeitig, daß die Qualität der Ausbildungsgänge auch unter den genannten hohen Anforderungen, die auf das Berufsausbildungssystem zukommen, nicht leiden darf.

Wirtschaftliche Entwicklung

Wachstum 1978 wie 1977?

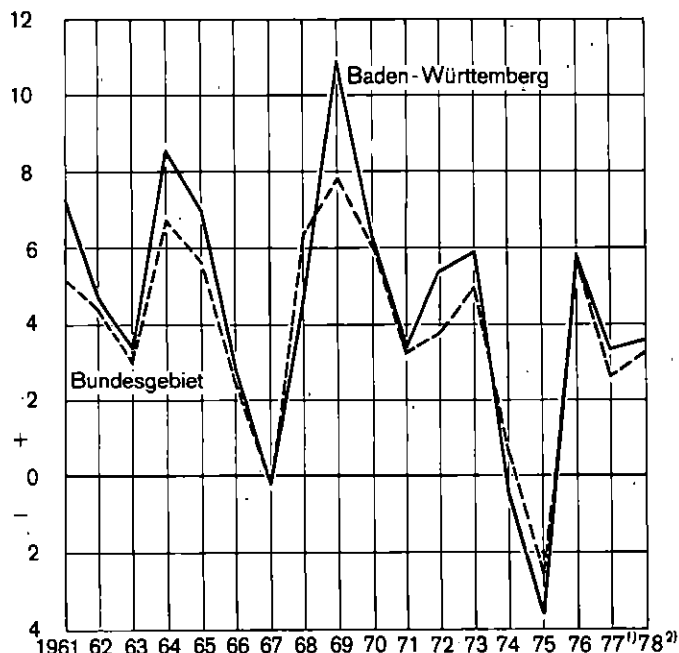
Die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende Jahr wurden noch zu Anfang des Jahres von verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Institutionen dahingehend beurteilt, daß für das Bruttoinlandsprodukt als dem zusammenfassenden Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung für den Bund mit einer Zunahme von real 3 bis 3,5% zu rechnen sei.

Das hätte für den Bundesdurchschnitt eine leichte Zunahme gegenüber dem 1977 erreichten Ergebnis von 2,6% bedeutet. Bei dieser Einschätzung fand sich allerdings auch übereinstimmend der Zusatz, daß es sich um eine wohlwollende Interpretation der in der damaligen Situation vermuteten Entwicklungsmöglichkeiten handelt. Denn das Ausgangsniveau dieses Jahres war keineswegs so beeindruckend und in seinen einzelnen Entwicklungstendenzen so scheinbar eindeutig wie das des Vorjahres. Der Wirtschaftsablauf in der zweiten Hälfte des Jahres 1977 legte zwar einige Vermutungen nahe, eindeutige Anzeichen auf einen ansteigenden Verlauf zeichneten sich jedoch nicht ab. So pendelte der für Baden-Württemberg errechnete Gesamtkonjunkturindikator, wie schon im Rückblick dargestellt, richtungslos zwischen 3 und 4 Index-Punkten, positive und negative Entwicklungskomponenten hielten sich somit die Waage. Hier brachten dann die überraschend guten Dezemberwerte beim Auftragseingang sowohl des Inlandes

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970

Veränderung zum Vorjahr in %



1) Erste vorläufige Berechnungen. — 2) Schätzung.

123 78

wie des Auslandes und nicht zuletzt auch bei der Produktion einiges in Bewegung. Im Zuge dieser günstigen Entwicklung lagen auch die Januarwerte, wenngleich sich beim Bestelleingang aus dem Ausland stagnierende Tendenzen wieder durchsetzten, wovon besonders das Investitionsgüterproduzierende Gewerbe betroffen war. Der Anstieg der Februarergebnisse gegenüber dem Vorjahr hat dann im Hinblick auf die günstige Entwicklung der vorangegangenen Monate enttäuscht, da er bei fast allen wichtigen Indikatoren des industriellen Gewerbes deutlich zurückging. Allerdings setzte sich die seit Spätsommer/Herbst überdurchschnittliche Inlandsnachfrage auch in dieser Zeit fort, wenn auch in abgeschwächter Form. Überdurchschnittlich verlief hier die Entwicklung bei der Investitionsgüterindustrie. Die nach wie vor stagnierende Auslandsnachfrage legt dabei die Frage nahe, ob neben der insgesamt schwachen Weltkonjunktur auch die Aufwertungsergebnisse der D-Mark gegenüber dem Dollar eine Rolle gespielt haben.

Diese neueren Tendenzen haben die Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten des laufenden Jahres sehr stark verunsichert. Die ursprüngliche Schätzung einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 3 bis 3,5% hatte zumindest im Hinblick auf den Bund ein Anziehen der Entwicklung im Jahresablauf vorausgesetzt. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die im Hinblick auf die jüngsten

Ergebnisse ein Eintreten dieser Beschleunigung nicht mehr für wahrscheinlich halten. Entsprechend ist im soeben erschienenen Frühjahrsgutachten von fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten die geschätzte Zuwachsrate auf etwa 2,5% reduziert worden. Dabei wird in Rechnung gestellt, daß die schwankende Wirtschaftssituation durch den Kursverfall des Dollars und die langandauernden Tarifaueinandersetzungen — von denen Baden-Württemberg in den Bereichen der Druckindustrie und vor allem der Metallindustrie besonders betroffen war — erneut verunsichert wurde.

Die Entwicklungsaussichten für das Bruttoinlandsprodukt werden in der Regel von den Bestimmungsgrößen her analysiert, die von der Nachfrageseite darauf einwirken. Dies sind der private und öffentliche Konsum, die Investitionen und der Export, die ihrerseits von einer Vielzahl von Einflußfaktoren abhängen. Die wichtigsten Gesichtspunkte, die hier bei Überlegungen über die zukünftige Entwicklung zu berücksichtigen sind, werden nachfolgend dargestellt.

Export

Während der Export 1976 und im ersten Halbjahr 1977 die Wirtschaftsentwicklung entscheidend stützte, gab es hier Mitte des abgelaufenen Jahres

einen tiefen Einbruch, der in den Herbstmonaten nicht aufgeholt wurde. So lagen die Bestellungen aus dem Ausland in der Gesamtindustrie im ersten Halbjahr um 7,3% über dem entsprechenden Vorjahresergebnis, im zweiten allerdings sanken sie darunter (-1,9%). Die Exporte stiegen in den entsprechenden Zeiträumen um 13% bzw. 5,3%. Ursächlich für die im Jahresdurchschnitt im Vergleich zu 1976 weniger stark gestiegenen Exportergebnisse war, daß die Lieferungen in die europäischen Länder und hier besonders in die für Baden-Württemberg wichtigen Märkte von Frankreich und Italien — im zweiten Halbjahr mit Raten von -0,4% und -1,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum — stagnierten. Ganz überraschend waren diese Ergebnisse nicht angesichts der restriktiven Wirtschaftspolitik in diesen Ländern in den Jahren 1976/77 und der damit verbundenen konjunkturellen Abschwächung. Inzwischen hat sich hier der restriktive Kurs gelockert. Während demnach die konjunkturelle Entwicklung bei wichtigen Handelspartnern im Durchschnitt nicht ungünstiger beurteilt wird als im letzten Jahr, sind durch den Kursverfall des Dollars und der damit verbundenen unübersichtlichen Lage auf den Devisenmärkten und angesichts protektionistischer Tendenzen neue gravierende Unsicherheitskomponenten aufgetreten. So bringt insbesondere die DM-

Tabelle 1

Ausgewählte Einzelindikatoren 1977/78

Indikator	Einheit	November	Dezember	Januar	Februar	März	Veränderung gegen 1977		
		1977		1978			Januar	Februar	März
Verarbeitendes Gewerbe									
Auftragseingang (Volumenindex)									
Inland	1970 = 100	120,2	121,0	108,7	108,8	121,1	+ 14,1	+ 5,8	- 4,0
Ausland	"	142,1	167,7	141,1	137,1	162,7	+ 1,3	+ 1,1	- 7,3
Insgesamt	"	125,4	131,6	116,2	115,4	130,6	+ 10,2	+ 4,5	- 4,9
Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	"	130,9	153,2	123,0	124,4	135,7	+ 10,1	+ 6,9	- 3,2
Produktion (ohne Energie und Bau)									
Insgesamt	1970 = 100	124,2	116,0	108,1	111,1	108,3	+ 4,5	- 0,3	- 5,7
Beschäftigte	1000	1 376,4	1 369,8	1 376,2	1 372,1	1 370,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Bauwirtschaft									
Baugenehmigungen	1000 cbm umbauten Raumes	4 701,2	4 430,1	4 642,7	4 401,5	5 781,9	+ 52,5	+ 25,3	+ 16,0
Auftragseingang	1976 = 100	111,9	107,7	98,5	112,4	168,0	+ 36,0	+ 40,3	
Handel									
Ausfuhr	Mill. DM	3 961,9	4 327,7	3 269,2	3 594,3	.	+ 2,2	+ 0,1	- 11,4
Preise									
Preisindex für die Lebenshaltung	1970 = 100	145,8	146,2	147,5	148,1	148,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	99 089	102 815	110 974	112 743	98 013	- 11,7	- 1,7	- 5,8
Offene Stellen	"	41 165	38 532	40 803	42 979	46 127	+ 5,8	+ 3,7	+ 3,1
Arbeitslosenquote	%	2,8	2,9	3,2	3,2	2,8	.	.	.

Tabelle 2

Vorausgeschätzte Wirtschaftsentwicklung ausgewählter westlicher Industrienationen

Land	Anteil an der Ausfuhr 1977 ¹⁾	Zunahme gegen Vorjahr					
		1977 ²⁾			1978 ²⁾		
		Bruttoinlandsprodukt		Preise	Bruttoinlandsprodukt		Preise
		real	nominal		real	nominal	
		%					
Bundesrepublik Deutschland	—	2,5	6,5	4	3	7,5	4,5
Frankreich	14,3	3	13	9,5	3	12	8,5
Italien	7,2	2	21	18,5	1,5	15,5	14
Niederlande	7,4	2,5	9,5	7	3	9	6
Belgien, Luxemburg	5,1	2,5	10	7,5	2,5	9,5	7
Großbritannien	4,4	0,5	15	14,5	3	15	11,5
Schweiz	7,1	2,5	4	1,5	3	5	2
Österreich	6,1	3,5	9,5	6	1,5	7	5,5
USA	9,4	5	11	5,5	4,5	11	6

1) Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs. — 2) Quelle: DIW-Wochenbericht 3/4 1978 vom 19.1.1978.

Aufwertung die Industrie unter Preisdruck, der vermutlich nur teilweise durch nunmehr verbilligte Rohstoffe und andere Vorprodukte aufgefangen werden kann. Die Dollarschwäche trifft die baden-württembergische Industrie in einem Moment, in dem sie ihren Export in die Vereinigten Staaten in einem Jahr um fast 30% gesteigert hatte (1977 gegen 1976), bei einem Anteil von 9,4% am Gesamtexport.

Angesichts dieser Unsicherheiten dürfte die günstige Warenstruktur des Exports positiv zu Buche schlagen. Diese hat jedenfalls bisher — in Verbindung mit günstigen konjunkturellen Bedingungen in den Abnehmerländern — die aufwertungsbedingten Preisbarrieren übersprungen. Der stark investitions-güterorientierte und auf Spezialanfertigung abgestellte Produktcharakter insbesondere auch der baden-württembergischen Exporte wird immer einen Auslandsmarkt haben. Die sehr guten Dezemberwerte der Auslandsbestellungen schienen darauf hinzuweisen, daß diese Tendenzen sich auch dieses Mal durchsetzen. Sie lagen in der gesamten Industrie um 8,1% über dem entsprechenden Vorjahresmonat und in der Investitionsgüterindustrie um 9%. Auch hier haben die nur mäßigen Werte der ersten beiden Monate des laufenden Jahres zu einer gewissen Verunsicherung geführt.

Beim Abwägen positiver und negativer Einzelfaktoren werden in diesem Jahr die Unsicherheitsfaktoren relativ hoch angesetzt, so daß man insbesondere nicht mehr von einer konjunkturstützenden Wirkung des Exports für das Jahr 1978 ausgehen kann. Die Exportzunahmen dürften unter dem langfristigen Durchschnitt liegen und wurden zu Jahresanfang für den Bund etwa proportional zur Ausweitung des Welthandelsvolumens um etwa 6% angesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob Baden-

Württemberg günstiger abschneidet. Dies war im abgelaufenen Jahr der Fall gewesen. So war der Zuwachs der Auslandsbestellungen im Land im ersten Halbjahr 1977 wesentlich stärker als im Bund und im Durchschnitt des zweiten Halbjahres nahm die Auslandsnachfrage in Baden-Württemberg schwach, im Bund dagegen sehr erheblich ab. Im Hinblick auf die durchschnittliche Entwicklung der ersten beiden Monate dieses Jahres in der Verarbeitenden Industrie nimmt allerdings Baden-Württemberg mit einer Veränderungsrate von +1,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum im Vergleich zum Bund (+3,5%) keine Sonderstellung mehr ein. Es ist zu vermuten, daß sich hierin neben der insgesamt weiterhin schwachen Weltkonjunktur insbesondere die Aufwertungstendenzen der D-Mark auswirken. Es kann abschließend nicht darauf verzichtet werden, auf folgenden Zusammenhang hinzuweisen: Es bleibt abzuwarten und aufmerksam zu beobachten, inwieweit sich die Wechselkursänderungen und die damit verbundene Aufwertung der DM (gegenüber dem Dollar) auch in Importen von Fertigwaren niederschlagen, die bisher in der Bundesrepublik produziert (und exportiert) wurden.

Privater Verbrauch

Angesichts der Unsicherheiten im Auslandsgeschäft richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Inlandsnachfrage. Diese hat sich in der Investitionsgüterindustrie durchaus belebt, während sie in der Verbrauchsgüterindustrie sich nur sehr zögernd entwickelt. So lag hier der Auftragseingang im ersten Halbjahr 1977 real um 3,2% unter dem entsprechenden Vorjahresstand, während er im zweiten Halbjahr diesen gerade erreichte (+1,3%). Konjunkturstützende Impulse können mit einer solchen Entwicklung nicht verbunden werden. Hier hat auch

das laufende Jahr bisher keine wesentliche Änderung gebracht, denn nach dem überraschend guten Wert vom Januar (+12,4% gegenüber Januar 1976) sank die Zunahme der Auftragseingänge im Februar wieder auf 2,3% (gegen Februar 1976) ab.

Die Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrien erfaßt allerdings keineswegs alle konsumtiven Aktivitäten. Vielmehr beziehen sich diese auch auf Produktgruppen, die im Investitionsgüterbereich ausgewiesen werden, sowie auch auf Dienstleistungen. Eine Zusammenfassung aller Aktivitäten für den „Privaten Verbrauch“ wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt. Dieser weist für 1977 nach ersten Berechnungen einen Anstieg gegenüber 1976 um real 2,9% aus, womit der Konsum gegenüber den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die Ausgaben konzentrierten sich dabei mehr oder weniger auf drei Produktgruppen, wie es der Einzelhandelsstatistik und teilweise der Fremdenverkehrsstatistik zu entnehmen ist, und zwar auf die Nachfrage nach Personenkraftwagen, nach längerlebigen Gebrauchsgütern, wie z. B. Möbeln, und nach Reisen, insbesondere nach Auslandsreisen. Es wird allgemein davon ausgegangen, daß die in den Konsum geflossenen Gelder der im letzten Jahr freigewordenen Sparprämienverträge für diese spezifischen Anschaffungen ausgegeben worden sind.

Es hat allgemein überrascht, daß trotz der Vielzahl an sich positiv wirkender Sonderfaktoren — wie insbesondere freiwerdende Beträge aus Prämienpargeldern und steuerliche Begünstigungen durch die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages — in Verbindung mit einer Normalisierung der Spartätigkeit der Private Verbrauch nicht stärker angestiegen ist. Eine der Ursachen dürfte die gegenüber der Entwicklung 1975/76 zurückgebliebene Reallohnentwicklung gewesen sein. So wies der Reallohnindex¹ zwischen Oktober 1976 und Oktober 1977 einen Anstieg von 2,5% gegenüber 7,6% im Vorjahr aus, woraus ersichtlich ist, daß kaum ein zusätzlicher Ausgabenspielraum bestand. Der private Konsum wirkte deshalb in der angezeigten Größenordnung durchaus konjunkturstützend aber nicht konjunkturstimulierend. Nach der Konstellation der den Verbrauch bestimmenden Einzelfaktoren ist damit auch in diesem Jahr nicht zu rechnen. Von der Einkommensentwicklung dürften im laufenden Jahr auch in Anbetracht der gemäßigten Preissteigerungen keine Impulse ausgehen, die initiiierenden Sonderfaktoren wie im letzten Jahr fallen weg, die Rentenerhöhungen wurden auf 1979 verschoben. Ein dadurch möglicher Nachfrageausfall dürfte allerdings durch die verschiedenen im abgelaufenen Jahr

gesetzlich beschlossenen Steuererleichterungen vermieden evtl. auch überkompensiert werden. Man geht deshalb allgemein wieder von einer Erhöhung des Privaten Verbrauchs in der Größenordnung des letzten Jahres aus (3%).

Investitionen

Soweit im Augenblick von konjunkturell günstigen Entwicklungstendenzen die Rede ist, stützen sie sich auf die Belebung der inländischen Nachfrage in den Investitionsgüterindustrien insbesondere im zweiten Halbjahr 1977 und hier vor allem in den Monaten November und Dezember. Während noch im ersten Halbjahr 1977 die Inlandsbestellungen das entsprechende Vorjahresniveau nicht erreichten (-1,1%), lagen sie im zweiten Halbjahr um 6,9% darüber. Diese Tendenzen haben sich auch in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres in vollem Umfang fortgesetzt. Im Durchschnitt lagen die inländischen Auftragseingänge um 13,4% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei ist bemerkenswert, daß sich im Gegensatz insbesondere zum Jahr 1976 die Bestelltätigkeit (und zwar aus dem In- und Ausland) inzwischen auf mehrere Branchen verteilt und nicht mehr von den Aufträgen im Fahrzeugbau dominiert wird. Auf gegenüber 1976 niedrigerem Niveau hat sich nach dem Auslaufen des Fahrzeugbooms die branchenmäßige Zusammensetzung höherer Auftragseingänge verbreitert.

Inwieweit sich aus dieser Konstellation — einer deutlichen Belebung der inländischen Nachfrage nach Investitionsgütern seit dem zweiten Halbjahr 1977 einerseits und einer breiteren Verteilung der Bestelltätigkeit über die Branchen andererseits — eine konjunkturelle Belebung entwickeln kann, muß abgewartet werden. Insbesondere kann auf mittlere Sicht auch eine steigende Inlandsnachfrage eine fehlende Auslandsnachfrage nicht kompensieren. Weiterhin müßten belebende Impulse auch bei der Nachfrage in anderen Industriebereichen festzustellen sein. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, besonders aber im Verbrauchsgütersektor ist jedoch die Entwicklung, wie zuvor dargestellt, schleppend. Eine deutliche Stabilisierung und Belebung verzeichnet der Bausektor, worauf später noch einzugehen sein wird.

Bei der Umsetzung von Nachfrageimpulsen in Investitionen sind Produktion und Kapazitätsauslastung zwischengeschaltet. Hier haben das Jahr 1977 und auch der Anfang von 1978 wenig gebracht. So wurde die Nachfrage nur zögernd in Produktion umgesetzt. Nach Schätzungen des ifo-Instituts² lag die Auslastung der Produktionskapazitäten dementsprechend niedrig, und zwar bei etwa 83% zu Jahresanfang 1977, wobei sie im Sommer leicht rück-

¹ Reallohnindex: der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste.

² ifo-Schnelldienst Nr. 30, Oktober 1977, S. 12.

läufig war und im Herbst/Winter aufgrund der vorliegenden Produktionsentwicklung kaum wesentlich angestiegen sein dürfte. Ursächlich hierfür dürfte neben der schleppenden Nachfrageentwicklung auch ein gewisser Lagerabbau sein. Danach wäre zu erwarten, daß im laufenden Jahr eine Nachfragebelebung sich in einer entsprechenden Produktionsbelebung fortsetzen und über eine steigende Kapazitätsauslastung auf die Investitionsneigung weiterwirken würde. Diese Möglichkeit bleibt abzuwarten.

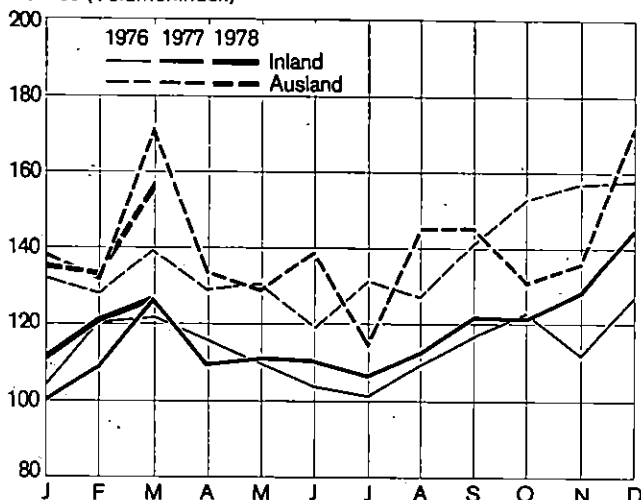
Um die Unsicherheiten und Widersprüchlichkeiten in der Entwicklung der auf die Investitionen einwirkenden Bestimmungsfaktoren auszugleichen und nach Möglichkeit durch positive Anstöße zu überwinden, wurden im Juli des abgelaufenen Jahres das Steueränderungsgesetz und im Oktober das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung erlassen. Beide Programme setzen zur Unterstützung und Ankurbelung der inländischen Konsum- und Investitionsnachfrage im Jahr 1978 über Steuer- und Abschreibungserleichterungen schätzungsweise 10 Mrd. DM frei. Hierauf beläuft sich nach Berechnungen des DIW der durch die Maßnahmen hervorgerufene Einnahmeausfall bei der öffentlichen Hand³. Entsprechend schätzt denn auch das DIW die reale Zunahme der Anlageinvestitionen mit 4,5% von 1978 zu 1977 höher ein als die Entwicklung im abgelaufenen Jahr (2,8%). Wie kaum anders zu erwarten variieren die Investitionsschätzungen am stärksten zwischen den verschiedenen Institutionen, wobei sich das DIW im oberen Teil der Bandbreite zwischen 3 und 5% bewegt.

Zusätzlich zu den obengenannten Maßnahmen läuft das schon im März 1977 beschlossene, über mehrere Jahre sich erstreckende Programm für Zukunftsinvestitionen im Umfang von 16 Mrd. DM, dessen einzelne Maßnahmen insbesondere der Bauwirtschaft zugute kommen. Schon im abgelaufenen Jahr sind allein in Baden-Württemberg Aufträge im Wert von etwa 800 Mill. DM vergeben worden, im laufenden Jahr steht ein Volumen von über 700 Mill. DM zur Vergabe an. Nicht zuletzt auf diese Impulse, in Verbindung mit den günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, dürfte die Stabilisierung in der Bauwirtschaft und hier insbesondere im Tiefbau zurückzuführen sein⁴. Nachdem die Erholung im Hochbau im ersten Halbjahr 1977 vom Wohnungsbau getragen wurde, kommt seit dem zweiten Halbjahr zunehmend der gewerbliche und industrielle Hochbau zum Zuge. Die den Tiefbau aber auch den Wohnungsbau bestimmenden Entwicklungsfaktoren – wie Auftragsvergabe der öffentlichen Hand einerseits, Wunsch nach dem Eigenheim in Verbindung mit günstigen Finanzierungsbedingungen und neuer-

Schaubild 2

Auftragseingang in der Investitionsgüterindustrie

1970-100 (Volumenindex)



9478

dings die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung andererseits – wirken auch im Jahr 1978 voll weiter und führten bei den Wohnungen dazu, daß im ersten Quartal 1978 fast 1/5 mehr Wohnungen zum Bau freigegeben wurden als im Vorjahr. Überraschend ist die sehr positive Entwicklung im industriell-gewerblichen Bau mit einem Anstieg der Baugenehmigungen um 44% im ersten Quartal 1978 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Das sonst saisonübliche Genehmigungstief war Anfang 1978 nur schwach sichtbar, was auf eine gestiegene Investitionsneigung hinzudeuten scheint.

Die über die verschiedenen Maßnahmen laufende staatliche Ankurbelungspolitik wird seit dem zweiten Halbjahr 1977 weiterhin gestützt von einer expansiven Haushaltspolitik. So sieht der Haushaltsplan für Baden-Württemberg für 1978 eine Auswei-

Tabelle 3

Halbjahresveränderung (in %) des Auftragseingangs (real) ausgewählter Investitionsgüterindustrien

Industriegruppe	1. Halbjahr		2. Halbjahr	
	Jan.-Mai 1975/76	1. Hj. 1976/77	1975/76	1976/77
Investitionsgüterindustrie	+ 19,1	+ 2,0	+ 18,1	+ 3,6
darunter				
Elektrotechnik	+ 15,6	- 1,7	+ 5,8	+ 4,3
Maschinenbau	+ 14,5	+ 4,6	+ 6,3	+ 3,8
Fahrzeugbau	+ 32,1	+ 1,6	+ 62,1	+ 5,0
E-B-M-Waren	+ 15,2	+ 3,2	+ 12,6	+ 4,9
Feinmechanik, Optik	+ 13,6	+ 4,6	+ 4,4	+ 6,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte	+ 58,4	+ 12,8	+ 5,3	+ 13,6

1) Wegen des Auslaufens der Investitionszulage weist der Juni 1975 einen untypischen Extremwert aus.

³ DIW-Wochenbericht, Nr. 3-4, 19. Januar 1978.

⁴ Vgl. Rückblick.

tung des Etatvolumens um 8,3% auf 26,3 Mrd. D-Mark vor, wobei die Investitionsausgaben überproportional um 16,8% auf knapp 4,5 Mrd. DM steigen. Darin ist zwar das Bund-Länder-Programm für Zukunftsinvestitionen enthalten. Es sind jedoch weiterhin eine Stärkung des Wohnungsbauprogramms 1978 und ein Sonderbauprogramm zur Verbesserung der Stadtqualität durch Landesbauten vorgesehen. Entsprechend zeichnen sich auch für den bisher nachhinkenden öffentlichen Bau im ersten Quartal 1978 positive Entwicklungen im Auftragseingang ab. Insgesamt signalisieren die erteilten Baugenehmigungen — die als Frühindikator für die Hochbaunachfrage anzusehen sind — für 1978 einen durchaus günstigen Verlauf. So fiel insbesondere im zweiten Halbjahr 1977 die an sich saisonübliche Abschwächung sehr viel geringer aus als in anderen Jahren und dies vor allem auch bei den Nichtwohngebäuden, wobei sich diese Entwicklung auch ins erste Quartal 1978 fortsetzte. Insgesamt dürfte sich somit die Bauwirtschaft im laufenden Jahr durchaus als Konjunkturstütze erweisen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

Wie zuvor ausgeführt schätzte man die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr zunächst mit einer Zunahmerate von 3 bis 3,5%. Die Bandbreite wurde zwischenzeitlich nach unten auf 2,5% erweitert. Generell könnte die Entwicklung in Baden-Württemberg etwas höher ausfallen. Denn obwohl im letzten Jahr gegenüber 1976 eine Abnahme des Wachstums zu verzeichnen war, lag das Ergebnis Baden-Württembergs mit 3,5% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 2,6%. Dies ist für Phasen eines schwächeren Wachstums bemerkenswert und dürfte darauf zurückzuführen sein, daß gerade im letzten Jahr von der in Baden-Württemberg stark vertretenen Investitionsgüterindustrie positive Impulse ausgingen. Der reale Auftragseingang lag hier im Jahr 1977 um 2,8% über dem Vorjahr, während er im Bundesdurchschnitt stagnierte (+0,3%), die Produktionszunahme betrug 7,4% gegenüber 5,5% im Bundesdurchschnitt.

Es ist nicht unplausibel davon auszugehen, daß diese Tendenzen auch im laufenden Jahr weiterwirken, so daß Baden-Württemberg von ihnen stärker begünstigt wird als der Bundesdurchschnitt. Dabei tritt allerdings sofort die Frage auf, ob denn nicht umgekehrt Baden-Württemberg als besonders exportintensives Land von der Abschwächung der Auslandsnachfrage (zunächst ohne Berücksichtigung der Wechselkursproblematik) besonders stark betroffen wird. Hier scheint die Entwicklung im abgelaufenen Jahr darauf hinzuweisen, daß dies nicht der Fall ist. So lagen die Auslandsbestellungen der gesamten Industrie des Landes im ersten

Halbjahr 1977 mit einer Zuwachsrate von 7,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erheblich über denen des Bundes (+4,6%) und im zweiten Halbjahr fiel die Abschwächung mit -1,9% entscheidend schwächer aus als im Bund, der einen Rückgang der Auslandsnachfrage gegenüber dem zweiten Halbjahr 1976 von -10,7% verzeichnen mußte. Die Exportstruktur Baden-Württembergs ist aufgrund der spezifischen Warenstruktur offenbar so günstig und flexibel auf neue Märkte einstellbar (z. B. OPEC-Länder), daß auch generelle Abschwächungen sie weniger hart treffen als den Bund. Insofern sind hier keine Anhaltspunkte für eine relative Schlechterstellung zu sehen. Problematisch sind die Aufwertungstendenzen durch den Kursverfall des Dollars, deren Auswirkungen sich offenbar in den Ergebnissen der ersten Monate des laufenden Jahres auch in Baden-Württemberg voll niederschlagen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg dürfte deshalb wesentlich auch davon abhängen, daß es auf den Devisenmärkten wieder zu einer kalkulierbaren Entwicklung kommt. Da es etwas über dem Bundesdurchschnitt veranschlagt werden kann, dürfte es in einer Bandbreite von 3 bis 3,5% liegen, womit sich eine Stagnation zu 1977 ergäbe.

Ein solches Wachstum wird in der gegenwärtigen Situation kaum zu einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen. Da im Durchschnitt das veranschlagte Wachstum aus dem erwarteten Produktivitätsanstieg getragen werden kann, werden grundlegende Änderungen insbesondere im Hinblick auf die Sockelarbeitslosigkeit nicht erwartet. Zwar entstehen durchaus neue Arbeitsplätze. So erhöhte sich vom Frühjahr 1976 zum Frühjahr 1977 die Zahl der Beschäftigten um 40 000 auf 4,06 Mill. Personen. Mit diesem Effekt dürfte auch im laufenden Jahr zu rechnen sein. Diese Arbeitsplätze werden jedoch in quantitativer Sicht durch den Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials kompensiert. Denn nach wie vor ist der Arbeitsmarkt durch das demographisch bedingte Ungleichgewicht belastet, demzufolge schwache Jahrgänge aus der Zeit des ersten Weltkriegs aus dem Erwerbsleben ausscheiden, andererseits aber die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre neu auf dem Markt auftreten und erstmals einen Arbeitsplatz suchen. So sind in diesem Jahr wiederum Schulabgänger in einer Größenordnung von etwa 95 000 bis 100 000 Personen unterzubringen, — die allerdings noch gegen die aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden aufgerechnet werden müssen. Dämpfend auf die Arbeitskräftenachfrage dürften sich gewisse aufgestockte Arbeitsmarktreserven auswirken, die insbesondere in der relativ geringen Kapazitätsauslastung bei gleichzeitig gehaltenem Beschäftigtenstand sichtbar werden. Es ist zu vermuten, daß sie bei dem angenommenen Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr abgebaut werden. Ein für Baden-Württemberg besonders

wichtiger Aspekt ist auch das Ausmaß der Ausländerabwanderung, da sich herausgestellt hat, daß allerdings nur bis zu einem gewissen Grad die ausländischen Erwerbspersonen durch deutsche Erwerbspersonen ersetzt werden. Wie jedoch schon in Verbindung mit der Bevölkerungsentwicklung dargestellt, dürften wegen der vermutlich nur noch geringen Ausländerabwanderung im laufenden Jahr hiervon kaum noch größere Entlastungen zu erwarten sein.

Wenn die Wirtschaft sich so entwickelt wie angenommen, dann dürfte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht verschlechtern, aber auch nicht wesentlich entspannen, wobei auch kleine Fortschritte in Einzelbereichen sich durchaus summieren. So hat der Dienstleistungssektor auch während des Einstellstopps der öffentlichen Hand expandiert, womit auch weiterhin zu rechnen ist. Die öffentli-

che Hand selbst hat im Nachtrag zum Haushalt 1978 zusätzlich Personalstellen eingebracht, die sich einmal auf Schwerpunktbereiche (Lehrer, Polizei) beziehen zum anderen über die Schaffung von Ausbildungsplätzen für verwaltungstypische Berufe der Jugendarbeitslosigkeit begegnen sollen. Im Bausektor ist nach wie vor ein erheblicher Facharbeitermangel festzustellen, gleiches gilt für den industriellen Bereich, hier hat der Investitionsgütersektor seinen Beschäftigtenstand im abgelaufenen Jahr leicht ausgebaut.

Der beklagte Facharbeitermangel weist deutlich darauf hin, daß das zur Zeit bestehende Arbeitslosenproblem nicht allein unter konjunkturell-strukturellen Gesichtspunkten gesehen werden kann, sondern daß hier neben demographischen Aspekten auch solche qualitativer Art eine große Rolle spielen.

Teil III

Sonderuntersuchungen

1. Die Struktur der Familie aus statistischer Sicht

Vorbemerkungen

In einer Zeit, die weitgehend durch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel gekennzeichnet ist, erscheint die älteste Institution menschlichen Zusammenlebens als besonders gefährdet. Die Familie als Institution wird dabei nicht ausschließlich durch auftretende materielle Schwierigkeiten bedroht, sondern auch und gerade durch das Infragestellen traditioneller Werte. Einer weiteren Belastung ist die Familie in einer Umwelt ausgesetzt, in der Technisierung, Automation und Rationalisierung immer weiter fortschreiten im Gefolge mit Entwurzelung und zunehmender Vereinsamung des Individuums. In diesem Sinne ist die Initiative der Landesregierung, die in einer „Aktion Familie“ zum Ausdruck kommt, zu verstehen, deren Aufgabe es ist, einer Wiederbesinnung im Hinblick auf Funktion und Stellenwert der Familie in unserer Gesellschaft neue Impulse zu verleihen und die Aufmerksamkeit und das Interesse für den Bereich der Familie zu schärfen und zu intensivieren. Hierbei sind insbesondere Verbände, Kirchen, Parteien und andere Organisationen aufgerufen, sich in verstärktem Maße dem Problembereich Familie zuzuwenden.

Die hohe Prioritätsstufe, die die Landesregierung der Familienpolitik einräumt, dokumentiert sich an den vielfältigen Initiativen und Programmen, wie dem Ausbau der sozialen Beratungsdienste und der Sozialstationen, dem Erziehungsmodell „Mutter und Kind“ und der Einführung eines Familiendarlehens für kinderreiche Familien, alleinstehende Elternteile und schwangere Frauen. Darüberhinaus sollen aufgrund eines Ministerratsbeschlusses weitere Impulse von der Aktion Familie ausgehen, um die Leistungsfähigkeit der Familie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Funktionen in verstärktem Maße zu fördern. Dieses Programm umfaßt über 3 000 Einzelmaßnahmen und „Vor-Ort-Aktionen“ in Form von Großveranstaltungen, Kongressen und Elternseminaren, aber auch Familienfreizeiten und Familiensportfeste auf regio-

naler und örtlicher Ebene. Als ein Zeichen der Kontinuität der Familienpolitik des Landes kann es angesehen werden, daß die Aktion Familie nicht mit dem Jahresende abschließen soll, sondern in ein Aktionsprogramm der Landesregierung einmündet, das den Rahmen für die künftige familienpolitische Arbeit des Landes abgibt. Obwohl die „Aktion Familie“ landesspezifischen Charakter trägt, soll sie auch bundesweite Anstöße auf dem Gebiet der Familienpolitik geben.

Der Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland stellt die Ehe und die Familie unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Diese Verfassungsnorm soll die Familie im Rahmen der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten fördern, damit sie ihre Aufgaben sowohl in ihrem Innenverhältnis, als auch in ihrer Stellung zur Gesellschaft uneingeschränkt wahrnehmen kann. Alle Maßnahmen, die auf dieses Ziel hin ausgerichtet sind, wie z. B. Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern, materielle Sicherung der Familie etc., sind familienpolitischer Natur und somit als ein Teil der Gesellschaftspolitik zu verstehen.

Der Familie kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:

- Regeneration der Bevölkerung
- Erziehungsauftrag
- Sicherung der wirtschaftlichen Versorgung der Familienmitglieder
- Befriedigung der Bedürfnisse der Familienmitglieder, in der Familiengemeinschaft Halt und Geborgenheit zu finden

Die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist von grundlegender Bedeutung für die Entfaltung des menschlichen Lebens in unserer Gesellschaft.

Um Anhaltspunkte über Entwicklungstendenzen im Bereich Familie zu gewinnen, sollen im folgenden Wandlungen in der Familienstruktur, die das Erscheinungsbild der Familie bestimmen und als Folge menschlicher Verhaltensweisen im Spannungsfeld unserer Gesellschaft auftreten, aus datenorientierter Sicht aufgezeigt werden. Hierbei stehen ins-

besondere die Entwicklung der Familienzusammensetzung, der Eheschließungen, der Ehescheidungen, der Kinderzahlen, der Einkommensverhältnisse, der Erwerbstätigkeit von Frauen und die besonderen Probleme unvollständiger Familien im Vordergrund. Die folgende Untersuchung kann dabei nicht als eine umfassende und erschöpfende Analyse angesehen werden, da die Beschränkungen, die vom Datenmaterial ausgehen, zu einer begrenzten Betrachtung der Familienstruktur und der sie bestimmenden Einflußgrößen zwingen. Die im folgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich dabei vor allem auf Zahlen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und des Mikrozensus.

Struktur der Familie

Die Familie ist im Wesenskern als eine Lebensgemeinschaft von Eltern und Kindern definiert. Statistisch wird jedoch der Begriff der Familie verhältnismäßig weit gefaßt und in folgende Familientypen untergliedert:

- Gemeinschaften von Eltern oder Elternteilen (Großeltern) mit ihren ledigen Kindern (Enkeln). Hierbei ist es gleichgültig, welchen Familienstand die Eltern (Großeltern) haben.
- Ehepaare ohne Kinder
- Verwitwete und geschiedene Personen ohne Kinder

In soziologischer Terminologie werden nach dem Familienstand des Familienvorstandes des weiteren vollständige und unvollständige Familien unter-

schieden. Dabei gelten Ehepaare mit und ohne Kinder als vollständige Familien, während Familien, in denen ein Ehepartner bzw. Elternteil durch Tod, Scheidung, Trennung oder uneheliche Mutterschaft ausfällt, als unvollständige Familien bezeichnet werden. Als Problemfamilien sind hierbei insbesondere verwitwete, geschiedene und ledige Personen, die mit ledigen Kindern zusammenleben, zu betrachten. Nicht zu den Familien zählen ledige Personen ohne Kinder, unabhängig davon ob diese in 1- oder Mehrpersonen-Haushalten leben.

Die *Tabelle 1* gibt eine Übersicht über die zeitliche Entwicklung der einzelnen Familientypen in den Jahren 1961, 1970 und 1977. Danach sind bei den vollständigen Familien die Ehepaare ohne Kinder überproportional, die Ehepaare mit Kindern dagegen unterproportional zu den Familien insgesamt gestiegen.

Die Entwicklungen solcher Globalaggregate können jedoch keine differenzierteren Aussagen über die Familienstruktur treffen, da sie Gruppen enthalten, die familienpolitisch unterschiedlich zu beurteilen sind. Eine Differenzierung kann über eine vertiefte Analyse der Altersstruktur der Familienvorstände herausgearbeitet werden, da hiervon typische Entwicklungsphasen einer Familie abhängen. Ein Blick auf die Altersstruktur der Familienvorstände des Familientyps F2 (Ehepaare mit Kindern) zeigt den charakteristischen Verlauf der Familienentwicklung (*Tabelle 2*). Danach steigen die Anteile der Ehepaare mit Kindern ab der Altersgruppe zwischen 20 und 25 Jahren relativ schnell an, das heißt, ab

Tabelle 1

Struktur der Familien 1961, 1970, 1977

Familienzusammensetzung	Familientyp	Familien					
		1961 1)		1970 1)		1977 2)	
		1000	%	1000	%	1000	%
Insgesamt		2 581	100	2 931	100	3 181	100
darunter:							
Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder	F 1	562	21,8	692	23,6	862	27,1
Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben)	F 2	1 228	47,6	1 388	47,4	1 455	45,7
Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder bzw. ledige Enkel	F 4	452	17,5	591	20,2	671	21,1
Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht im Haushalt leben	F 5	238	9,2	183	6,2	173	5,4
Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht im Haushalt leben	F 6	21	0,8	23	0,8	21	0,7
Nachrichtlich:							
Nicht familienangehörige, ledige Personen	F 9	484	—	441	—	—	—

1) Ergebnisse der Volkszählung. — 2) Ergebnisse des Mikrozensus.

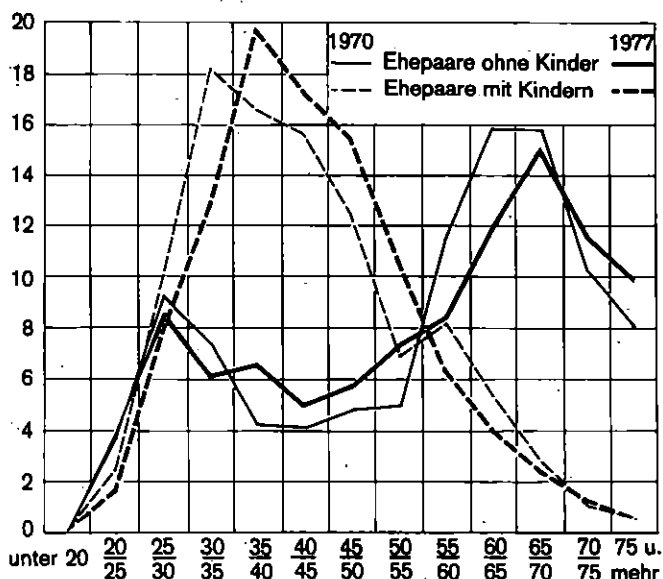
dieser Altersgruppe wird in einer zunehmenden Zahl von Familien das erste Kind erwartet (*Schaubild 1*). Der höchste Anteil der Ehepaare mit Kindern wird in der Altersgruppe zwischen 30 und 35 Jahren (1970) bzw. zwischen 35 und 40 Jahren (1977) erreicht. Bei Familienvorständen, die älter als 45 Jahre sind, fällt der Anteil der Ehepaare mit Kindern in immer stärkerem Maße ab, da in diesen Altersgruppen der Familienvorstände zunehmend die Jugendlichen aus ihren Ursprungsfamilien ausscheiden und eine eigene Familie gründen. Hier zeigt sich, daß bei der Einschätzung der Daten nur die zum Erhebungszeitpunkt zusammenlebenden Familienmitglieder im Familienverband betrachtet werden.

Die Entwicklung des Familientyps F1 (Ehepaare ohne Kinder) über die Altersklassen der Familienvorstände hinweg, verläuft in gewissem Sinne spiegelbildlich zu dem des Familientyps F2 (Ehepaare mit Kindern). Nach einem Anstieg der Anteile des Familientyps F1, in dem Ehepaare enthalten sind, die noch keine Kinder haben, aber in späteren Altersklassen welche bekommen werden, sinken diese Anteile ab der Altersgruppe zwischen 25 und 30 Jahren, bevor ein erneuter Anstieg in den Altersgruppen zwischen 50 und 55 Jahren festzustellen ist. Dieser erneute Anstieg der Anteile des Familientyps F1 (Ehepaare ohne Kinder) erfolgt analog zu den fallenden Anteilen des Familientyps F2 (Ehepaare mit Kindern) aufgrund der Ehepaare, deren Kinder aus dem Familienverband ausgeschieden sind.

Veränderungsraten		
1970/61	1977/70	1977/61
+ 13,6	+ 8,5	+ 23,2
+ 23,1	+ 24,6	+ 53,4
+ 13,0	+ 4,8	+ 18,5
+ 30,8	+ 13,5	+ 48,5
- 23,1	- 5,5	- 27,3
+ 9,5	- 8,7	+ 0,0
- 8,9	-	-

Schaubild 1

Familienvorstände nach Altersgruppen und Familientypen



Die überproportionale Zunahme des Familientyps F1 im Verhältnis zu den Familien insgesamt hat seine Ursache einerseits in dem Hinausschieben des Zeitpunktes der Geburt des ersten Kindes in einer zunehmenden Zahl von Familien, aber auch in dem wachsenden Anteil der Familien, die überhaupt ohne Kinder bleiben.

Die zunehmende Zahl der Familien die überhaupt ohne Kinder bleiben, zeigt sich an dem relativ hohen und gegenüber 1970 noch gestiegenen Anteil des Familientyps F1 (Ehepaare ohne Kinder) in den relevanten Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren (*Schaubild 1*).

Was das Aufschieben der Geburt des ersten Kindes betrifft, so kann dies aus der Parallelverschiebung der Kurven des Familientyps F2 im Zeitvergleich der Jahre 1970 und 1977 beobachtet werden, da sich die Anteile der Ehepaare mit Kindern deutlich von jüngeren zu älteren Altersjahren verschoben haben.

Diese Tatsache ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Ehepartner in der ersten Zeit ihrer Ehe sich stärker auf sich selbst und ihre eigenen Bedürfnisse konzentrieren, bevor sie sich den verantwortungsvollen Aufgaben der Kindererziehung zuwenden, die ein nicht geringes Maß an materiellem Verzicht und Belastungen für beide Elternteile mit sich bringen.

In der Kategorie „unvollständige Familien“ sind die „verwitweten oder geschiedenen Personen ohne ledige Kinder bzw. Enkel“ (Familientyp F4) überproportional gestiegen (*Tabelle 1*).

Tabelle 2

Familienvorstände nach Familientyp und Altersgruppen 1977

Familienzusammensetzung	Famili- typ	Famili- vorstände	unter 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40
			1000				
Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder	F 1	862	(.)	34	73	53	57
Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben)	F 2	1 455	(.)	25	115	186	288
Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder bzw. ledige Enkel	F 4	671	(.)	(.)	(9)	12	15
Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht im Haushalt leben	F 5	173	(.)	(.)	(6)	12	17

Die starke Zunahme dieses Familientyps F4 ist von der wachsenden Zahl der Ehescheidungen, aber auch vor allem von dem zunehmenden Anteil alleinlebender älterer Menschen in unserer Bevölkerung beeinflusst. Die Tatsache, daß die verwitweten und geschiedenen Personen ohne Kinder ganz überwiegend im Alter von über 50 Jahren stehen (*Tabelle 2*), zeigt den dominierenden Einfluß der Veränderung in der Altersstruktur unserer Bevölkerung.

Demgegenüber hat der Familientyp F5 (verwitwete oder geschiedene Personen mit ledigen Kindern) seit 1961 einen stetigen und relativ starken Rückgang erfahren, der teilweise auf die sinkende Geburtenzahl zurückzuführen ist.

Der Familientyp F5 setzt sich aus relativ verschiedenartigen Gruppen zusammen. Dies ergibt sich, wenn man in *Tabelle 2* die Besetzung der Altersgruppen der Familienvorstände betrachtet.

Die Anteile steigen in den Altersgruppen zwischen 25 und 35 Jahren an und verbleiben danach bis zur Altersgruppe von 65–70 Jahren, von relativ geringen Schwankungen abgesehen, auf einem konstanten Niveau. Dies läßt vermuten, daß es sich in den jüngeren Altersgruppen vorwiegend um geschiedene Familienvorstände handelt, die ein oder mehrere Kinder zu versorgen haben, während in den älteren Altersgruppen ein Teil der geschiedenen oder verwitweten Familienvorstände mit erwachsenen Kindern zusammenleben, die ihnen den Haushalt führen.

Von grundsätzlicher Bedeutung für eine strukturanalytische Betrachtung der Familie ist die zeitliche Entwicklung der Bestimmungsgrößen, die auf die Bildung und Auflösung sowie die strukturelle Zusammensetzung der Familie einen entscheidenden Einfluß ausüben. In diesem Sinne soll im folgenden zunächst der tendenzielle zeitliche Verlauf der Größen Eheschließungen, Ehescheidungen und Geburten untersucht werden.

Zahl der Eheschließungen ist rückläufig

Mit Hilfe eines modernen statistischen Verfahrens wurde eine Zerlegung der Reihe „Eheschließungen auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr“ in eine langfristige und kurzfristige Komponente über einen Zeitraum von 1961 bis 1977 anhand von Monatswerten vorgenommen. Die langfristige Komponente dieser Zeitreihe zeigt dabei anschaulich, daß die Eheschließungen mit bemerkenswerter Stetigkeit abnehmen. In absoluten Zahlen sanken die Eheschließungen von 72 100 im Jahre 1961 auf 50 600 im Jahre 1977, was einer Abnahme von 29,8 Prozent entspricht. Betrug der tendenzielle Jahresdurchschnitt 1961 noch 9,3 Eheschließungen auf 1 000 Einwohner, so sank dieser Wert bis zum Jahre 1977 auf 5,6 (tendenzieller Halbjahresdurchschnitt). Die Reihenerlegung zeigt deutlich, daß der Trend der Eheschließungen auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr etwa bis zum Jahr 1968 stark überlagert wird durch eine relativ ausgeprägte Saisonkomponente, die jeweils in den Monaten Mai und August ihre oberen Spitzen und im Januar eines jeden Jahres ihre untere Spitze aufweist. Ab den späten sechziger Jahren ist ein Rückgang und ein Ausgleich dieser jahreszeitlichen Schwankung zu beobachten, der insbesondere von Änderungen in den Einkommensteuervorschriften verursacht wurde. Darüberhinaus ist auch die Tatsache, daß die Zahl der Eheschließungen verhältnismäßig stark rückläufig ist, für das Ausbleiben starker Saisonausschläge von Bedeutung.

Betrachtet man im Vergleich zum langfristigen Verlauf der Eheschließungen die Entwicklung der Verheiratetenquote, so kommt man zu einem auf den ersten Blick widersprüchlichen Ergebnis, da eine Zunahme des Anteils der Verheirateten an der gesamten Wohnbevölkerung von 47,4% im Jahre 1961 auf 49,9% im Jahre 1977 eingetreten ist.

Die Ursache für dieses scheinbare Paradoxon einer gegensätzlichen Entwicklung von Verheiratetenquote und Eheschließungen auf 1 000 Einwohner

40 – 45	45–50	50–55	55–60	60–65	65–70	70–75	75 und mehr Jahre
1000							
43	48	63	73	104	129	100	85
251	224	153	92	58	36	18	(9)
14	14	26	45	81	124	125	203
18	16	20	18	18	16	11	18

und ein Jahr sind auf verschiedene Einflußfaktoren zurückzuführen. Hierbei sind insbesondere die nach dem Jahre 1960 auftretenden relativ schwach besetzten „Heiratsjahrgänge“ zu nennen, die als eine Folge des Geburtentals des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit anzusehen sind und die sich dämpfend auf die Eheschließungen auswirken, aber auch die Verlängerung der Ehedauer durch gestiegene Lebenserwartung und die Vorverlagerung des durchschnittlichen Heiratsalters, wodurch die Verheiratetenquote tendenziell angehoben wird. Darüberhinaus führt auch ein starker Rückgang der Kinderzahlen in der Bezugsbasis „Bevölkerung“ rechnerisch zu einer hohen Verheiratetenquote, während umgekehrt die starke Besetzung der Gruppen mit hohem Lebensalter zu einem Sinken der Eheschließungen führt.

Die allgemeine Verheiratetenquote und die allgemeine Eheschließungsquote können somit nur eine bedingte Aussage über Heiratsfreudigkeit oder Ehemündigkeit treffen, da diese Größen in ihrer zeitlichen Entwicklung von obigen Faktoren, insbesondere aber auch von einer sich ändernden Altersstruktur stark beeinflußt werden können. Zweckmäßig und methodisch haltbar wäre ein altersspezifischer Nachweis. Dieser wurde für die Verheiratetenquote ab 1970 erstellt (*Schaubild 2*). Dabei sind die Altersgruppen von unter 25 Jahren und zwischen 25 und 30 Jahren von besonderer Bedeutung. Sie geben unmittelbar Aufschluß über die Bereitschaft, eine Ehe einzugehen oder nicht. Die Altersgruppen über 30 Jahre sind in diesem Zusammenhang relativ bedeutungslos, da sich diese Quoten zeitinvariant verhalten.

Es zeichnet sich als Ergebnis ab, daß seit 1974 ebenfalls eine fallende Tendenz der Heiratsfreudigkeit zu beobachten ist, nachdem sich zwischen 1970 und 1974 eine steigende Tendenz ergab (*Schaubild 2*).

Der Wandel im Heiratsverhalten der Bevölkerung, der sich tendenziell in einer verminderten Bereit-

schaft zur Institution Ehe und Familie abzeichnet, steht dabei im Zusammenhang mit neuen eheähnlichen Formen des Zusammenlebens. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtiger Natur, jedoch kann vermutet werden, daß die Risiken einer Ehe und die Folgen einer Scheidung heute in stärkerem Maße als früher gesehen werden und daß das Zusammenleben der Geschlechter von vornherein nicht mehr unbedingt als eine Gemeinschaft bis an das Lebensende angesehen wird.

Fallendes durchschnittliches Heiratsalter

Als spezielles Problem bei Ehescheidungen gelten die sogenannten Frühehen, die als besonders scheidungsanfällig angesehen werden. Allgemein ist in der Tat eine Abnahme des durchschnittlichen Heiratsalters im Zeitraum von 1950 bis 1976 sowohl für Männer als auch für Frauen zu beobachten. Hauptsächlich im Zeitraum zwischen 1950 und 1960 ist ein relativ starker Rückgang des durchschnittlichen Heiratsalters zu verzeichnen, der sich jedoch in den folgenden Jahren deutlich abschwächt. Das durchschnittliche Heiratsalter sank im Zeitraum von 1950 bis 1976 für Männer von 31,2 auf 28,2 Jahre, und für Frauen von 27,7 auf 24,8 Jahre (*Schaubild 3*). Der familienstandsspezifische Nachweis läßt darüber hinaus erkennen, daß das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer und Frauen seit dem Jahre 1971 nahezu konstant bei 25,4 und 22,9 gewesen war und nur 1975 aufgrund der in diesem Jahr in Kraft getretenen Bestimmungen über das Volljährigkeits- und Ehemündigkeitsalter einen leichten Rückgang zeigte.

Schaubild 2

Altersspezifische Verheiratetenquote von 1970 bis 1977

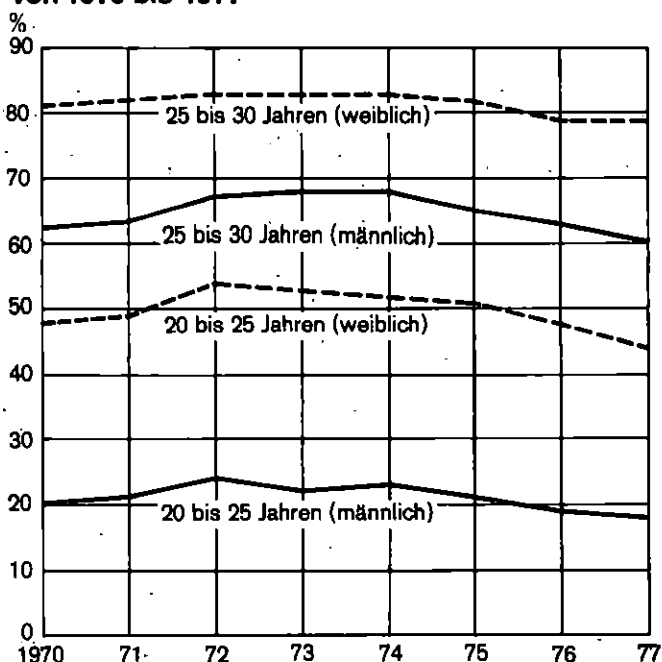
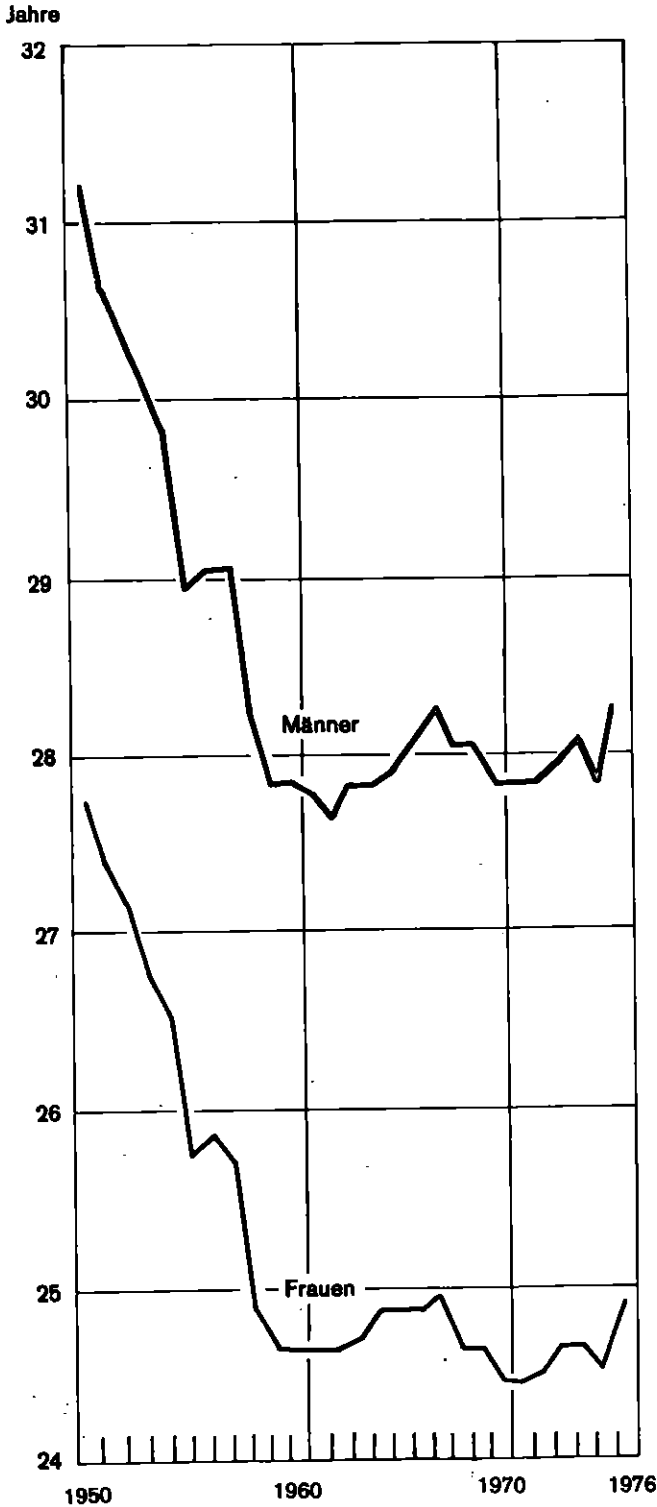


Schaubild 3

Durchschnittliches Heiratsalter 1950 bis 1976



Der Begriff Frühehe hat im Laufe der Zeit eine Wandlung erfahren. Während noch zu Beginn des Jahrhunderts eine Ehe dann als Frühehe galt, wenn einer der Ehepartner unter 25 Jahre alt war, liegt heute eine Frühehe vor, wenn die Ehe von Personen in einem Alter abgeschlossen wird, das vom durchschnittlichen geschlechtsspezifischen Heiratsalter erheblich nach unten abweicht. Als erhebliche Abweichung in diesem Sinne ist ein Heiratsalter bei Männern unter 21 Jahren und bei Frauen unter 20 Jahren anzusehen. Statistisch lassen sich Frühehen aus den Eheschließungen nach dem Alter der beiden Ehegatten ermitteln. Die Anzahl der Eheschließungen, bei denen beide Partner unter 20 Jahre alt waren, betrug 1976 1 612 Fälle, das ergibt einen Anteil an den Eheschließungen insgesamt von 3,2%. Dieser geringe Prozentanteil zeigt, daß Frühehen heute eigentlich weniger ein quantitatives als vielmehr ein soziales Problem, insbesondere auch im Hinblick auf die höhere Scheidungsanfälligkeit, darstellen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß der Anteil früher Ehen stark ansteigt, wenn man das Alter beider Ehepartner um nur zwei Jahre nach oben erhöht. So beträgt die Anzahl der Eheschließungen, bei denen die Partner unter 22 Jahre alt sind, 1976 schon 7 151 Fälle, was 14% der Eheschließungen insgesamt entspricht.

Die Gründe für die fallende Tendenz des durchschnittlichen Heiratsalters der ledigen Männer und Frauen im allgemeinen und für das frühzeitige Eingehen einer Ehe im speziellen liegen im wesentlichen an einer fehlenden familiären Geborgenheit, die in einer Frühehe gesucht wird, aber auch im Erstreben des sozialen Status eines Erwachsenen durch die Abkehr von der Ursprungsfamilie. Weiterhin dürfte auch der Wandel im Sexualverhalten ein frühzeitiges Eingehen einer ehelichen Bindung gefördert haben. Die sogenannten „Mußheiraten“, die seit dem Jahre 1970 erheblich zurückgegangen sind, mögen insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren einen Einfluß auf die Vorverlegung des Heiratsalters vieler junger Menschen gehabt haben.

Starke Zunahme der Ehescheidungen

Als Folge der außerordentlich hohen Scheidungsziffern der Nachkriegszeit ist die Zahl der Ehescheidungen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich gefallen. Dieser Rückgang kann somit nicht als Tendenz angesehen werden, sondern ist durch die nachkriegsbedingte Situation bestimmt. Seit Beginn der sechziger Jahre – insbesondere aber in den letzten Jahren – zeigt sich eine besorgniserregende Entwicklung der Zahl der Ehescheidungen, die von 5 955, das sind 7,8 Ehescheidungen

auf 10 000 der mittleren Bevölkerung im Jahre 1960 auf 14 795 Ehescheidungen bzw. 16,2 Ehescheidungen auf 10 000 der mittleren Bevölkerung im Jahre 1976 zugenommen haben (*Schaubild 4*).

Bezieht man die Ehescheidungen auf 10 000 der bestehenden Ehen, so erhält man einen zeitlich vergleichbaren Indikator für die Entwicklung des Scheidungsverhaltens der verheirateten Personen, da bei dieser Bezugsgröße Einflüsse, die von der Geschlechts- und Altersstruktur der Bevölkerung ausgehen, ausgeschaltet werden. Während 1960 auf 10 000 bestehende Ehen 33,1 Scheidungen gekommen sind, verdoppelte sich diese Zahl bis zum Jahre 1976 auf 67,5.

Betrachtet man die geschlechtsspezifische Scheidungshäufigkeit in Abhängigkeit vom Alter der Ehegatten, so zeigt sich, daß diese bei den Männern in den Altersjahren zwischen 26 und 29 sowie zwischen 32 und 37, bei Frauen dagegen in den Altersjahren zwischen 24 und 29 besonders ausgeprägt ist. Die Kurvenverläufe der Entwicklung der Scheidungshäufigkeit in Abhängigkeit der Altersjahre getrennt nach Geschlechtern sind zeitlich verschoben, da die verheirateten Frauen im allgemeinen jünger sind als ihre Ehepartner. Der starke Anstieg der Ehescheidungen gerade in jungen Altersjahren beider Geschlechter zeigt die hohe Scheidungsanfälligkeit besonders in jungen Ehen. Diese Tendenz bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Ehescheidungen nach der Ehedauer. So ist eine hohe Scheidungsanfälligkeit, wie auch in früheren Jahren, zwischen dem 3. und 5. Ehejahr festzustellen (*Schaubild 5*). Nahezu 20% aller Ehescheidungen 1976 betrafen Ehen, die nur eine Ehedauer von drei Jahren aufzuweisen hatten und 1/3 der geschiedenen Ehen haben weniger als 5 Jahre bestanden. Bei den sogenannten Frühehen liegt diese kritische Phase vermutlich noch wesentlich früher, so daß hier die Mehrzahl der Scheidungen schon nach ein oder zwei Jahren vollzogen werden. Die Gründe für das Scheitern von Ehen jüngerer Ehepartner sind in der Regel in den spezifischen Problemen zu suchen, vor denen eine Ehe nach kurzer Ehedauer steht. Solche Probleme sind insbesondere durch mangelndes Anpassungsvermögen der Ehepartner, die mit unklaren Vorstellungen in die Ehe gegangen sind und durch wirtschaftliche Schwierigkeiten gekennzeichnet. Somit kann als Ursache für das besorgniserregende Ansteigen der Ehescheidungen insgesamt zum einen das gefallene durchschnittliche Heiratsalter angenommen werden, das zu einem hohen Bestand gefährdeter junger Ehen führt und zum anderen gerade in jungen Ehen das sich wandelnde Rollenverständnis der Frau in Familie und Beruf in Verbindung mit zunehmender wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Frau. Als bemerkenswert kann darüberhinaus angesehen werden, daß die Zunahme der Ehescheidungen nicht zuletzt auch auf die Tat-

Schaubild 4

Entwicklung der Ehescheidungen auf 10 000 der mittleren Bevölkerung 1950 bis 1976

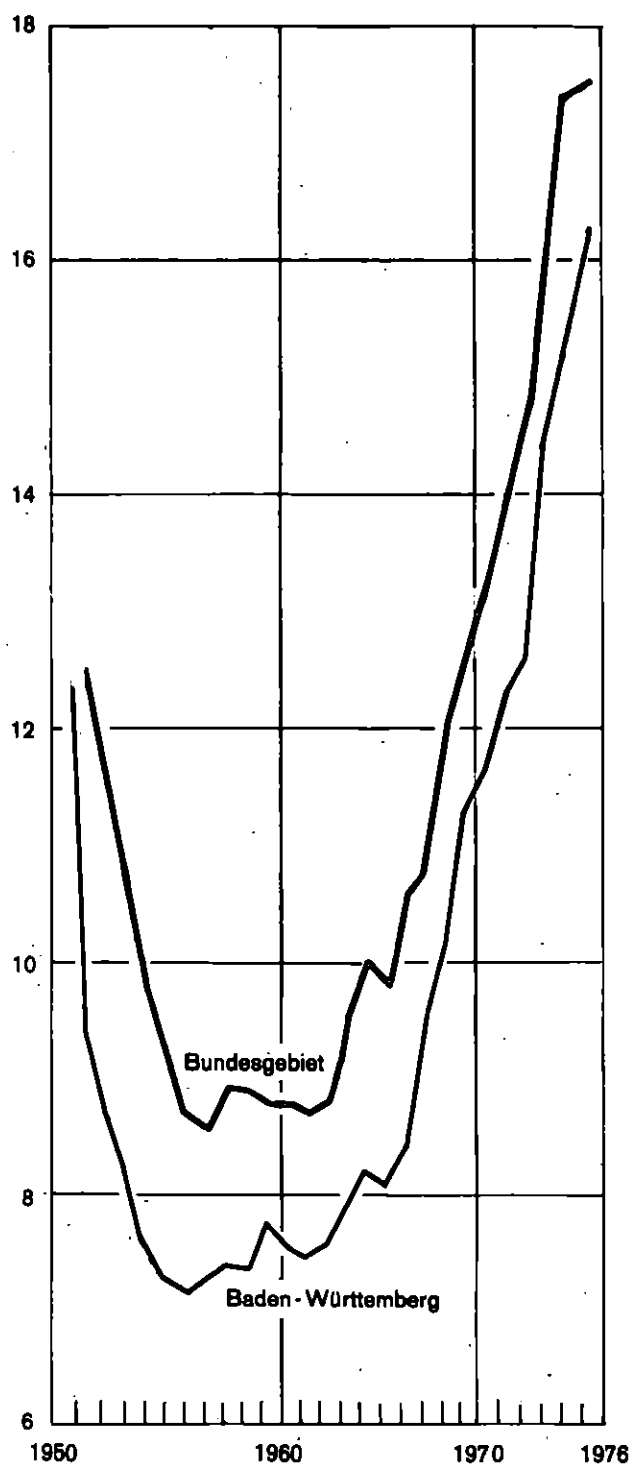
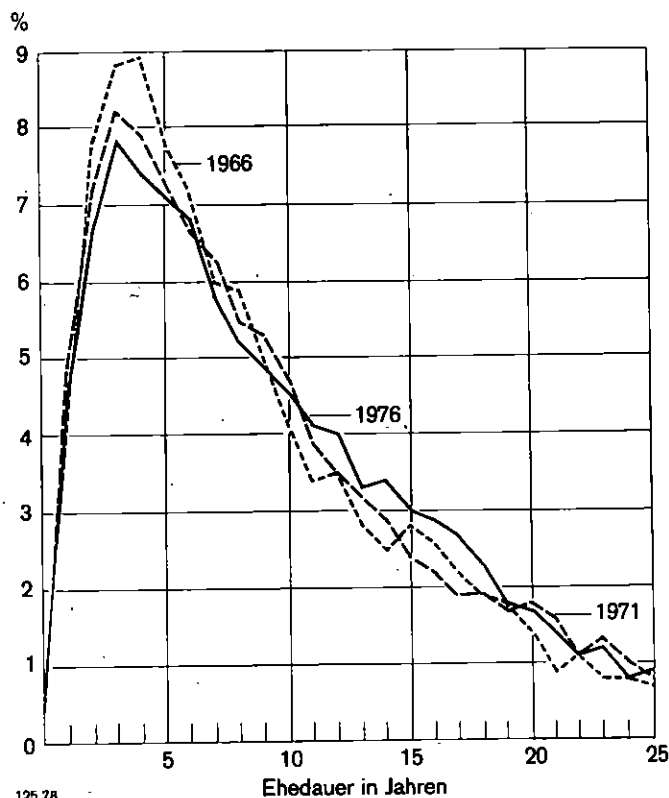


Schaubild 5

Anteil der geschiedenen Ehen nach der Ehedauer 1966, 1971, 1976



sache zurückzuführen ist, daß — wie sich aus *Schaubild 5* ergibt — in zunehmendem Maße auch Ehen geschieden werden, die länger als 10 Jahre bestanden. So stieg in den letzten 10 Jahren der Anteil der geschiedenen Ehen, die 10 Jahre und länger bestanden haben, von 36,0% im Jahre 1966 auf 40,5% im Jahre 1976.

Zunehmende Zahl von Wiederverheiratungen

In Verbindung mit der starken Zunahme der Ehescheidungen der letzten Jahre läßt sich eine wachsende Zahl von Wiederverheiratungen beobachten. So betrug 1976 der Anteil der Männer die vor der Eheschließung ledig waren, 83,1% im Vergleich zu 87,7% im Jahre 1968. Für die Frauen betrug der entsprechende Anteil 85,4% (1976) und 90,2 % im Jahre 1968. Somit heiratete im Jahre 1968 jeder 7. Mann und im Jahre 1976 jeder 5. Mann zum wiederholten Male. Bei den Frauen trat 1968 jede 9. und 1976 jede 6. erneut in den Stand der Ehe. Während der Anteil der Geschiedenen, die sich wieder zu einer Heirat entschlossen, bei den Männern von 8% (1968) auf 13,2 % (1976) und bei den Frauen von 7,4% (1968) auf 12,4% (1976) stieg, sank der Anteil der Verwitweten im gleichen Zeitraum bei den Männern von 4,3% auf 3,7% und bei den Frauen von 2,4% auf 2,2%. Es kann somit festgestellt werden, daß trotz der hohen Zahl der Ehescheidungen der Mut und die Bereitschaft zu einer erneuten Ehe vorhanden ist.

Weiterhin rückläufige Geburtenentwicklung

Ein in der gesamten Nachkriegszeit und in der Größenordnung bisher erstmaliger Geburtenrückgang hat dazu geführt, daß die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland unter allen Ländern der Erde den niedrigsten Stand erreicht hat. Hiervon gehen naturgemäß in größtem Umfang Auswirkungen auf die Familienstruktur aus. Um Art und Ausmaß dieser Entwicklung für Baden-Württemberg zu untersuchen, wurde ebenso wie für die Eheschließungen über einen Zeitraum von 1961 bis 1977 anhand von Monatswerten ein Trendverlauf herausgearbeitet. Dabei zeigte die Reihenzerlegung der „Lebendgeborenen auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr“ gleichermaßen eine ausgeprägte langfristige und saisonale Komponente auf (*Schaubild 6*). Während hinsichtlich der Saisonkomponente ähnlich wie im Falle der Eheschließungen zu Beginn der sechziger Jahre ein Rückgang der Saisonausschläge festzustellen war, zeigte der Trend deutlich den Mitte der sechziger Jahre einsetzenden starken Geburtenrückgang, der sich jedoch in den letzten Jahren deutlich abschwächte und einer unteren „Grenze“ zuzustreben scheint. Die absolute Zahl der Lebendgeborenen, die in den Jahren 1961–1967 jeweils etwa um 150 000 bis 160 000 Lebendgeborene schwankte, sank bis zum Jahre 1977 auf 91 000, so daß nur noch etwas mehr als die Hälfte der Geburten im Vergleich zu Anfang der sechziger Jahre zu verzeichnen war. Der Jahresdurchschnitt der glatten Komponente der Geburtenziffer, der 1961 noch 19,7 Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner aufwies, fiel bis zum Jahre 1977 auf 10,1 (Halbjahresdurchschnitt der glatten Komponente). Zu beachten ist weiterhin, daß der Geburtenrückgang bei der deutschen Bevölkerung sich stärker vollzogen hat als es in den obigen Zahlen zum Ausdruck kommt, da die seit Anfang der sechziger Jahre rasch zunehmenden Ausländergeburten den Rückgang der deutschen Lebendgeborenen teilweise kompensiert haben.

Die langfristige Entwicklung der Geburtenzahlen kann nur sehr beschränkt mit dem Altersaufbau und der rückläufigen Zahl der Eheschließungen erklärt werden, da auch die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer von 92,3 Geburten auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren (Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1963) auf 49 im Jahre 1976 zurückging. Vielmehr handelt es sich hier um eine tiefgreifende Veränderung des generativen Verhaltens, die einen wesentlichen Einfluß auf die Familienstruktur hinsichtlich der Kinderzahl der Familien ausübt. Was die Erklärungsversuche des Geburtenrückgangs betrifft, so ist festzustellen, daß es sich hierbei nicht nur um ausschließlich einen Erklärungsfaktor handelt wie die in diesem Zusammenhang häufig genannte Pille, sondern um eine Vielzahl von Einflußfaktoren. Hierbei sind hauptsächlich das ganz allgemein wachsende Anspruchsdenken, die verlänger-

te Ausbildung, die Berufstätigkeit der Frau, die Möglichkeit rationaler Familienplanung und nicht zuletzt das allmähliche Verdrängen traditioneller Wertvorstellungen, die zum Teil als überholt angesehen werden, zu nennen. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die überproportional zu den übrigen Familientypen zunehmenden Ehepaare ohne Kinder, so wird deutlich, daß der drastische Geburtenrückgang seit Mitte der sechziger Jahre bis zu einem gewissen Grad als ein Zeichen des Struktur- und Funktionswandels der Familie angesehen werden kann. Der Mitte der sechziger Jahre vehement einsetzende Geburtenrückgang muß aus heutiger Sicht im Hinblick auf die Reproduktion der Bevölkerung sowohl unseres Landes als auch der Bundesrepublik Deutschland als das entscheidende demographische Ereignis der Nachkriegszeit angesehen werden, das über den Bereich Familie hinaus von Bedeutung ist. Um dies zu verdeutlichen, soll noch auf die Stellung des Bundes im internationalen Vergleich hingewiesen werden. Die Geburtenziffern nach ausgewählten Ländern ergeben dabei für das Jahr 1975 folgendes Bild:

Lebendgeborene je 1 000 der Bevölkerung 1975 nach ausgewählten Ländern

Baden-Württemberg	10,6
Bundesrepublik Deutschland	9,7
Vereinigte Staaten	14,8
Frankreich	14,1
Großbritannien	12,4
Italien	14,8
Israel	28,2
China	23,0

Innerhalb des Bundes liegt die Zahl der Lebendgeborenen auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt, was nur zum Teil auf den hohen Ausländeranteil Baden-Württembergs zurückzuführen sein dürfte, da das Land auch schon vor 1960 über dem Bundesdurchschnitt lag.

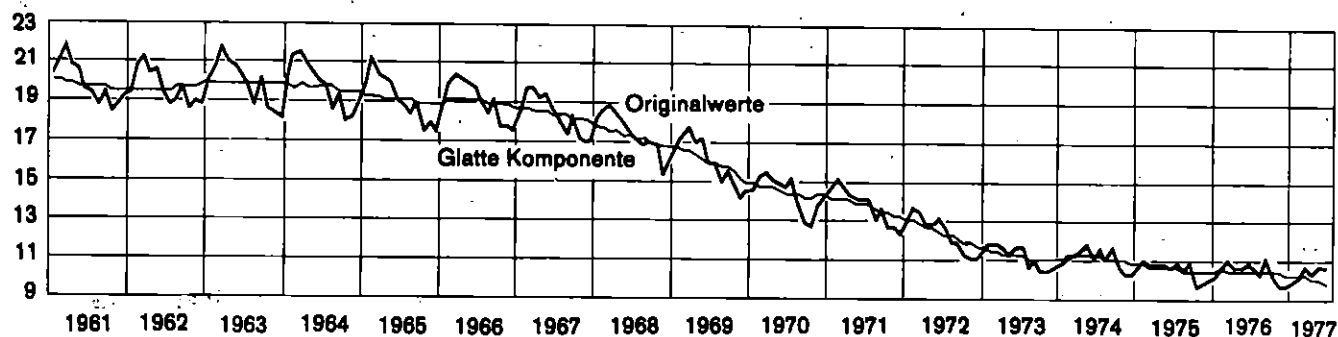
Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, welche zukünftige Entwicklung sich für die Familienstruktur abzeichnet. Da eine methodisch fundierte Vorausschätzung der Zahl der Familien derzeit nicht möglich ist, soll versucht werden, grobe Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. In den kommenden Jahren kann, bedingt durch die starken Geburtenjahrgänge der sechziger Jahre, die jetzt ins Erwerbsleben treten und Familien gründen, eine weitere Zunahme der Zahl der Familien erwartet werden. Dieser Verlauf, der sich möglicherweise bis zum Jahre 2000 fortsetzen wird (der Geburtenberg hat dann die Altersjahre zwischen 30 und 40 Jahren erreicht) wird sich jedoch nach der Jahrhundertwende in starken Maße umkehren, da dann die Altersjahrgänge des Geburtenrückgangs in das heiratsfähige Alter kommen. Ein weiterer wesentlicher Bestimmungsfaktor für die künftige Zahl der Familien stellt die Heiratsfreudigkeit, das heißt die Bereitschaft der jungen Generation dar, eine Ehe einzugehen. Zeigen die Indikatoren Eheschließungs- und Verheiratetenquote weiterhin eine fallende Tendenz, so wird hiervon eine dämpfende Wirkung auf die oben skizzierte zukünftige Entwicklung ausgehen. Unter der Annahme einer weiter ansteigenden Zahl von Ehescheidungen und abnehmenden Geburten ist darüberhinaus eine Veränderung der Familienstruktur zu erwarten, die sich möglicherweise in einer weiteren anteilmäßigen Zunahme der Ehepaare ohne ledige Kinder (Familientyp F1) und der verwitweten oder geschiedenen Personen ohne ledige Kinder (Familientyp F4) niederschlagen wird. Bei der Normalfamilie „Ehepaare mit in der Familie lebenden Kindern“ ist entsprechend ein weiterer anteilmäßiger Rückgang zu vermuten.

Kinder in vollständigen und unvollständigen Familien

Seit einer Reihe von Jahren kann bei den Ehepaaren mit Kindern eine ausgeprägte Präferenz für die Ein- und Zwei-Kinder-Familie beobachtet werden, während der Anteil der Familien mit 3 und mehr Kin-

Schaubild 6

Entwicklung der Lebendgeborenen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr 1961 bis 1977



dern immer stärker zurückgegangen ist. Diese Entwicklung muß im Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang gesehen werden. So ist der Anteil der vollständigen Familien mit 1 und 2 Kindern mit 39,1% bzw. 37,5% in etwa gleich ausgeprägt, während nur 23,4% 3 und mehr Kinder haben. Hier dürfte für einen großen Teil der Ehepaare die Idealvorstellung einer Zwei-Kinder-Familie zum Ausdruck kommen. Dies läßt sich auch anhand des statistischen Durchschnitts von 1,96 Kinder pro Familie aufzeigen.

Geht man davon aus, daß sich aus der Vollständigkeit einer Familie ein gewisser Bezug im Hinblick auf Versorgung und Betreuung der Kinder ableiten läßt, so ist festzustellen, daß im Jahre 1977 92,6% der Kinder unter 18 Jahren mit ihren beiden Eltern teilen zusammenlebten (Tabelle 3). Im Jahre 1970 betrug die entsprechende Zahl 93,3%. Die nur leichte Zunahme des Anteils der Kinder in unvollständigen Familien deutet somit darauf hin, daß sich die durchaus zufriedenstellenden Verhältnisse im Hinblick auf die Erziehungsfähigkeit der Eltern teile, wie sie sich im Jahre 1970 darstellte, nicht wesentlich verschlechtert haben.

Die familienspezifische durchschnittliche Kinderzahl betrug für ledige Familienvorstände 1,1, für verwitwete Familienvorstände 1,5 und für geschiedene Familienvorstände 1,7. Somit weisen die einzelnen Familien der geschiedenen Familienvorstände eine größere Kinderzahl auf als die Familien der verwitweten oder ledigen Familienvorstände. Dieser Sachverhalt wird auch dadurch verdeutlicht, daß nur bei 33% der verwitweten Familienvorstände 2 und mehr Kinder leben, während entsprechend bei den geschiedenen Familienvorständen 43% 2 und mehr Kinder zu betreuen haben. Absolut betrachtet weisen jedoch die verwitweten

Familienvorstände mit 181 000 mehr Kinder auf als die geschiedenen Familienvorstände mit 91 000 und die ledigen Familienvorstände mit 23 000 Kindern.

Zusammenleben der Generationen

Der tiefgreifende Wandel in der Familien- und Haushaltstruktur wird von mehreren Faktoren determiniert. Ein wesentlicher Gesichtspunkt hierbei betrifft das Zusammenleben der Generationen in den Haushalten. Während noch um die Jahrhundertwende die Großfamilie mit Großeltern, Eltern und Kindern die Familien- und Haushaltszusammensetzung entscheidend prägte, verliert dieser Familientyp heute zunehmend an Bedeutung. Der Wandel von der Groß- zur Kleinfamilie zeigt sich aus statistischer Sicht deutlich am Rückgang der Haushalte mit 3 und mehr Generationen.

Der Haushalt ist im Gegensatz zur Familie als eine wirtschaftliche Einheit definiert. Als Privathaushalte gelten in diesem Sinne zusammenwohnende und gemeinsam wirtschaftende Personengruppen, die sowohl verwandte, als auch fremde Personen umfassen können. Auch Personen, die allein wohnen und wirtschaften und nicht einer Familie angehören, zählen als Haushalt. Die Zahl der Haushalte in Baden-Württemberg mit 3 und mehr Generationen, die im Jahre 1961 noch 177 000 betrug und 6,7% der Haushalte insgesamt ausmachte, ging bis zum Jahre 1970 auf 115 000 zurück und hatte somit nur noch einen Anteil an den Haushalten insgesamt von 3,7% aufzuweisen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der 2-Generationen-Haushalte von 1,35 Millionen auf 1,54 Millionen, also um 14% erhöht. Eine weit überproportionale Zunahme haben die 1-Generationen-Haushalte zu ver-

Tabelle 3

Familien mit Kindern unter 18 Jahren 1977

Familienzusammensetzung	Famili- typ	Familien		Kinder		Familien mit Kindern				
		1 000	%	1 000	%	1	2	3	4	5 und mehr
						1 000				
Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben)	F 2	1 206	92,6	2 232	93,7	519	448	169	49	21
Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht im Haushalt leben	F 5	81	6,2	132	5,5	49	19	8	(.)	(.)
darunter weiblich		71	5,4	117	4,9	42	17	8	(.)	(.)
Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht im Haushalt leben	F 6	16	1,2	18	0,8	15	(.)	(.)	—	(.)
darunter weiblich		15	1,2	17	0,7	14	(.)	(.)	—	(.)
Familien		1 303	100	-	-	-	-	-	-	-
Kinder		-	-	2 382	100	583	467	177	49	21

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

zeichnen, die im Zeitraum von 1961 bis 1970 von 1,11 auf 1,48 Millionen, das sind 34%, zugenommen haben. Das starke Anwachsen der 1- und 2-Generationen-Haushalte ist dabei speziell mit den überdurchschnittlichen Zunahmen der 1-Personen-Haushalte und 2-Personen-Haushalte (hier insbesondere der Ehepaare ohne Kinder) zu erklären. Die Zahl der 1-Personen-Haushalte nahm von 1961 bis 1977 um über 89 % auf 1,06 Millionen zu. Somit betrug 1977 der Anteil der 1-Personen-Haushalte an den Haushalten insgesamt 29,8%. Dieser hohe Anteil dürfte allerdings wesentlich von der Zuwanderung der ohne Familienangehörige lebenden ausländischen Arbeitnehmer mit verursacht sein. Bei den 2-Personen-Haushalten ist ebenfalls im Zeitraum von 1961 bis 1977 ein hoher Zuwachs von 39,2% auf 934 000 festzustellen. Die Ursache für diesen starken Zuwachs ist im wesentlichen in der Abnahme des durchschnittlichen Heiratsalters, aber auch in der Veränderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung zu suchen. Insofern korrespondiert die Zunahme der 2-Personen-Haushalte mit dem starken überproportionalen Zuwachs des Familientyps „Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder“. Im Gegensatz zu den 1- und 2-Personen-Haushalten weisen die 3-Personen-Haushalte eine weit unterdurchschnittliche Zuwachsrate von nur 6,6% auf. In absoluten Zahlen stiegen die 3-Personen-Haushalte von 576 000 im Jahre 1961 auf 614 000 im Jahre 1977. Ebenfalls unterproportionale Zuwächse hat die Entwicklung der Haushalte mit 4 und mehr Personen zu verzeichnen, die sich von 807 000 im Jahre 1961 um 16,9% auf 943 000 im Jahre 1977 erhöht haben. Die nur mäßigen Zuwachsraten der 3-, 4- und Mehr-Personen-Haushalte dürften ihre Erklärung in der unterdurchschnittlichen Zunahme des Familientyps „Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern“ finden. Die höhere Zuwachsrate der 4- und Mehr-Personen-Haushalte im Vergleich zu den 3-Personen-Haushalten könnte von der Idealvorstellung junger Familien, die in einer 2-Kinder-Familie gesehen wird, verursacht sein.

Die wirtschaftliche Situation der Familie

Die Einkommenssituation der Familien muß als ein wesentlicher Sachverhalt betrachtet werden, da sie die ökonomischen Verhältnisse in den Familien widerspiegelt und somit Aufschluß über deren materielle Sicherung geben kann.

Die wirtschaftliche Lage der Familien ist für breite Bevölkerungsschichten das Ergebnis sowohl von Vereinbarungen zwischen den autonomen Tarifpartnern als auch der sekundären Einkommensverteilung im Rahmen sozialstaatlicher Umverteilungsprozesse. Hierbei sind insbesondere der Familienlastenausgleich (Kindergeld) und das Wohngeld zu nennen. Die Bedeutung der Einkommenssituation für die Familien läßt sich nicht zuletzt daran erkennen, daß von ihr

entscheidende Auswirkungen auf den allgemeinen Lebensstandard der Familienmitglieder, das Wohnumfeld und die Freizeitgestaltung sowie über den sozialen Status auch auf die schulische und berufliche Ausbildungsmöglichkeiten der Kinder ausgehen. Darüberhinaus gehen von ihr auch indirekt Einflüsse auf die mütterliche Betreuung der Kinder im Hinblick auf die Erwerbsfähigkeit der Frauen aus.

Die Darstellung der Einkommenslage der Familie im Jahre 1977 erfolgt nach dem Nettoerwerbseinkommen des Familienvorstandes. Da sich die folgende Analyse auf Familien mit und ohne Kinder sowie nach dem Familienstand und der Beteiligung am Erwerbsleben des Familienvorstandes bezieht, lassen sich hinsichtlich der Nettoeinkommensverteilung Familientypen nach der Erwerbsbeteiligung ihres Familienvorstandes betrachten.

Bei der folgenden Untersuchung handelt es sich um Daten des Mikrozensus 1977, in denen selbständige Landwirte und mithelfende Familienangehörige nicht in den Familienvorständen mit Einkommensangabe enthalten sind.

Von den 3,181 Millionen Familienvorständen waren 1977 2,066 Millionen erwerbstätig, was einem Prozentanteil von 64,9 entspricht. Bei den Familienvorständen mit Kindern betrug der entsprechende Prozentanteil 87,6 und im Falle der Familienvorstände ohne Kinder 40,6, was darauf schließen läßt, daß unter den Familienvorständen ohne Kinder ein recht großer Anteil von Nichterwerbspersonen oder Rentnern ist.

Betrachtet man die Familien mit und ohne Kinder nach der Beteiligung an der Erwerbstätigkeit des Familienvorstandes, so kann man unschwer erkennen, daß sich eine deutlich unterschiedliche Einkommenssituation ergibt, je nach dem ob der Familienvorstand erwerbstätig oder nicht erwerbstätig ist (*Tabelle 4*). Von den Nichterwerbstätigen (Rentner u. dgl.) beziehen über die Hälfte ein Einkommen unter 1 000 DM, aber nur 29% ein Einkommen über 1.200 DM. Höhere Einkommensklassen können im Mikrozensus für die Nichterwerbstätigen wegen zu geringer Besetzung nicht nachgewiesen werden. Die Einkommensverhältnisse der Erwerbstätigen unterscheiden sich dagegen im Hinblick darauf, ob in der Familie Kinder vorhanden sind oder nicht. So erhalten 39% der erwerbstätigen Familienvorstände mit Kindern ein Einkommen über 1 800 DM und nur 5,3% unter 1 000 DM, während 28% der Familienvorstände ohne Kinder auf über 1 800 DM und 10,3% unter 1 000 DM kommen. Diese Diskrepanz kann ihre Ursachen zum einen in der Altersstruktur haben, da Familienvorstände mit Kindern in der Regel als ältere Erwerbstätige höhere Einkommen beziehen, zum anderen aber auch in dem schon erwähnten Familienlastenausgleich.

Tabelle 4

Familien nach dem Nettoeinkommen des Familienvorstands im März 1977

Familienstand des Familienvorstands	Familien- vorstände ins- gesamt	Mit Einkommensangabe des						
		zusammen	davon mit Einkommen von bis unter					
			unter 300	300 — 600	600 — 800	800 — 1 000	1 000 — 1 200	1 200 — 1 400
1000								
Zusammen								
Familien mit Kindern								
Vorstand erwerbstätig	1 648	1 359	(.)	(9)	15	48	145	229
Vorstand nicht erwerbstätig		192	(8)	31	35	34	29	
Familien ohne Kinder								
Vorstand erwerbstätig	1 533	581	(.)	(8)	14	38	95	124
Vorstand nicht erwerbstätig		878	27	136	155	171	134	
Verheiratet								
Familien mit Kindern								
Vorstand erwerbstätig	1 455	1 267	(.)	(.)	(7)	32	127	214
Vorstand nicht erwerbstätig		105	(.)	11	12	18	19	
Familien ohne Kinder								
Vorstand erwerbstätig	862	464	(.)	(.)	(6)	24	71	105
Vorstand nicht erwerbstätig		354	(6)	33	36	58	67	
Ledig, verwitwet, geschieden								
Familien mit Kindern								
Vorstand erwerbstätig	193	92	(.)	(6)	(9)	16	18	14
Vorstand nicht erwerbstätig		87	(6)	19	22	16	10	
Familien ohne Kinder								
Vorstand erwerbstätig	671	117	(.)	(5)	(8)	14	24	19
Vorstand nicht erwerbstätig		524	21	104	119	113	67	

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Differenziert man die Betrachtungsweise der Einkommensverhältnisse der Familien mit Blick auf das familienspezifische Merkmal des Familienvorstandes, so kommt man zu spezifizierteren Ergebnissen hinsichtlich der Identifikation wirtschaftlich besser bzw. schlechter gestellter Gruppen.

Von den verheirateten Familienvorständen beziehen im Falle von Erwerbstätigkeit und Kindern (Familientyp F2) 41% ein Einkommen, das 1 800 DM übersteigt. Bei den verheirateten Erwerbstätigen ohne Kinder (Familientyp F 1) liegt dieser Anteil aus den oben genannten Gründen nur bei 28%. Deutlich schlechter stellen sich die verheirateten nichterwerbstätigen Familienvorstände, die mit Kindern (Familientyp 2) zu 40% über einem Einkommen von 1 200 DM und zu 39% unter einem Einkommen von 1 000 DM liegen. Ein leicht besseres Ergebnis stellt sich bei nichterwerbstätigen Familienvorständen ohne Kinder ein, bei denen 44% ein Einkommen über 1 200 DM und 37,6% ein Einkommen unter 1 000 DM beziehen. Auch hier lassen sich aus oben genannten Gründen keine Werte für höhere Einkommensklassen angeben.

Deutlich schlechter im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Situation stellen sich die alleinstehenden Familienvorstände, die nicht erwerbstätig sind. Sie verfügen, wenn sie Kinder haben, (Familientyp F 5, F 6) nur zu 16,2%, wenn sie ohne Kinder sind (Familientyp F 4) nur zu 19,3% über ein Einkommen von 1 200 DM. Ihr Anteil an den Einkommenschichten unter 1 000 DM beträgt dagegen 72,4% bzw. 68,1%. Die Familienvorstände dieser unvollständigen Familien setzen sich zum großen Teil aus Rentnern, Sozialhilfeempfängern, geschiedenen Frauen und Arbeitslosen zusammen. Im Falle des Familientyps F 6 sind desweiteren noch in der Ausbildung stehende Personen als Familienvorstände denkbar.

Als interessant kann angesehen werden, daß sich die erwerbstätigen Familienvorstände der unvollständigen Familien nur relativ wenig besser stellen als die nichterwerbstätigen Familienvorstände der vollständigen Familien.

Im Hinblick auf Schlußfolgerungen, die einen eventuellen Zusammenhang von Einkommen und Kinderzahl erkennen lassen, muß festgestellt werden,

Familienvorstands			Ohne Einkommensangabe	
..... DM			Selbständige, Landwirte und Mithelfende Familien- angehörige	ohne Angabe und ohne Einkommen
1 400 — 1 800	1 800 — 2 500	2 500 und mehr		
1000				
385	305	223	59	25
56			—	13
138	101	61	31	11
254			—	33
368	296	220	51	23
42			—	10
112	88	53	20	(9)
154			—	17
17	(9)	(.)	(8)	(.)
14			—	(.)
25	14	(8)	11	(.)
101			—	17

daß das hier vorliegende statistische Material unzureichend und zu wenig differenziert ist, um eine fundierte Aussage zu diesem Problem zu machen.

Erwerbstätigkeit der Frau

Das Nettoeinkommen einer Familie ergibt sich nicht nur aus dem Nettoerwerbseinkommen des Familienvorstandes, sondern gegebenenfalls auch aus dem der mitverdienenden Ehefrau. Im Jahre 1977 waren von den 4,746 Millionen Frauen insgesamt 1,597 Millionen erwerbstätig. Dies ergibt eine weibliche Tätigkeitsquote von 34%. Unter diesen Frauen sind 1,282 Millionen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren, die eine Tätigkeitsquote von 48% aufzuweisen haben. Die Tätigkeitsquote der Mütter mit Kindern liegt dabei besonders hoch bei 1 Kind (54%), fällt aber dann mit zunehmender Kinderzahl kontinuierlich auf 42% bei 4 und mehr Kindern ab. Neben der Kinderzahl ist auch der Familienstand der Frauen bzw. Mütter von determinierender Wirkung auf deren Tätigkeitsquote. Sie schwankt diesbezüglich zwischen 14% bei verwitweten und 63% bei geschiedenen Frauen. Die niedrige Tätigkeitsquote für verwitwe-

te Frauen läßt offensichtlich darauf schließen, daß sie aufgrund ihrer Altersversorgung nur in beschränktem Umfang zur Erwerbstätigkeit gezwungen sind. Die hohe Tätigkeitsquote der geschiedenen Frauen bzw. Mütter steigert sich noch auf 83%, wenn sie ein Kind zu versorgen und zu betreuen haben. Es ist somit anzunehmen, daß in diesem Falle im allgemeinen die mütterliche Betreuung der Kinder nicht in gleichem Umfang gewährleistet werden kann wie dies bei verheirateten Müttern der Fall ist, da in diesem Falle durch das Fehlen einer väterlichen Obhut eine zusätzliche negative Wirkung auf die Erziehung dieser Kinder ausgeht.

Wie die obigen Tätigkeitsquoten zeigen, kann davon ausgegangen werden, daß die weiblichen Familienvorstände des Familientyps F5 und F6 im Hinblick auf die Beteiligung des Erwerbslebens eine sehr stark heterogene Gruppe darstellen.

Die ledigen Frauen insgesamt weisen eine relativ niedrige Tätigkeitsquote von 25% aus, die sich jedoch sprunghaft auf 82% im Falle lediger Mütter mit Kindern unter 18 Jahren erhöht. Die Ursache für diesen sprunghaften Anstieg ist darin zu suchen, daß in der Tätigkeitsquote der ledigen Frauen insgesamt viele jüngere noch in der Ausbildung stehende Frauen enthalten sind. Die ledigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren sind in der Regel jedoch älter und somit in starkem Maße in die Erwerbstätigkeit eingegliedert. Darüber hinaus wird die hohe Erwerbsbeteiligung durch die notwendige materielle Versorgung der Kinder bestimmt.

Schlußbetrachtung

Wegen des Fehlens eines in sich geschlossenen und alle relevanten Bereiche umfassenden Konzepts der Familienstatistik müssen die vorstehenden Ausführungen als ein Versuch angesehen werden, anhand einer Datenanalyse Strukturen und Prozesse im Bereich Familie transparent zu machen. Trotz des teilweise rudimentären Charakters dieser Analyse kann aus dem aufgezeigten empirischen Datenmaterial der Eindruck gewonnen werden, daß sich die Struktur und Funktion der Familie in einem stetigen Wandel befindet. Besonders ausgeprägt konnte dieser Struktur- und Funktionswandel an den familienstatistischen Grundgrößen Eheschließungen, durchschnittliches Heiratsalter, Ehescheidungen, Geburtenrate, beobachtet werden. Die heutigen Erwartungen, die an die Ehe gestellt werden, haben das Bild der Familie nachdrücklich verändert. Das wichtigste Wesensmerkmal dieses Strukturprozesses besteht in der Herauslösung der Kleinfamilie aus der Großfamilie, wie sie in vorindustrieller Zeit dominierend war. Diese Entwicklung ist als eine Konsequenz der ökonomischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, wie sie sich insbesondere seit 1945

herausgebildet haben, zu begreifen. Den Anforderungen an die heutige moderne Familie hinsichtlich der beruflichen Mobilität des Familienvorstandes, der Trennung der früheren Einheit von Familie und Berufsfeld, der Erwerbstätigkeit der Frau, sowie der selbständiger gewordenen Stellung der einzelnen Familienmitglieder, steht ein Funktionsverlust der Familie insbesondere im Bereich der Erziehung und der Ausbildung der Kinder, sowie der Versorgung von kranken oder alten Familienangehörigen gegenüber. Als Folge dieser Verhältnisse kann heute häufig eine Schwächung des Familienzusammenhalts und der verwandtschaftlichen Bindungen diagnostiziert werden. In diesem Sinne ist die Ehe im Zeitalter der Kleinfamilie, die

sich auf das Zusammenleben der Eheleute mit einem oder zwei Kindern beschränkt, zerbrechlicher geworden.

Versuche, neue Formen des familiären Zusammenlebens zu finden, sind Randerscheinungen geblieben, da Kommunen, Wohngemeinschaften u. ä. Organisationsformen weitgehend Modetrends unterliegen. Bei all diesen Betrachtungen sollte jedoch berücksichtigt werden, daß jede Zeit an die Institution „Familie“ besondere Anforderungen gestellt hat, und daß die gegenwärtige Herausforderung, die an die Familie und an die Ehe gestellt wird, eine spezifische, unserer Zeit entsprechende Dimension besitzt. Gegenüber der Familie ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung von Staat und Gesellschaft.

2. Die Lehrerstruktur an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

Die in den bisherigen statistischen und prognostischen Jahresberichten durchgeführten Einzeluntersuchungen zum Bereich Bildung befaßten sich vorwiegend mit ausgewählten Aspekten der Nachfrage nach Bildung und des Bildungsverhaltens sowie mit Fragen der Unterrichtsversorgung. Nachfolgend wird nun das „Angebot“ Bildung im Hinblick auf die vermittelnden und lehrenden Personen analysiert. Hier haben sich in den vergangenen Jahren erhebliche Veränderungen vollzogen, die nicht nur zu anderen Größenordnungen, sondern auch zu strukturellen Verschiebungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Lehrerschaft nach Alter und Geschlecht und Ausbildung geführt haben. Diese Fakten sind von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung in den kommenden Jahren.

Immer noch Zunahme der Lehrerinnen

Die im letzten Jahrzehnt zu verzeichnende starke Expansion des Lehrerbstandes an den allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg hat zu wesentlichen Verschiebungen in der Struktur des Lehrkörpers geführt. Durch die hohe Zahl von Neueinstellungen insbesondere von Hochschulabsolventen hat sich eine deutliche Verjüngung des Gesamtlehrerbstandes ergeben. Gleichzeitig hatte der starke Zustrom überwiegend weiblicher Lehramtskandidaten einen stetig wachsenden Feminisierungsgrad zur Folge. So stieg allein zwischen 1970 und 1977 der Anteil der weiblichen Lehrkräfte von 50% auf 54% des Gesamtbestandes.

Die Verjüngung des Lehrkörpers wird durch den überproportionalen Eintritt von Frauen verstärkt, weil diese im Durchschnitt mit einer kürzeren Studiendauer auskommen und an den sechssemestrigen Lehramtsstudiengängen zu etwa 70% beteiligt sind. Aus diesem Grund dominieren die Pädagoginnen in den Altersjahrgängen der 20- bis 30-jährigen eindeutig, wie es *Schaubild 1* eindrucksvoll zeigt. Diese Tendenz zur Verjüngung und Femini-

sierung des Lehrerberufs wird sich in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach weiter fortsetzen. Wie sich aus den Hochschulstatistiken ergibt, sind die Lehramtsstudentinnen gegenüber den männlichen Aspiranten des Lehrerberufs nach wie vor deutlich in der Mehrzahl. Selbst bei den längeren universitären Studiengängen haben die jungen Damen die Herren inzwischen zahlenmäßig fast schon erreicht.

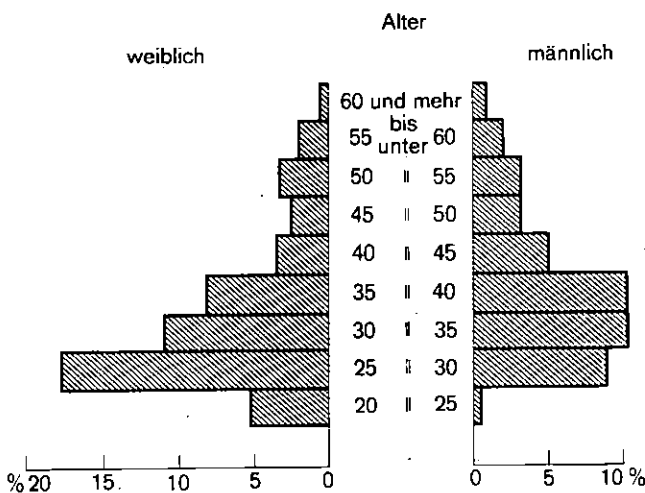
Geringer Ersatzbedarf

Inwieweit diese angestrebten Berufsziele realisiert werden können, hängt nicht zuletzt auch von der Bewilligung zusätzlicher Stellen ab. Zur Schließung der Lücken, die durch ausscheidende Lehrkräfte entstehen, wird jedenfalls nur ein geringer Teil der Lehramtskandidaten benötigt. Die wesentlichen Bestimmungsgründe dieses Ersatzbedarfs sind die Zuruhesetzungen und der Abgang weiblicher Lehrkräfte in jüngeren Jahren aus familiären Gründen. Beide Komponenten weisen eine eher abnehmende Tendenz auf. Zum einen sind, wie sich bereits aus *Schaubild 1* erkennen läßt, die Jahrgänge der über 60-jährigen sehr schwach besetzt, weshalb in den nächsten 5 Jahren nur mit etwa 2 000 altersbedingten Abgängen zu rechnen ist. Zum anderen hat die Neigung der verheirateten Lehrerinnen, sich nach der Geburt eines Kindes vorübergehend (durch Beurlaubung) oder auf Dauer ganz der Familie zu widmen, in den letzten Jahren nachgelassen (*Tabelle 2*).

Aus den Daten der *Tabelle 2* ist nicht nur der relative Rückgang der Abwanderungen weiblicher Lehrkräfte erkennbar, sondern auch der Trend, das Ausscheiden aus dem Schuldienst erst zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen. Demnach muß die Erwartung, daß aus dem starken Bestand der unter 30-jährigen Lehrerinnen in den kommenden Jahren ein großer Ersatzbedarf entstehen könnte, erheblich eingeschränkt werden. Die reduzierte Fluktua-

Schaubild 1

Altersgliederung der Lehrer* 1977/78



* Voll- und Teilzeitbeschäftigte Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen.

131 78

tion mag im Interesse der Schulorganisation und des pädagogischen Klimas erwünscht sein, doch stellt sie für die Aussichten der nachfolgenden Generation von Lehramtsbewerbern eine zusätzliche Erschwernis dar.

Teilzeitbeschäftigung gefragt

Aus der Sicht dieser Jahrgänge wäre eine Erweiterung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten von Vorteil, weil sich damit ein mittelfristiger Stellenfreisetzungseffekt erzielen ließe. Der Umfang der Teilzeitbeschäftigung hat ohnehin in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Gegenüber 3 477 teilzeitbeschäftigten Lehrkräften insgesamt im Schuljahr 1970/71 betrug die Anzahl im Schuljahr 1977/78 schon 13 526. Damit wuchs ihr Anteil an der Gesamtzahl aller beschäftigten Lehrkräfte von 7,3% auf 19,2% an. Es muß allerdings zwi-

schen gewählter und unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung unterschieden werden. Nimmt man an, daß die 5 385 Junglehrer mit Teillehrauftrag im Schuljahr 1977/78 die Beschränkung des Deputats nur unfreiwillig hingenommen haben, so beträgt der Anteil derer, die freiwillig eine Teilzeitbeschäftigung eingingen, 11,5% der Gesamtbeschäftigten.

Selbst bei Ausklammerung der Junglehrer mit Teillehrauftrag ist der relative Umfang der Teilzeitbeschäftigung seit 1970 um über 50% angewachsen, der absolute Umfang in noch viel stärkerem Maße. Einer weiteren Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung beispielsweise auf Verheiratete (unabhängig von der Kinderzahl) und auf über 50-jährige stehen im Augenblick rechtliche Hindernisse im Wege. Sollte für diesen Personenkreis eine zeitlich begrenzte Möglichkeit zur Reduzierung des Regelstundenmaßes geschaffen werden, so würde diese Maßnahme einer im Juni 1977 vorgenommenen Repräsentativbefragung zufolge eine mittelfristige Freisetzung von ca. 3 000 Lehrerstellen bewirken können.

Frauen im oberen Teil des Stellenkegels schwach repräsentiert

Die starke Expansion des Schulwesens und der Lehrerstellen bot für viele Lehrer die Chance, bereits in jüngerem Lebensalter in eine „gehobene“ Position vorzurücken. Das erschwert andererseits jetzt bei zurückgehender Stellenausweitung und -anhebung vielen Lehrern in mittlerem Lebensalter den Aufstieg in eine „Funktionsstelle“, worunter in erster Linie die Aufgaben eines Schulleiters oder Stellvertreters sowie die eines Fachberaters oder Fachleiters an Gymnasien gerechnet werden. In Tabelle 3 ist der Anteil der Inhaber herausgehobener Funktionen ausgewiesen; er schwankt zwischen 5,7% an Realschulen und 17,2% an Gymnasien. Die über 55-jährigen machen dabei an Realschulen und Gymnasien nur etwa ein Fünftel aus, weshalb ein Nachrücken jüngerer Lehrkräfte in diese gehobenen Funktionen bis 1985 nur

Tabelle 1

Lehrer¹⁾ an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1970/71 bzw. 1977/78

Schulart	1970/71		1977/78	
	Lehrer ¹⁾ insgesamt	Anteil der weiblichen Lehrkräfte in %	Lehrer ¹⁾ insgesamt	Anteil der weiblichen Lehrkräfte in %
Grund- und Hauptschulen	36.000	54	43 717	60
Sonderschulen	3 193	66	6 305	66
Realschulen	6 013	46	12 673	50
Gymnasien	11 130	32	17 643	37
Integrierte Schulformen	24	(42)	894	53
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	56 360	50	81 232	54

1) Einschließlich stundenweise Beschäftigte.

Tabelle 2

Abgangsquoten von weiblichen Lehrkräften in den Schuljahren 1974/75 und 1976/77 aus öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Altersgruppen

Lehrkräfte	1974/75				1976/77			
	Altersgruppe							
	bis unter 25	25 – 30	30 – 35	35 und mehr	bis unter 25	25 – 30	30 – 35	35 und mehr
Jahre								
	in Prozent							
Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Quote der Abgänge insgesamt ¹⁾	6,4	7,8	7,9	4,7	5,3	5,3	5,9	4,3
darunter								
Abgänge nach § 213 LBG (zur Familienbetreuung)	2,5	2,4	2,5	1,1	0,4	2,2	3,2	0,6
Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Quote der Abgänge insgesamt ²⁾	28,3	21,3	14,8	5,6	5,4	13,2	12,0	6,1
darunter								
Abgänge nach § 213 LBG (zur Familienbetreuung)					0	6,7	8,4	2,6

1) Zahl der weiblichen Abgänge bezogen auf den entsprechenden Altersgruppen-Bestand der vollbeschäftigten Lehrerinnen zu Beginn des betreffenden Schuljahres. – 2) Zahl der weiblichen Abgänge bezogen auf den entsprechenden Altersgruppen-Bestand der teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen zu Beginn des betreffenden Schuljahres.

Tabelle 3

Voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer sowie Funktionsstelleninhaber¹⁾ an ausgewählten Schularten im Schuljahr 1977/78

Schulart	Voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte	Darunter			
		in herausgehobener Position		darunter 55 Jahre und älter	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Grund- und Hauptschulen					
männlich	14 133	2 809	19,9	802	28,6
weiblich	23 094	389	1,7	101	26,0
zusammen	37 227	3 198	8,6	903	28,2
Realschulen					
männlich	5 799	619	10,7	112	18,1
weiblich	5 790	46	0,8	9	19,6
zusammen	11 589	665	5,7	121	18,2
Gymnasien					
männlich	9 687	2 233	23,1	406	18,2
weiblich	5 358	352	6,6	113	32,1
zusammen	15 045	2 585	17,2	519	20,1

Quelle: Tab. 02 LID

1) An Grund- und Hauptschulen: Lehrer in Besoldungsgruppe A 13 bzw. Vergütungsgruppe IIa und höher.

An Realschulen: Lehrer in Besoldungsgruppe A 13A bzw. Vergütungsgruppe Ib und höher.

An Gymnasien: Lehrer in Besoldungsgruppe A 15 bzw. Vergütungsgruppe Ia und höher.

Tabelle 4

Lehrer¹⁾ an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Lehramtsniveaus – Stand 14.9.1977 –

Lehramt / Prüfung	Zahl der Lehrer	
	absolut	in %
1. Lehramt für Gymnasien (Große Fakultät)	14 568	17,9
2. Lehramt für Sonderschulen	2 283	2,8
3. Lehramt für Realschulen und die Unter- und Mittelstufe der Gymnasien (Kleine Fakultät)	9 912	12,2
4. Lehramt für Grund- und Hauptschulen	38 667	47,6
5. Fachlehrerprüfungen	4 986	6,1
6. Hochschulprüfungen ²⁾	4 755	5,9
7. Sonstige Prüfungen und Abschlüsse	6 061	7,5
Alle Lehramter zusammen	81 232	100

1) Einschließlich stundenweise Beschäftigte. – 2) In der Mehrzahl Geistliche, die nebenamtlich Religionsunterricht erteilen.

sehr eingeschränkt möglich ist. Diese Tatsache wird auch etwaige Bemühungen erschweren, den Geschlechterproporz im oberen Teil des Stellenkegels etwas ausgeglichener zu gestalten.

Sekundarstufe II nimmt an Gewicht zu

Der Anteil der weiblichen Lehrkräfte ist in der Primarstufe am höchsten, in der Sekundarstufe I (SI) in etwa pari und in der Sekundarstufe II (SII) am geringsten. Gerade aber die SII (gymnasiale Ober-

stufe) wird in den nächsten Jahren schon allein quantitativ stark an Bedeutung gewinnen, wenn man die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Schulstufen betrachtet. Danach wird die Anzahl der Schüler in der Primarstufe (Grundschule) bis zum Schuljahr 1985/86 gegenüber dem Schuljahr 1977/78 um 150 000 auf 380 000 und in der Sekundarstufe I um 250 000 auf 600 000 abnehmen, in der Sekundarstufe II hingegen von 63 000 auf 85 000 ansteigen¹.

Durch den starken Schülerrückgang in der Primarstufe und der SI von jeweils knapp 30% und das gleichzeitige Hineinwachsen geburtenstarker und zum Gymnasium drängender Jahrgänge (Übergangsquote 1977!) wird sich der Anteil der SII mit einer Steigerung von z. Zt. 4% auf 8% bis 1985 voraussichtlich verdoppeln.

Bereits jetzt besitzen aber 18% aller Lehrer an allgemeinbildenden Schulen die Lehrberechtigung für die Oberstufe der Gymnasien (Große Fakultät), so daß sich bei einer formalen Betrachtungsweise keine Schwierigkeiten für einen Transfer von der SI zur SII ergeben würden. Allerdings dürfte es nicht ohne weiteres möglich sein, zur Kompensation in der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien solche Lehrer einzusetzen, die für den Hauptschulunterricht ausgebildet worden waren. Daher darf ein „Expansions“-Bedarf an Lehrern für die kommenden Jahre am ehesten für die Gymnasien vermutet werden.

¹ Einschließlich Privatschulen, ohne Sonderschulen.

Tabelle 6

Fächergruppenanteile (%) an Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

a) der Stundentafel, b) des Lehrerbestandes am 14.9.1977, c) der Zugänge im Schuljahr 1976/77

Schulart Fächergruppe	Grund- und Hauptschulen			Realschulen		
	Prozentuale Struktur					
	a) Stunden- tafel 1)	b) Lehrer- bestand 2)	c) Lehrer- zugänge 1)	a) Stunden- tafel	b) Lehrer- bestand 2)	c) Lehrer- zugänge
Geisteswissenschaften	30	21,1	29,4	26,5	22,9	25,1
Neue Sprachen	6	7,9	6,8	14,1	14,3	12,8
Alte Sprachen	—	—	—	—	—	—
Mathematik und Naturwissenschaften	26	23,5	25,2	25,8	29,3	30,7
Musische Fächer	21	22,0	21,9	18,0	15,3	16,8
Sport	10	11,9	11,0	9,4	9,8	11,2
Religion	7	11,9	5,6	6,2	5,8	3,4
Sonstige Fächer	—	1,7	0,1	—	2,6	—
Alle Fächergruppen zusammen	100	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Nicht gewichteter Mittelwert zwischen Grundschule und Hauptschule, gerundet. – 2) Ohne Lehrer mit Volksschullehramt nach alter wissenschaftliches Gymnasium (math.-naturw.Zug) als Grundlage, wobei für alte Sprachen zusätzlich eine Quote von 4% angesetzt wurde.

Qualifikationsniveau der Gymnasiallehrer am höchsten

Über das derzeitige Ausbildungsniveau der Lehrerschaft informiert *Tabelle 4*, wobei die darin zum Ausdruck kommende Hierarchie der Lehrämter und Prüfungen nicht ganz unumstritten sein dürfte:

Die Niveau-Struktur der Lehrerschaft entspricht nicht der Verteilung der Lehrerschaft auf Schularten, weil an den einzelnen Schulgattungen ein sehr unterschiedlicher Grad an schulartspezifischen Lehrbefähigungen zu verzeichnen ist:

An Sonderschulen ist der Anteil der Lehrer mit der schulartgemäßen Ausbildung am geringsten. Wie auch an Realschulen unterrichten an dieser Schulart eine große Anzahl von Pädagogen mit Lehramt für Grund- und Hauptschulen, darüber hinaus aber auch viele Fachlehrer und Erzieherinnen mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung. Dagegen ist die Quote der Lehrer mit schulart-qualifizierender Ausbildung an Gymnasien mit 86,7% am höchsten, wenn man die Lehrer mit kleiner Fakultas mitberücksichtigt. Läßt man die kirchlichen Lehrer noch aus der Betrachtung heraus, so können über 90% der Gymnasiallehrer als für ihre Tätigkeit qualifiziert angesehen werden.

Noch Bedarf in musischen Fächern und Religion

Um den Unterricht sachgerecht erteilen zu können, sollte der Lehrer für die jeweilige Unterrichtseinheit nicht nur die schulart- und stufengemäße Ausbildung besitzen, sondern auch in dem zu unterrichtenden Fach die Lehrbefähigung vorweisen können. Im allgemeinen geht man davon aus, daß ein Lehrer mit dem Studium in zwei Fächern in erster Linie diese beiden Fächer, und zwar in einem ausgewogenen Verhältnis, unterrichtet.

Gymnasien		
Prozentuale Struktur		
a) Stundentafel ³⁾	b) Lehrerbestand	c) Lehrerzugänge
24	22,8	21,9
20	21,6	19,5
4	5,9	2,5
27	30,1	39,9
10	7,1	5,4
9	7,2	7,3
6	4,3	2,9
—	1,0	0,7
100	100,0	100,0

Prüfungsordnung ("Allroundlehrer"). — 3) Mathematisch-Natur- durch Abzug bei Naturwissenschaften, Neue Sprachen und Geistes-

Tabelle 5

Zahl der Lehrer mit der Lehrbefähigung für diejenige Schulart, in der sie eingesetzt werden (Stand 14.9.77)

Schulart	Zahl der Lehrer insgesamt	Zahl der Lehrer mit schulartspezifizierter Ausbildung ¹⁾	
		absolut	in % ²⁾
Grund- und Hauptschulen	43 717	33 573	76,8
Sonderschulen	6 305	2 251	35,7
Realschulen	12 673	7 658	60,4
Gymnasien	17 643	a) Gr.Fak. 14 084	86,7
		b) Kl.Fak. 1 215	

1) Fachlehrer für musisch-technische Fächer wurden hier nicht berücksichtigt. — 2) Der Gesamtlehrerzahl der Schulart.

Auf dieser Prämisse aufbauend wurde in *Tabelle 6* dem geschätzten Bedarf die Lehrbefähigungsstruktur des derzeitigen Lehrerbstands gegenübergestellt. Die Bedarfsstruktur wird dabei durch die amtliche Stundentafel nur näherungsweise repräsentiert; bei einem Vergleich mit anderen Berechnungen zeigen sich aber lediglich geringfügige Abweichungen². Andererseits enthält der dargestellte Lehrerbstand die Nebenlehrer, die einen Teil des Defizits im musisch-sportlichen Bereich und in Religion abbauen. Unter diesen Einschränkungen kann an Grund- und Hauptschulen von einem relativ ausgeglichenen fächerspezifischen Lehrerangebot gesprochen werden, wenn man einmal davon absieht, daß zu wenig Volksschullehrer den Stufenschwerpunkt Grundschule gewählt haben. Ähnliches gilt für die Realschulen, sofern man bei der Berechnung des Bedarfs die Arbeitsgemeinschaften unberücksichtigt läßt. Auch die gegenwärtigen Zugänge an voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrern, wie sie unter c) aufgeführt sind, entsprechen weitgehend dem geschätzten Bedarf in den einzelnen Fächergruppen.

An Gymnasien ist die verstärkte Konzentration der Junglehrer auf naturwissenschaftliche Fächer am auffälligsten. Durch den großen Zustrom an math.-naturwissenschaftlich orientierten Lehrern ist der frühere Fehlbedarf in diesem Bereich jetzt ausgeglichen. Ein strukturelles Überangebot ist kurzfristig kaum zu befürchten, weil die im kommenden Schuljahr als Regelform einzuführende reformierte Oberstufe aller Voraussicht nach eine Bedarfsverschiebung zu den Naturwissenschaften bringen wird. Dagegen sind die musischen Fächer gerade an Gymnasien auch von der Ausbildungsseite her gesehen derzeit noch unzureichend versorgt. Das Fach Religion kann in allen drei genannten Schularten noch den vorliegenden Zugangs- und Bestandszahlen in absehbarer Zeit weiterhin nur zu einem geringen Teil von ausgebildeten Pädagogen erteilt werden.

² Vgl. Akademikerbedarfsprognose, veröffentlicht in Schriftenreihe A des Kultusministeriums Nr. 35, Tabelle 5-12.

Ausblick bis 1985

Eine Prognose über die Zahl der Lehrer im Jahre 1985 läßt sich im Augenblick nur schwer abgeben. Deshalb sollen hier abschließend nur einige Berechnungen vorgestellt werden, die die Bedeutung des Geburtenrückgangs auf die Lehrerversorgung unterstreichen sollen.

Der Lehrerbestand des Schuljahres 1977/78 würde im Jahre 1985 eine Veränderung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses in der Sekundarstufe I von derzeit 1 : 21 auf ca. 1 : 15 zur Folge haben. In der Primarstufe wäre bei konstantem Lehrerbestand eine Verbesserung von 1 : 26 auf 1 : 19 zu verzeichnen. Unter der Bedingung, daß die Nettoarbeitszeit der Lehrer und der Unterricht pro Klasse konstant blieben, könnte dann die durchschnitt-

liche Klassenfrequenz in der Grundschule von 27,4 auf ca. 20 Schüler absinken. Dabei wäre es allerdings durchaus denkbar, daß noch zahlreiche Klassen mit über 25 Schülern existieren, wenn die derzeit rund 1 000 Grundschulen beibehalten werden sollten, deren Klassenstärke im Durchschnitt bereits jetzt erheblich unter der der übrigen Grundschulen liegt. Wenn sich der Geburtenrückgang voll auf die Grundschule ausgewirkt haben wird, dürfte an der Mehrzahl dieser kleinen Schulen die Klassenfrequenz unter 20 Schüler sinken. Die mittelfristige Entwicklung wird auch davon abhängen, wie sich das Lehrerabgangsverhalten entwickelt (geschlechtsspezifisch und im Hinblick auf Änderungen im öffentlichen Dienstrecht) und ob die nachlassende Neigung zum Lehramtsstudium anhalten wird.

3. Arbeitsmarkt

Die Dauer der jetzigen Arbeitslosigkeit und die spezifische Struktur der Arbeitslosen rücken den Arbeitsmarkt mit seinen Problemen nach wie vor in den Mittelpunkt des Interesses. Typisch für die gegenwärtige Situation ist die "Segmentierung" des Arbeitsmarktes, das heißt, die Aufteilung des Gesamtmarktes in eine Vielzahl von Teilmärkten. Dabei sind für jeden dieser Teilmärkte spezifische Verursachungsfaktoren für die Arbeitslosigkeit anzusetzen. Entsprechend ist neben global ansetzenden Maßnahmentearten ein Bündel von beschäftigungspolitischen Maßnahmen erforderlich, die die spezifischen Schwierigkeiten von Nachfrage- und Angebotsfaktoren auf den Teilarbeitsmärkten berücksichtigen. Die Vielfältigkeit möglicher Ansatzpunkte zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch in dem 81-Punkte-Programm der Landesregierung vom Dezember 1977 zur Förderung von Wachstum und Vollbeschäftigung. Nachfolgend soll im ersten Abschnitt eine differenzierte Analyse der Besonderheiten der Entwicklung auf den Teilmärkten in sektoraler, berufsfachlicher, personengruppenbezogener und regionaler Hinsicht versucht werden. Dabei werden verschiedene statistische Quellen herangezogen, so insbesondere die Beschäftigten- und Industriestatistik, der Mikrozensus und die Daten der Landesarbeitsverwaltung.

Angesichts dieser neuartigen Problemstruktur liegt die Frage nahe, wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt insbesondere auch auf lange Sicht weitergehen wird. Hierfür können über Modellrechnungen größenordnungsmäßige Anhaltspunkte gewonnen werden, indem die sich auf der Nachfrageseite (Erwerbspersonen) und auf der Angebotsseite (Arbeitsplätze) des Arbeitsmarktes abzeichnenden Entwicklungstendenzen in die Zukunft fortgeschrieben werden. Dabei muß unter der voraussichtlichen Konstellation der demographischen Entwicklung einerseits und der wirtschaftlichen Entwicklung andererseits für die achtziger Jahre mit einem Arbeitskräfteüberschuß gerechnet werden. Dieser wird je nach den Modellannahmen größer oder kleiner eingeschätzt. Nachfolgend werden im 2. Abschnitt die Vorausschätzungen des Statistischen Landesamtes, von

PROGNOS und diejenigen des von Professor Pestel geleiteten "Instituts für angewandte Systemforschung und Prognose" dargestellt und mit einander verglichen.

Im Hinblick auf die in einer bestimmten Bandbreite liegenden Prognoseergebnisse eines allgemein erwarteten Überschusses an Arbeitskräften liegt die Frage nahe, welche Bedingungen eintreten müßten, damit sich die Entwicklung einer ausgeglichenen Arbeitsbilanz annähert. Hierfür werden im Rahmen des Modellansatzes des Statistischen Landesamtes einige Alternativüberlegungen dargestellt.

In jüngster Zeit hat nun eine Prognose von sich reden gemacht, die ein über die Ergebnisse bisheriger Vorausschätzungen hinausgehendes bedrohlicheres Zukunftsbild entwirft. Dies ist vor allem von der Seite des Angebots an Erwerbspersonen her eine spezielle Variante im Rahmen des Deutschlandmodells von Pestel. Danach steigt das erwartete Ausmaß des Arbeitskräfteüberschusses sehr erheblich. Die Überprüfung des Modells unter dem Gesichtspunkt der Plausibilität seiner Annahmen und der Vertretbarkeit seiner Methoden ergibt, daß die abgeleiteten extremen Ergebnisse kaum haltbar sind.

3.1 Situation auf dem Arbeitsmarkt

Sektoral differenzierte Beschäftigungsentwicklung bei stagnierendem Gesamtbild
Im Jahr 1973 hatte der Beschäftigtenstand mit 4,31 Millionen Erwerbstätigen seinen Höhepunkt erreicht. Bedingt durch den ausgeprägtesten rezessiven Einbruch der Nachkriegszeit gingen bis 1976 rund 290 000 Erwerbsstellen verloren. Die Zahl der Erwerbstätigen sank deshalb kontinuierlich auf 4,02 Millionen ab. Zwischen dem Frühjahr 1976 und dem April 1977 ist sie erstmals wieder leicht angestiegen und erreichte 4,06 Millionen. Der lang anhaltende Rückgang der Gesamtbeschäftigung ist damit nicht nur zum Stillstand gekommen, vielmehr erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen wieder, wenn auch nur relativ leicht.

Unter Heranziehung der Ergebnisse eines neueren Instruments der Arbeitsmarktbeobachtung, der vierteljährlich erhobenen Beschäftigtenstatistik, läßt sich die Entwicklung seit Mitte des Jahres 1974 näher analysieren. Zwar wird von dieser Statistik nur der Teil der Erwerbstätigen erfaßt, die bei der Sozialversicherung beitragspflichtig sind¹, vom Datenumfang und den Auswertungsmöglichkeiten her übertrifft die daraus zu gewinnende Informationsvielfalt jedoch die anderen Statistiken, die Daten zur Konjunkturbeobachtung liefern. Wie *Schaubild 1* deutlich zeigt, war das Produzierende

Gewerbe von dem seit Mitte des Jahres 1974 erfolgenden Abbau von Arbeitsplätzen am stärksten betroffen. Da hier über 60% aller Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz finden, war die Gesamtentwicklung der Beschäftigten entscheidend von diesem Wirtschaftsbereich geprägt. Die Expansion der Beschäftigtenzahlen in den nicht unter Handel und Verkehr fallenden Dienstleistungsbereichen konnte dieser allgemeinen Tendenz nur mäßig entgegenwirken.

Erstmals im bisherigen Verlauf der Rezession ergab sich zum Jahresende 1976 bei dem erfaßten Personenkreis eine Zunahme um 13 417 Personen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert, nachdem sich schon vorher die Abnahme der Beschäftig-

1 Der Kreis der versicherungspflichtig Beschäftigten umfaßt alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. In der Regel gehören zu diesem Personenkreis alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden. Einige Beschäftigtengruppen werden jedoch nicht oder nicht vollständig erfaßt. Es sind dies in der wirtschaftlichen Gliederung Teile der Landwirtschaft, des Handels und Verkehrs sowie des sonstigen Wirtschaftsbereichs; nach sozialen Gesichtspunkten die Gruppe der Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen, die Beamten sowie ein Teil der leitenden Angestellten. (Bei Redaktionsschluß lagen die Daten bis März 1977 vor).

Tabelle 1
Arbeitslose und offene Stellen nach Wirtschaftsabteilungen am 30. 9. 1977

Wirtschaftsabteilung	Kenn- ziffer	Arbeitslose						Insgesamt	
		Insgesamt		davon					
				Männer		Frauen			
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
		1	2	3	4	5	6	7	8
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	I	679	0,8	433	1,1	246	0,5	634	1,4
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	II	133	0,1	84	0,2	49	0,1	56	0,1
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	III	31 399	34,8	13 186	34,5	18 213	35,1	16 871	36,7
Baugewerbe	IV	4 532	5,0	3 998	10,5	534	1,0	8 447	18,4
Handel	V	12 708	14,1	4 380	11,5	8 328	16,0	5 534	12,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	VI	1 564	1,7	1 036	2,7	528	1,0	1 226	2,7
Kreditinstitute	VII	1 884	2,1	716	1,9	1 168	2,2	638	1,4
Dienstleistungen soweit anderweitig nicht genannt	VIII	14 605	16,2	3 910	10,2	10 695	20,6	9 191	20,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	IX	1 194	1,3	218	0,6	976	1,9	1 741	3,8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	X	3 264	3,6	1 559	4,1	1 705	3,3	1 485	3,2
Sonstige		18 191	20,2	8 698	22,8	9 493	18,3	161	0,4
Insgesamt		90 153	100	38 218	100	51 935	100	45 984	100

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

ten deutlich verlangsamt hatte. Im März 1977 schien sich diese Tendenz fortzusetzen: die Anzahl von 3,22 Millionen Beschäftigten entsprach einem Plus von 17 674 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert.

Allerdings verlief auch jetzt aufgrund des Gewichts des Produzierenden Gewerbes die Erholung nur schleppend. Eine größere Ausdehnung erfuhr die Beschäftigung nur in Teilen des Dienstleistungsreiches, gebremst allerdings durch einen scharfen Rückgang zum Jahresende 1976.

Vor allem bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und bei den Gebietskörperschaften erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer, bedingt durch eine Politik, die zur Freigabe der aufgrund der Sparmaßnahmen vorübergehend gesperrten Stellen und der Verstärkung des Personalbestandes in ausgewählten landespolitischen Schwerpunktbereichen führte.

Im Verlauf des Jahres 1977 gewann die Auftriebsentwicklung entgegen zu Anfang des Jahres von Bundesregierung und Sachverständigenrat gehegten Erwartungen nicht an Kraft, dies belegen Zahlen aus der Industrie- und Baustatistik. Im Bauhauptgewerbe lag der Beschäftigungsstand im Jahresmittel sogar um 5,4% unter dem des Vorjahres, während

die Beschäftigung in der Industrie stagnierte. Am Jahresende lag sie um 0,6% unter der im Dezember 1976. Es wäre einseitig, diesen Sachverhalt allein dem sich abflachenden Konjunkturverlauf zuzuschreiben, dies zeigt die differenzierte Entwicklung der einzelnen Sektoren. Während im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und bei den Nahrungs- und Genußmitteln deutliche Einbußen zu verzeichnen waren, gegenüber Dezember 1976 ergab sich im Dezember 1977 ein Rückgang von -4,5 bzw. -6,0%, konnten die Arbeitsplätze in der Investitionsgüterindustrie um 1,0% gesteigert werden. An der Spitze lag mit dem Straßenfahrzeugbau (+5,9%) ein Bereich, der auch hinsichtlich der Produktion stark expandierte. Auch bei der Herstellung und Reparatur von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen sowie von Möbeln war ein deutliches Plus zu registrieren. Bei der Verbrauchsgüterindustrie zeigte sich nur ein mäßiger Abwärtstrend (-1,8%).

Marktsegmentierung beeinträchtigt Ausgleichsfunktion des Gesamtarbeitsmarktes

Die differenzierte Entwicklung zwischen den Bereichen erlaubt den Schluß, daß die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt der Segmentierung des Gesamtmarktes Vorschub leistet. Bestätigt wird diese Einschätzung, wenn man neben der realisierten Nachfrage – die sich in der Beschäftigtenentwicklung niederschlägt – die Überschufnachfrage auf dem Arbeitsmarkt, das sind die offenen Stellen, dem Überschufangebot, also der Zahl der Arbeitslosen, gegenüberstellt.

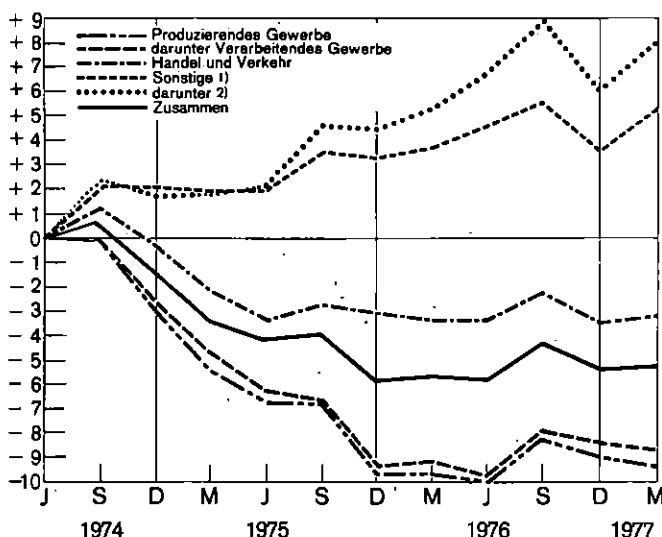
Schon im Jahresrückblick wurde dargestellt, daß eine nachhaltige Entspannung auf dem Arbeitsmarkt auch im Jahre 1977 nicht zu verzeichnen war. So lag die Zahl der Arbeitslosen mit 101 000 im Jahredurchschnitt nur um 15% unter dem Stand von 1976. Der Bestand an offenen Stellen konnte im Verlaufe des Jahres nicht entscheidend erhöht werden, die Zahl von 50 000 wurde nur zur Jahresmitte knapp überschritten². Bei der Kurzarbeit lagen die Zahlen seit Jahresmitte sogar etwas über den entsprechenden Vorjahreszahlen. Diese Gesamtbeobachtung läßt erkennen, daß die in den Arbeitsprozeß eingegliederten Arbeitskräfte weitgehend ausreichen, die nur mäßig erhöhte Produktion zu erstellen, zumal durch Rationalisierungsinvestitionen die Arbeitsproduktivität etwa im gleichen Umfang wie das reale Wachstum gesteigert werden konnte.

² Es sollte in diesem Zusammenhang jedoch beachtet werden, daß der Arbeitsverwaltung nur ein Bruchteil der zu vergebenden Stellen gemeldet werden. So schätzt die Bundesanstalt für Arbeit, daß die amtliche Kartei nur etwa 40% des tatsächlichen Arbeitsplatzangebots erfaßt.

Offene Stellen					
davon					
nur Männer		nur Frauen		alternativ	
absolut	%	absolut	%	absolut	%
9	10	11	12	13	14
526	1,8	97	0,7	11	0,7
47	0,2	8	0,1	1	0,1
12 806	43,4	3 718	24,9	347	21,8
8 358	28,3	77	0,5	12	0,8
2 647	9,0	2 568	17,2	319	20,1
1 047	3,6	132	0,9	47	3,0
445	1,5	133	0,9	60	3,8
2 471	8,4	6 117	41,0	603	37,9
153	0,5	1 557	10,4	31	1,9
880	3,0	449	3,0	156	9,8
104	0,4	54	0,4	3	0,2
29 484	100	14 910	100	1 590	100

Schaubild 1

Index der Entwicklung versicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer insgesamt in den Wirtschaftsbereichen (Juni 1974 = 100)



1) Hierzu zählen in etwa folgende Wirtschaftsabteilungen:

Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, von Unternehmen und freien Berufen erbrachte Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Staat

2) darunter in etwa: von Unternehmen und freien Berufen erbrachte Dienstleistungen

9678

Mit einer erhöhten Kapitalintensität verändert sich im allgemeinen jedoch auch die Anforderungsstruktur bezüglich der Qualifikation der nachgefragten Arbeitskräfte. Zunehmend genügt es deshalb nicht mehr, Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes unter rein quantitativen Gesichtspunkten zu sehen. Die übliche Gegenüberstellung der offenen Stellen und der Arbeitslosen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene reicht nicht aus, die Arbeitsmarktsituation hinreichend zu charakterisieren, dazu bedarf es der Differenzierung in sektoraler und regionaler Sicht. Erst dann ergeben sich Hinweise dafür, in welchen Bereichen die Qualifikationsstruktur des Angebots nicht der spezifischen Nachfrage entsprach. Ende September 1977 gab es bei einer Gesamtzahl von 90 153 Arbeitslosen und 45 984 offenen Stellen einige Wirtschaftsabteilungen, bei denen der Bestand freigesetzter und noch arbeitsloser Personen dem Angebot an Arbeitsplätzen aus diesen Abteilungen entspricht oder sogar ein Stellenüberhang zu verzeichnen ist.

So halten sich in der Land- und Forstwirtschaft, sowie bei Verkehr- und Nachrichtenübermittlung der Bestand an Arbeitslosen und offenen Stellen in etwa die Waage.

Im Bauhauptgewerbe, wo seit Beginn der Rezession kontinuierlich Arbeitsplätze entfielen, stehen demgegenüber überraschenderweise 8 477 offenen Stellen 4 532 Arbeitslose aus dem Baugewerbe

gegenüber. Die unbesetzten Stellen könnten damit also rein rechnerisch durch Arbeitskräfte besetzt werden, die zuvor im Baugewerbe beschäftigt waren. Diese Entwicklung dürfte sowohl durch den Sonderfaktor Ausländerbeschäftigung, auf den unten noch eingegangen wird, als auch auf altersstrukturelle Faktoren zurückzuführen sein. Der gerade in diesem Bereich beklagte Facharbeitermangel kann offensichtlich nicht durch den Markt gesättigt werden. Auch der Anstieg der Zahl der Auszubildenden um fast ein Drittel gegenüber dem Vorjahr wird wohl nicht ausreichen, alle altershalber ausscheidenden Fachkräfte im notwendigen Umfang zu ersetzen.

Auf die Unvereinbarkeit der Qualifikationsmerkmale von Angebot und Nachfrage in dieser Wirtschaftsabteilung deutet auch der Umstand, daß der Facharbeiterrückgang im Bauhauptgewerbe nicht überwiegend auf Entlassungen zurückzuführen ist. Ein Überhang an offenen Stellen ergab sich auch bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter, wobei in diesem Bereich – anders als im Baugewerbe – schon in den Jahren zuvor der Personalbestand kontinuierlich ausgeweitet wurde.

Dagegen spiegeln die Arbeitsmarktbilanzen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel längerfristige große Ungleichgewichte wider. Beide Wirtschaftsabteilungen hatten im gesamten Verlauf der Rezession Kräfte abgebaut, was zu einem bestimmten Sockel an Arbeitslosen aus diesem Bereich führte. Hier scheint es insgesamt gesehen weniger zu qualifikationsbedingten Engpässen hinsichtlich des Faktors Arbeit zu kommen. Dem steht nicht entgegen, daß ein Mangel an berufsspezifischer Qualifikation in einzelnen Branchen spürbar ist. Das Ungleichgewicht bei einzelnen Dienstleistungskategorien (Schul- und Hochschulbereich, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe) ist Ausdruck des erst 1977 einsetzenden Beschäftigungsabbaus.

Um der unterschiedlichen Entwicklung einzelner Teilarbeitsmärkte entgegenzuwirken, sind Maßnahmen zur Förderung der sektoralen bzw. beruflichen Mobilität erforderlich. Dem muß bei den von der Arbeitslosigkeit schon oder potentiell Betroffenen die Bereitschaft entsprechen, einen Teil der damit verbundenen Anpassungskosten auf sich zu nehmen. Nur wenn die Segmentierung des Arbeitsmarktes genügend berücksichtigt wird, kann den aus den Spaltungstendenzen resultierenden Folgen entgegen gewirkt werden, die sich in Form erhöhter Risiken eines Verlusts und verminderter Chancen bei der Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes sowie einer durchschnittlich höheren Dauer der Arbeitslosigkeit der benachteiligten Berufsgruppen bemerkbar machen.

Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abwanderung von Ausländern und durch sozialpolitische Maßnahmen

In der ersten Freisetzungswelle zwischen Juni 1974 und September 1975 ist die Zahl der Ausländer um 85 302 zurückgegangen, das entspricht einem Anteil von 14,8% aller ausländischen Erwerbstätigen. Demgegenüber haben in derselben Zeit die deutschen Erwerbstätigen nur um 1,4% abgenommen.

Da sich ein Großteil der ausländischen Arbeitnehmer in jenen Bereichen konzentriert, die besonders anfällig auf konjunkturelle Störungen reagieren – 63% dieser Gruppen hatten ihren Arbeitsplatz im Produzierenden Gewerbe –, und zudem oft Arbeitsplätze einnehmen, die wegen ihrer geringen Produktivität am ehesten Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen zum Opfer fallen, vollzog sich der Abbau bei ihnen wesentlich rasanter als bei den deutschen Beschäftigten. (Vgl. Schaubild 1 und 2).

Setzt man die Zahl, um die der Bestand ausländischer Arbeitnehmer zwischen Juni 1974 und September 1975 zurückgegangen ist in Beziehung zum Zugang an ausländischen Arbeitslosen, dann zeigt sich, daß nur jeder vierte Ausländer, der keinen Arbeitsplatz mehr einnahm, gleichzeitig als arbeitslos registriert wurde. 75% der Ausländer, die nicht mehr in Beschäftigung standen, verließen somit Baden-Württemberg. Wie viele von diesen arbeitslos geworden sind, läßt sich dabei aus der Beschäftigtenstatistik nicht ermitteln.

Da sich die Abwanderung von ausländischen Arbeitnehmern auch 1976 fortsetzte, war zu Anfang des Aufschwungs die Situation für deutsche Arbeitnehmer günstig, ehemals von Ausländern gehaltene Plätze zu besetzen. Zwischen September 1975 und Herbst 1976 vollzog sich dieser Austauschprozeß in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft. Bedingt durch die weitere Abwanderung von ausländischen Erwerbspersonen (per Saldo 36 958), die höher lag als die Zahl der durch Freisetzung beschäftigungslos gewordenen Ausländer, sank die Zahl ausländischer Arbeitsloser um 51% und erreichte einen Stand von 15 045. Bei den deutschen Arbeitslosen führte demgegenüber die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze und der Ersatz ausländischer durch deutsche Kräfte zu einem Abbau des Bestandes an Arbeitslosen um 14%, die Arbeitslosenzahl der Deutschen sank auf 85 246.

Mittlerweile ist der Spielraum für einen weiteren Abbau ausländischer Arbeitskräfte geringer geworden, da viele der von den Ausländern gehaltenen Arbeitsplätze Tätigkeitsmerkmale aufweisen, die sie in den Augen vieler Deutschen immer noch unattraktiv machen.

Der gesamte bisherige Entwicklungsverlauf hat dazu geführt, daß die Ausländerquote beträchtlich abgesunken ist. Während im Sommer 1974 noch 17% aller versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Ausländer waren, ging ihr Anteil bis zum Frühjahr 1977 um 3% auf 14% zurück. Entsprechend stieg der Anteil der deutschen Arbeitnehmer von 83% auf 86%.

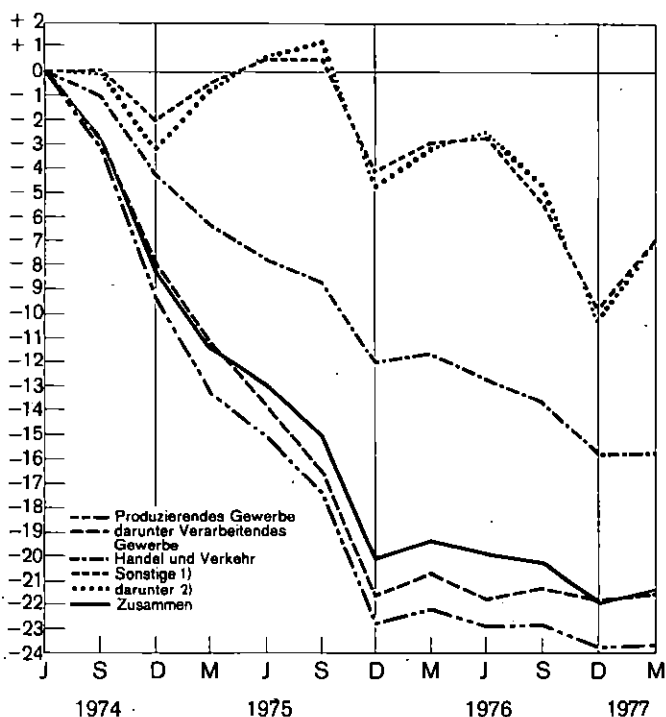
Der Zugang an arbeitslosen Deutschen lag zu Anfang 1977 weit unter der Zahl, die man hätte erwarten müssen, wenn neben dem Freisetzungseffekt nicht noch andere, und zwar gegenläufige Komponenten auf den Arbeitsmarkt eingewirkt hätten. Sozialpolitische Maßnahmen in Form der Möglichkeit der Vorverlegung der Altersgrenze und Maßnahmen im berufsbildenden Sektor, die unmittelbar den Kreis potentieller Arbeitsloser verringern, zeigen hier wahrscheinlich erste Wirkungen.

Geschlechtsspezifische Entwicklung

Obwohl der zu beobachtende Rückgang der Erwerbsquote der Frauen den Arbeitsmarkt im Prinzip entlastet, änderte sich auch 1977 am überproportionalen Anteil der Frauenarbeitslosigkeit nichts. Im September 1977 betrug die Arbeitslosen-

Schaubild 2

Index der Entwicklung versicherungspflichtig beschäftigter ausländischer Arbeitnehmer in den Wirtschaftsbereichen (Juni 1974 = 100)



1) Hierzu zählen in etwa folgende Wirtschaftsabteilungen:

Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, von Unternehmen und freien Berufen erbrachte Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Staat

2) darunter in etwa: von Unternehmen und freien Berufen erbrachte Dienstleistungen

quote der Frauen 3,8% (September 1976 : 3,9%), bei den Männern dagegen 1,8% (September 1976 : 2,2%). Die Erhöhung des Anteils der Frauen an allen Beschäftigten um 1% seit Beginn der Rezession auf 40% im Frühjahr 1977 widerspricht dem nicht, da die Erhöhung des Anteils einherging mit einem Rückgang der Gesamtbeschäftigung. Dazu kommt, daß der Versickerungseffekt, also die Tendenz, bei anhaltender Arbeitslosigkeit durch den Verzicht der weiteren Arbeitslosenmeldung aus der Arbeitsmarktreserve auszuschneiden, bisher nur geringe Wirkungen gezeigt hat. Nach wie vor ist das Interesse der Frauen an der Übernahme einer Tätigkeit groß; besonders der Markt für Teilzeitarbeit, der bei einem Anteil von 98,3% (September 1977) von den Frauen fast vollständig dominiert wird, leidet an einem völlig unzureichenden Angebot. Im September 1977 standen dort 17 276 Arbeitslosen 3 802 offene Stellen gegenüber. Da andererseits rund 1/3 aller arbeitslosen Frauen eine Teilzeitarbeit nachfragen, liegt hier eine nur schwer zu beseitigende Ursache für die hohe Frauenarbeitslosigkeit. Ein Großteil solcher Stellen dürfte zu Zeiten der Hochkonjunktur nur aus Gründen der Personalknappheit eingeführt worden sein. Aber auch die vollzeitarbeitslosen Frauen haben gegenüber männlichen Bewerbern den Nachteil einer im Durchschnitt geringeren beruflichen Qualifikation, ihrer Konzentration auf nur wenige Berufsgruppen sowie ihrer größeren Immobilität in räumlicher und fachlicher Sicht, um nur die wichtigsten Gründe zu nennen. Dazu kommt, daß Frauen, die Doppelverdiener-Haushalten angehören, eher eine Kündigung zugemutet wird als erwerbstätigen Männern.

Teilarbeitsmärkte für Angestellte und Arbeiter

Wie schon zwischen September 1975 und Herbst 1976 zeigte sich in der Entwicklung der Beschäftigung von Angestellten und Arbeitern eine divergierende Tendenz. Von September 1976 bis März 1977 setzte sich — wie es die Beschäftigtenstatistik nachweist — der Personalabbau bei den Arbeitern fort; während hier 39 946 Arbeitsplätze verloren gingen, wurden die Erwerbsstellen für Angestellte um insgesamt 8 654 aufgestockt. Eine spürbare Entlastung auf dem Teilarbeitsmarkt für Angestellte blieb jedoch aus, was darauf hinweist, daß in diesem Bereich einerseits ein qualifikationsabhängiger Austauschprozeß stattfand, andererseits aber in größerer Zahl Arbeitskräfte ohne vorherige Berufstätigkeit einen Arbeitsplatz fanden. Die Lage auf dem Teilarbeitsmarkt für Arbeiter hat sich in dem genannten Zeitraum wieder verschlechtert, da, wie schon erwähnt, die Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer weitgehend zu einem Stillstand gekommen ist, ein Umstand der gerade zu Anfang der Rezession mildernd wirkte. Der gegenläufige Trend beider Teilarbeitsmärkte führte dazu, daß der Anteil der Arbeiter an allen Beschäftigten von 60% zu Anfang der Rezession in der Jahresmitte 1974 bis

März 1977 um 2% auf 58% zurückging. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1974 verminderte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 174 800 auf 1,86 Millionen, die der Angestellten übertraf mit 1,35 Millionen hingegen jenen Wert um 9 274.

Regionale Besonderheiten von Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Neben dem strukturellen Problem, daß die angebotenen Stellen in einem Arbeitsamtsbezirk in berufsfachlicher, sektoraler bzw. qualifikatorischer Hinsicht den Vorstellungen der Arbeitslosen häufig nicht entsprechen und umgekehrt, wirkt eine weitere Komponente einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage nach Arbeitsplätzen entgegen: die regionale Immobilität vieler Arbeitsloser, die auf viele Einflußfaktoren zurückzuführen ist. Nur 16% aller Arbeitslosen sind als ausgleichsfähig einzustufen, also bereit und in der Lage, entweder umzuziehen oder auch nur am Wochenende heimzufahren.

Die durch die Rezession in Gang gesetzten Umstrukturierungsprozesse werden deutlich, wenn man sich die uneinheitlich verlaufenden regionalen Auswirkungen seit Beginn der Rezession vergegenwärtigt.

Zu Beginn des Abschwungs mußten alle regionalen Einheiten mit Ausnahme des Stadtkreises Ulm eine starke Reduktion der Beschäftigung hinnehmen. Die Hauptlast fiel dabei auf die Gebiete, die wie z. B. die Region Mittlerer Neckar aufgrund ihres starken Industriebesatzes von dem zunächst rezessionsbedingten Personalabbau im Produzierenden Gewerbe unmittelbar tangiert wurden. Bis zum März 1977 konnte mit Ausnahme des Landkreises Biberach in keinem der Kreise des Landes der Beschäftigtenstand ausgebaut werden. Gegenüber dem Landesdurchschnitt von -5,2% war vor allem in den Landkreisen Heidenheim (-9,1%) und Neckar-Odenwald (-8,1%) ein besonders schwerer Einbruch zu beobachten, hingegen konnten die Kreise Böblingen und Ulm ihren Beschäftigtenstand von Mitte 1974 annähernd wieder erreichen. Im Verlaufe des Jahres 1977 setzte sich die regionale Differenzierung fort, wie die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen der Industrie andeuten, wo immerhin 43% der beschäftigten Arbeitnehmer zu finden sind. Obwohl auf Landesebene zwischen Dezember 1976 und Dezember 1977 die Industriebeschäftigung stagnierte, zeichneten sich einzelne Regionen durch starke Abweichungen aus. An der Spitze der positiven Entwicklung standen neben dem Stadtkreis Baden-Baden mit den Landkreisen Heilbronn und Böblingen Gebiete, in denen der Automobilbau wesentlich zum Gesamtbild beiträgt. Die stärksten Einbußen mußten die Landkreise Freiburg, Baden-Baden, Tübingen und der Stadtkreis Heidelberg hinnehmen. Insgesamt erscheint die Entwicklung im Regierungsbezirk Stuttgart etwas freundlicher als in den übrigen Teilen des Landes.

Tabelle 2

Entwicklung der Beschäftigten nach Kreisen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer			Beschäftigte in der Industrie		
	30.6.1974 insgesamt	31.3.1977		Dezember 1976 insgesamt	Dezember 1977	
		insgesamt	Veränderung gegenüber 30.6.1974		insgesamt	Veränderung gegenüber Dezember 1976
	Anzahl		%	Anzahl		%
Stadtkreis						
Stuttgart	386 908	356 207	- 7,9	125 475	125 274	- 0,2
Landkreise						
Böblingen	112 350	111 905	- 0,4	62 500	65 745	+ 5,2
Esslingen	162 308	153 238	- 5,6	83 284	82 699	- 0,7
Göppingen	83 907	77 976	- 7,1	42 184	41 396	- 1,9
Ludwigsburg	133 549	128 313	- 3,9	59 279	60 414	+ 1,9
Rems-Murr-Kreis	109 514	100 573	- 8,2	51 125	50 888	- 0,5
Region Mittlerer Neckar	988 536	928 217	- 6,1	423 847	426 416	+ 0,6
Stadtkreis						
Heilbronn	61 434	57 546	- 6,3	19 611	20 472	+ 4,4
Landkreise						
Heilbronn	57 511	54 866	- 4,6	28 593	28 667	+ 0,3
Hohenlohekreis	26 147	25 501	- 2,5	13 030	12 954	- 0,6
Schwäbisch Hall	44 685	43 345	- 3,0	14 456	14 848	+ 2,7
Main-Tauber-Kreis	37 181	34 401	- 7,5	12 314	12 643	+ 2,7
Region Franken	226 958	215 659	- 5,0	86 004	89 584	+ 4,2
Landkreise						
Heidenheim	50 123	45 560	- 9,1	26 247	25 881	- 1,4
Ostalbkreis	93 488	86 253	- 7,7	45 455	44 645	- 1,8
Region Ostwürttemberg	143 611	131 813	- 8,2	71 702	70 526	- 1,6
Regierungsbezirk Stuttgart	1 359 105	1 275 689	- 6,1	581 553	586 526	+ 0,8
Stadtkreise						
Baden-Baden	22 657	21 377	- 5,6	3 207	3 380	+ 5,4
Karlsruhe	144 409	137 021	- 5,1	36 658	37 272	+ 1,7
Landkreise						
Karlsruhe	99 300	91 994	- 7,4	43 874	41 599	- 5,2
Rastatt	62 719	60 797	- 3,1	30 320	30 271	- 0,2
Region Mittlerer Oberrhein	329 085	311 189	- 5,4	114 059	112 522	- 1,3
Stadtkreise						
Heidelberg	63 495	62 181	- 2,1	14 918	14 079	- 5,6
Mannheim	188 199	173 773	- 7,7	72 680	71 462	- 1,7
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	36 326	33 396	- 8,1	14 432	14 330	- 0,7
Rhein-Neckar-Kreis	114 550	109 479	- 4,4	50 554	52 202	+ 3,3
Region Unterer Neckar	402 570	378 829	- 5,9	152 584	152 073	- 0,3
Stadtkreis						
Pforzheim	62 534	59 449	- 4,9	26 382	26 403	+ 0,1
Landkreise						
Calw	35 989	34 577	- 3,9	11 512	11 748	+ 2,1
Enzkreis	40 982	40 004	- 2,3	21 691	21 733	+ 0,2
Freudenstadt	30 100	29 659	- 1,5	11 292	10 998	- 2,6
Region Nordschwarzwald	169 565	163 689	- 3,5	70 877	69 882	- 1,4
Regierungsbezirk Karlsruhe	901 220	853 707	- 5,3	337 520	334 477	- 0,9
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	82 173	78 447	- 4,5	15 671	14 701	- 6,2
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	40 339	39 906	- 1,1	11 973	11 729	- 2,0
Emmendingen	32 099	30 781	- 4,1	13 908	13 989	+ 0,6
Ortenaukreis	118 587	114 801	- 3,2	46 308	46 413	+ 0,2
Region Südlicher Oberrhein	273 198	263 935	- 3,4	87 860	86 832	- 1,2
Landkreise						
Rottweil	45 670	42 986	- 5,9	22 017	21 588	- 2,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	82 454	76 207	- 7,6	40 407	40 607	+ 0,5
Tuttlingen	40 608	37 726	- 7,1	19 790	19 513	- 1,4
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	168 732	156 919	- 7,0	82 214	81 688	- 0,6
Landkreise						
Konstanz	73 722	68 101	- 7,6	28 604	28 489	- 0,5
Lörrach	60 831	58 024	- 4,6	25 498	25 557	+ 0,2
Waldshut	41 424	39 758	- 4,0	17 511	17 595	+ 0,4
Region Hochrhein-Bodensee	175 977	165 883	- 5,7	71 613	71 621	+ 0,01
Regierungsbezirk Freiburg	617 907	586 737	- 5,0	241 687	240 139	- 0,6
Landkreise						
Reutlingen	89 798	84 913	- 5,4	40 723	39 430	- 3,2
Tübingen	51 921	49 729	- 4,2	17 184	16 263	- 5,4
Zollernalbkreis	72 846	69 466	- 4,6	39 023	37 856	- 3,0
Region Neckar-Alb	214 565	204 108	- 4,9	96 930	93 549	- 3,5
Stadtkreis						
Ulm	74 016	73 751	- 0,4	33 466	33 003	- 1,4
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	31 889	31 389	- 1,6	14 394	14 562	+ 1,2
Biberach	41 266	42 387	+ 2,7	18 488	19 099	+ 3,3
Region Donau-Iller ¹⁾	147 171	147 527	+ 0,2	66 348	66 664	+ 0,5
Landkreise						
Bodenseekreis	51 866	50 307	- 2,9	22 954	23 429	+ 2,1
Ravensburg	68 917	67 048	- 2,7	25 091	25 352	+ 1,0
Sigmaringen	34 183	33 604	- 1,7	14 543	14 415	- 0,9
Region Bodensee-Oberschwaben	154 966	150 959	- 2,6	62 588	63 196	+ 1,0
Regierungsbezirk Tübingen	518 702	502 594	- 2,7	226 866	223 409	- 1,5
Baden-Württemberg	3 394 934	3 218 727	- 5,2	1 386 626	1 384 551	- 0,2

1) Sowie Land Baden-Württemberg

Auffallend ist, daß bei der Beschäftigungsentwicklung 1977 nicht unbedingt jene Gebiete die stärkste Ausweitung aufweisen, die zuvor im konjunkturellen Abschwung den höchsten Einbruch zu verzeichnen hatten. So war z. B. im Landkreis Karlsruhe bis Frühjahr 1977 der Gesamtbeschäftigtenabbau mit - 7,4 beträchtlich über dem Landesdurchschnitt, dennoch setzte sich diese Tendenz auch im Jahre 1977 fort. Offenbar findet eine gewisse regionale Verschiebung der Beschäftigten statt.

Ähnliche Perspektiven eröffnet die Gegenüberstellung der Zahl aller Arbeitslosen und der offenen Stellen für die Arbeitsamtsbezirke. Zwar gab es zum September 1977 bei einem negativen Saldo der Arbeitsmarktbilanz von 43 342 für das Land nur in den Arbeitsamtsbezirken Stuttgart (+2 315) und Nagold (+383) einen Überhang an offenen Stellen, dieses gleichförmig negative Bild entsteht aber weitestgehend durch die Frauenarbeitslosigkeit. Betrachtet man ausschließlich die männlichen Arbeitslosen und die für sie ausgeschriebenen Stellen, so erweitert sich der oben genannte Kreis um die Arbeitsamtsbezirke Böblingen, Ludwigsburg, Pforzheim und Ulm. Am schlechtesten schnitten die Arbeitsamtsbezirke Freiburg, Karlsruhe, Mannheim und Offenburg ab.

Soziale Aspekte der Arbeitslosigkeit

Die vom Einzelnen zu tragenden Kosten materieller und immaterieller Art sollten bei der Betrachtung der gesamtgesellschaftlichen Folgen erhöhter Ar-

beitslosigkeit nicht außer acht gelassen werden. Die bisher nur mäßigen Beschäftigungswirkungen des Anstiegs der Produktion zeigen an, daß hier mehrere Faktoren zu den konjunkturellen Ursachen hinzutreten: besonders im industriellen Bereich verstärkt sich der strukturelle Anpassungszwang im Zuge der Veränderungstendenzen der internationalen Arbeitsteilung. Da diese Anpassung gerade in Zeiten abgeschwächten Wachstums schwieriger zu vollziehen ist als in Boom-Situationen sind schnelle Erfolge beschäftigungspolitischer Maßnahmen mit dem bisherigen Instrumentarium kaum zu erwarten. Vom Beharrungsvermögen der Arbeitslosigkeit werden einige Personenkreise besonders tangiert. Das Hinzutreten ungünstiger demographischer Faktoren zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt dazu, daß mit der Problemgruppe der jugendlichen Arbeitslosen, bei denen sich der Start ins Erwerbsleben häufig anders gestaltete, als es ihren Vorstellungen entsprach, ein Personenkreis betroffen wird, der sich noch mitten im Sozialisationsprozeß befindet. Die sozialen Folgekosten längerandauernder Arbeitslosigkeit sind hier besonders hoch zu veranschlagen.

Zum Zeitpunkt der Strukturuntersuchung der Arbeitsverwaltung, Ende September 1977, haben von 10 493 Arbeitslosen unter 20 Jahren 3 337 (32%) bisher noch keine Berufstätigkeit ausgeübt, was zum Teil allerdings auch auf den vorangegangenen Schul-entlassungstermin zurückzuführen ist. Entsprechend lag zu diesem Zeitpunkt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen mit 3,4% über der Arbeitslosenquote

Tabelle 3

Arbeitslose und offene Stellen in Baden-Württemberg nach Arbeitsamtsbezirken im September 1977

Arbeitsamtsbezirke	Arbeitslose	Offene Stellen	Nachfrage- überschuß	Arbeitslose	Offene Stellen	Nachfrage- überschuß
	Insgesamt			Frauen		
Aalen	4 450	1 256	- 3 194	2 944	498	- 2 446
Balingen	2 354	936	- 1 418	1 455	366	- 1 089
Freiburg	5 964	1 552	- 4 412	2 729	671	- 2 058
Göppingen	4 815	4 081	- 734	3 009	1 083	- 1 926
Heidelberg	5 082	2 602	- 2 480	2 704	1 094	- 1 610
Heilbronn	3 648	1 675	- 1 973	2 268	391	- 1 877
Karlsruhe	8 706	2 665	- 6 041	5 108	851	- 4 257
Konstanz	3 609	721	- 2 888	1 974	305	- 1 669
Lörrach	4 070	1 204	- 2 866	2 439	400	- 2 039
Ludwigsburg	4 177	2 817	- 1 360	2 636	756	- 1 880
Mannheim	8 169	2 712	- 5 457	4 449	767	- 3 682
Nagold	993	1 376	+ 383	558	575	+ 17
Offenburg	3 633	928	- 2 705	2 001	377	- 1 624
Pforzheim	2 148	1 941	- 207	1 230	807	- 423
Rastatt	3 035	1 102	- 1 993	1 689	433	- 1 256
Ravensburg	3 397	1 266	- 2 131	2 014	524	- 1 490
Reutlingen	2 808	1 602	- 1 206	1 541	689	- 872
Rottweil	2 347	946	- 1 401	1 495	373	- 1 122
Schwäbisch Hall	1 878	829	- 1 049	1 022	316	- 706
Stuttgart	6 821	9 136	+ 2 315	3 952	3 207	- 745
Tauberbischofsheim	2 086	1 019	- 1 067	1 243	342	- 901
Ulm	1 740	1 183	- 557	1 080	340	- 740
Villingen-Schwenningen	1 689	872	- 817	990	252	- 738
Waiblingen	2 437	2 262	- 175	1 441	582	- 859
Baden-Württemberg	90 116	46 774	-43 342	51 971	15 979	-35 992

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

Tabelle 4

Arbeitslose nach Altersgruppen, sowie Merkmalen der Schul- und Berufsausbildung im September 1977

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Altersspezifische Arbeitslosenquote	Arbeitslose insgesamt	Darunter:			
			ohne Hauptschul- abschluß (oder höherem Schul- abschluß)	ohne abgeschlossener Berufsausbildung (einschließlich Anlernausbildung)	mit	darunter mit abgeschlossener Lehre als höchstem Abschluß
	%	Anzahl	%			
unter 20	3,4	10 493	22,0	66,2	33,8	84,5
20 – 25	3,9	15 461	7,2	44,5	55,5	77,6
25 – 30	2,1	13 906	6,5	39,7	60,3	61,6
30 – 35	2,3	9 422	7,4	45,9	54,1	61,0
35 – 40	1,9	9 534	7,5	54,4	45,6	65,9
40 – 45	1,9	7 559	10,4	63,8	36,2	72,8
45 – 50	1,8	6 988	9,1	66,9	23,1	77,8
50 – 55	2,2	6 852	6,8	66,3	23,7	80,5
55 – 60	3,6	6 907	6,0	64,9	35,1	82,9
60 – 65	2,6	3 031	4,8	51,4	48,6	83,0
zusammen	2,6	90 153	9,0	54,3	45,7	72,0

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

insgesamt von 2,6%. Inzwischen hat sich die Situation gebessert, was daraus ersichtlich ist, daß der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen von 10,7% im September 1977 auf 8,2% im März 1978 gesunken ist. Generell dürfte die Situation am Teilarbeitsmarkt für Jugendliche zu Rückkoppelungseffekten im schulischen Bereich geführt haben. Darauf weist die in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtende Tendenz zu längerer Verweildauer der Schüler aller Schularten im Bildungssystem hin.

Hemmnisse für die Erst- bzw. Wiederaufnahme einer Arbeit lagen oftmals im Bildungsstand der jugendlichen Arbeitslosen begründet. 22% der unter 20jährigen Arbeitslosen hatten die Hauptschule ohne Abschluß verlassen bzw. keinen vergleichbaren Schulabschluß erreicht. Auch konnten 66% keine abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen. Das in der Öffentlichkeit viel diskutierte Problem fehlender Lehrstellen wird in seiner Dimension zurechtgerückt, wenn man berücksichtigt, daß nur 8,5% der arbeitslosen Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung die Ausbildung an einer betrieblichen Ausbildungsstelle anstreben. Die oben erwähnte Befürchtung einer lang anhaltenden Arbeitslosigkeit ist bisher bei den meisten Fällen noch nicht zur Realität geworden: bei 74% fehlte die Erwerbsquelle nämlich für weniger als drei Monate. Da bei den Jugendlichen Dauerarbeitslosigkeit nur selten anzutreffen ist, kann davon ausgegangen werden, daß deren Eingliederung bzw. Rückführung in den Erwerbsprozeß bei einer Besserung der wirt-

schaftlichen Rahmendaten relativ problemlos geleistet werden kann, zumal die Mobilität dieses Personenkreises groß ist und die berufliche Spezialisierung im allgemeinen noch nicht soweit fortgeschritten sein dürfte, daß eine Erstarrung des in Frage kommenden Arbeitsplatzprofils eingetreten sein könnte.

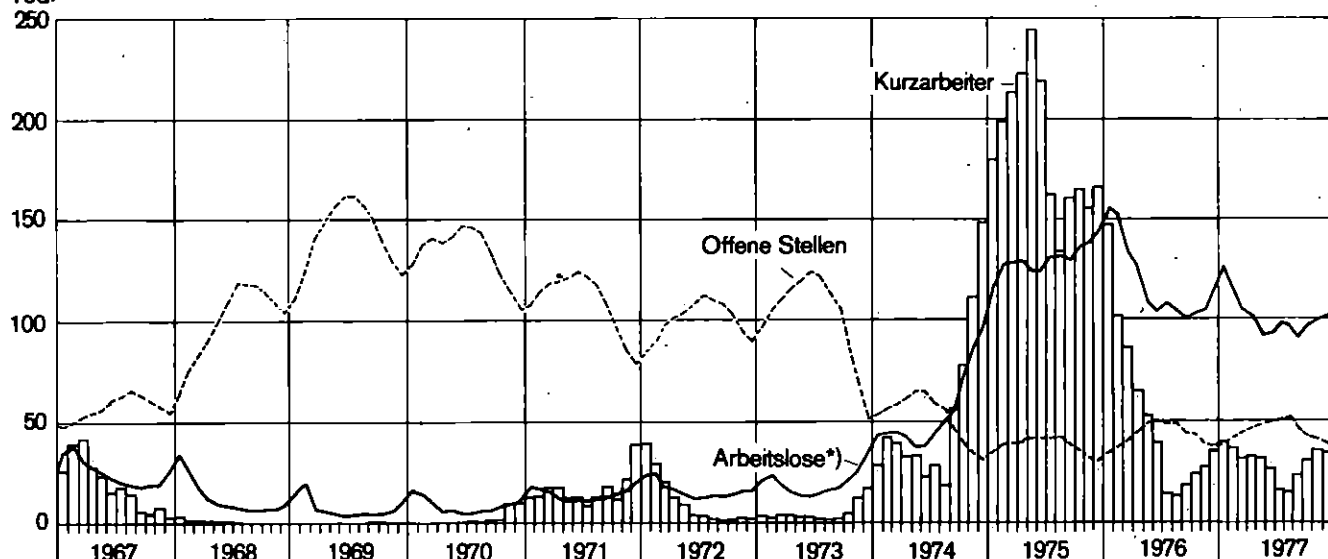
In Einschränkungen der beruflichen Flexibilität, der regionalen Mobilität und häufig auch der Gesundheit liegen die Hauptursachen dafür, daß die Wiedereingliederung der über 45jährigen, die im September 1977 26% des Gesamtbestandes an Arbeitslosen ausmachten, sehr viel schwieriger ist. Entsprechend ist bei den Älteren die Dauerarbeitslosigkeit relativ stärker verbreitet als bei den anderen Altersgruppen. Besonders häufig (bei 64%) fehlt den älteren Arbeitslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Etwa ein Drittel hat gesundheitliche Einschränkungen. Besonders weil häufig mehrere Faktoren, die eine Vermittlung einer Arbeit erschweren, bei diesem Personenkreis zusammen treffen, stößt die Rückgliederung in den Arbeitsprozeß auf Schwierigkeiten, so daß das Problem der überdurchschnittlich langen Dauer der Arbeitslosigkeit für diesen Personenkreis kurzfristig nicht zu bewältigen sein dürfte.

Obgleich die sehr hohe Sockelarbeitslosigkeit den Schluß nahelegen könnte, daß am Arbeitsmarkt kaum Veränderungen stattfinden, findet doch eine erhebliche Fluktuation statt, die ihren Niederschlag in einer regen Vermittlungstätigkeit der Ar-

Schaubild 3

Entwicklung des Arbeitsmarktes

Tsd. Arbeitsmarkt



5978

beitsverwaltung findet. Da die Betriebe ihren Ersatzbedarf aus diesem Fluktuationsangebot heraus decken, sind Umschichtungs- und Ausleseprozesse die Folge. Zu den rein quantitativen Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften kommen deshalb zunehmend qualitative Diskrepanzen. Sie beziehen sich auf einzelne Strukturmerkmale der gesamtwirtschaftlichen Kräftenachfrage und des Angebots. So sind, verglichen mit der Zeit eines hohen Beschäftigtenstandes, die Anforderungen von Firmen und Verwaltungen an die schuli-

sche und berufliche Qualifikation von Arbeitnehmern ganz allgemein gestiegen. Der Personenkreis der Arbeitslosen setzt sich aber demgegenüber aufgrund der ständigen Fluktuationsauslese zunehmend aus Kräften zusammen, die diesen erhöhten Anforderungen aus unterschiedlichen Gründen nicht entsprechen. Während sich die Mehrzahl der Stellenangebote auf Fachkräfte bezieht, haben über die Hälfte der Arbeitslosen (54,2%) keine abgeschlossene Berufsausbildung, beinahe jeder Zehnte (9%) besitzt nicht einmal einen Hauptschulabschluß.

3.2 Voraussichtliche längerfristige Entwicklung

Auf die Frage, wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auf längere Sicht weitergehen wird, kann keine eindeutige und verlässliche Antwort gegeben werden. Beim gegenwärtigen Stand des Wissens ist die sozial-ökonomische Wissenschaft nicht in der Lage, Prognosen mit verlässlichen Aussagen zu erstellen. Die Art zukunftsrelevanter Informationen die sie geben kann, sind sogenannte Modellrechnungen oder Vorausschätzungen. Diese geben Auskunft darüber, wie sich zukünftige Entwicklungen ihrer Richtung und Größenordnung nach vollziehen würden, wenn die heute sichtbaren Entwicklungstendenzen in dieser oder ähnlicher Form auch in Zukunft weiter wirken. Das Ergebnis einer Modellrechnung gilt also nur unter den jeweiligen Bedingungen, von denen bei der Berechnung der Größen ausgegangen wurde. Da sich diese im Zeitablauf ändern können, besteht die Notwendigkeit, Vorausschätzungen in bestimmten Zeitabständen zu revidieren, das heißt, die Annahmen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen und sie gegebenenfalls den geänderten Entwicklungen anzupassen.

Entsprechend hat das Statistische Landesamt seine Vorausschätzungen vom Frühjahr 1976¹ im Sommer 1977 revidiert und zwar in Verbindung mit einer Stellungnahme zum Bericht der PROGNOSE AG über die künftige Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg². Da es hier speziell um die Arbeitsmarktentwicklung ging, wurde nicht das gesamte Prognosesystem sondern insbesondere die diesen Bereich betreffenden Eckdaten pauschal an die seither geänderte Ausgangssituation angepaßt.

¹ Für die ausführliche methodische und datenmäßige Darstellung des Vorausschätzungssystems vgl. folgende Veröffentlichungen: Langfristige Vorausschätzung demographischer und wirtschaftlicher Eckdaten für Baden-Württemberg. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12, Dezember 1976 und Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1976/77, Teil II.

² Bericht zur Untersuchung über die künftige Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg. Studie der PROGNOSE AG. Vorgelegt zum Symposium der Landesregierung zur Arbeitsmarktpolitik im August 1977.

Tabelle 1

Zurückliegende und voraussichtliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 1000 Personen

Begriff	1970 ¹⁾	1975 ¹⁾	1977 ¹⁾	1980	1985	1990
Erwerbspersonen ¹⁾²⁾	4 188	4 185	4 160	4 280	4 480	4 530
Erwerbstätige ¹⁾ (= Arbeitsplätze)	4 177	4 080	4 058	4 180	4 250	4 400
Differenz ³⁾	11	128	101	100	230	130
Differenz Prognose 1976	—	—	—	65	148	74

¹⁾ Mikrozensusergebnis. Die ausgewiesene Differenz ist nicht der Zahl, nur der Größenordnung nach vergleichbar mit den beim Arbeitsamt arbeitslos Gemeldeten. — ²⁾ Für den Prognosezeitraum: Variante mit Wanderungsansatz ± 0 . — ³⁾ Für die Vergangenheit: Werte des Landesamts.

Arbeitsmarktprognosen setzen eine prognostizierte Arbeitsmarktbilanz voraus, das heißt einerseits muß das aus der demographischen Entwicklung abgeleitete Angebot an Erwerbspersonen vorausgeschätzt werden, andererseits die aus der wirtschaftlichen Entwicklung resultierende Nachfrage nach Arbeitskräften (= Angebot an Arbeitsplätzen). Im vorliegenden Fall ergab sich im Zuge der Aktualisierung durch Berücksichtigung der vollzogenen Abwanderung ausländischer Erwerbspersonen (etwa 80 000) eine Reduktion des Erwerbspersonenangebots und auf der anderen Seite durch einen veränderten Produktivitätsansatz eine Verringerung der in Zukunft zu erwartenden Arbeitsplatzzahl. Durch Gegenüberstellung beider Größen errechnet sich gegenüber der Prognose vom Frühjahr 1976 ein höheres Arbeitsplatzdefizit (vgl. *Tabelle 1*).

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nicht um die Prognose von Arbeitslosen handelt, sondern um Ergebnisse von Modellrechnungen auf der Grundlage von mit vielen Unsicherheiten belasteten Prämissen. Insbesondere fallen bei dieser Zusammenstellung alle methodischen und datenmäßigen Unzulänglichkeiten der Erwerbspersonenprognose einerseits und der Arbeitsplatzdiagnose andererseits zusammen. Trotzdem ist eine solche Modellrechnung im Hinblick auf die Probleme der nächsten Zeit informativ. Denn es zeichnet sich ab, daß die Zunahme an Erwerbspersonen, die schon jetzt Jahr für Jahr den Arbeitsmarkt erheblich belastet, sich auch in Zukunft fortsetzen wird, wobei diese Zunahme mit 200 000 Personen im Jahresfünft von 1980 bis 1985 ihren Höhepunkt erreichen wird. Noch bis Ende der achtziger Jahre wird die Erwerbspersonenzahl weiter steigen, allerdings wesentlich schwächer als vorher. Insgesamt dürfte das Arbeitskräfteangebot von 1975 bis 1990 um 345 000 Personen auf 4,53 Millionen zunehmen. Dabei ist bemerkenswert, daß dieser Zuwachs überwiegend auf der heutigen Altersstruktur der deutschen Bevölkerung beruht. Und zwar treten in diesem Zeitraum die starken Geburtsjahrgänge der sechziger Jahre als Nachfrager zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt auf, während andererseits nur relativ schwach besetzte Jahrgänge aus der Zeit des ersten Weltkrieges aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Aufgrund dieser altersstrukturellen Besonderheiten konzentrieren sich die Probleme an der Eintrittsstelle zum Erwerbsleben und damit bei der Schaffung der benötigten Ausbildungsplätze. So dürfte die Zahl der aller Voraussicht nach Auszubildenden, die im laufenden Jahr schon bei 100 000 Personen liegt, noch weiter ansteigen bis auf etwa jeweils 106 000 in den Jahren 1981 und 1982. In diesem Zusammenhang sollte auch auf die Zahl der möglichen Studienanfänger hingewiesen werden, die 1978 bei etwa 30 000 liegt und noch bis 1985 auf 36 000 steigen dürfte. Nach dem jeweiligen Höhepunkt wird die Entwicklung wieder rückläufig. Aber erst 1990 wird mit 74 000 potentiell Auszubildenden die Zahl von 1975 wieder erreicht sein.

Wie sich aus der Fortschreibung des demographischen Vorausschätzungsmodells über das Jahr 1990 hinaus ergibt, wird nach 1990 der Abgang von Erwerbspersonen wieder größer werden als der Zugang. Dieser Prozess der Abnahme vollzieht sich allerdings deutlich langsamer als der Prozess der Zunahme. So wird Baden-Württemberg nach der vorliegenden Modellrechnung im Jahre 2000 über ein Erwerbspersonenpotential von 4,37 Millionen verfügen, das sind über 140 000 Personen mehr als 1976.

Mit diesem durch demographische Ungleichgewichte bedingten Anstieg des Erwerbspersonenpotentials kann im Rahmen der Modellrechnung die Wirtschaft bei der Schaffung von Arbeitsplätzen nicht Schritt halten. Es wird deshalb in den nächsten 10 bis 15 Jahren auch weiterhin wie schon heute mit einem Überangebot an Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sein, wobei das Ausmaß von verschiedenen Institutionen unterschiedlich angesetzt wird, je nach den Entwicklungsbedingungen, von denen bei den für die Arbeitsplatzschaffung relevanten Faktoren in der Rechnung ausgegangen wird: der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts — als dem zusammenfassenden Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung — einerseits und der Produktivität — also dem Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen — andererseits. Das Statistische Landesamt geht bei seinem hier vorgelegten Ansatz für die Zeitspanne 1975 bis 1980 von einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 3,5% aus. Es hat damit seinen bisherigen Ansatz (3%) aufgrund der bisherigen Entwicklung leicht erhöht. Angesichts der gegenwärtigen Situation besteht kein Anlaß für eine weitere Steigerung, umgekehrt wird zur Zeit — wenn man von außergewöhnlichen exogenen Faktoren einmal absieht — ein rezessiver Einbruch nicht für wahrscheinlich gehalten. Für die beiden Phasen 1980/85 und 1985/90 wurden wie bisher Jahresdurchschnittsraten von 3% bzw. 2,8% angesetzt. Was die Produktivitätsentwicklung betrifft, so geht das Amt zur Zeit von einer linearen

Trendfortschreibung (nach den drei Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen) aus, was gesamtwirtschaftlich im Zeitraum 1975 bis 1990 zu einer Jahresdurchschnittsrate von etwa 2,5% führen würde. Unter diesen Bedingungen errechnen sich die in *Tabelle 1* ausgewiesenen Arbeitsplätze. Bei Gegenüberstellung mit den vorausgeschätzten Erwerbspersonen ergibt sich eine Differenz zuungunsten der Arbeitsplätze.

Die Größenordnungen sind derart, daß sich unter den angenommenen Bedingungen die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren, bis etwa 1980, weder entscheidend verbessern noch verschlechtern wird, so daß eine Lage wie die heutige denkbar ist. Demgegenüber dürfte sich aufgrund des demographisch bedingten Zustroms an Erwerbspersonen die Situation in den achtziger Jahren gegenüber heute verschlechtern. Dies dürfte in der ersten Hälfte jenes Jahrzehnts besonders deutlich werden und sich nach 1985 wieder etwas entspannen.

Vergleich mit PROGROS

Die zuvor abgeleiteten Ergebnisse errechnen sich — wie immer wieder betont — aus ganz bestimmten Modellannahmen sowohl für die Angebotsseite des Arbeitsmarktes (Arbeitsplätze) wie für die Nachfrageseite (arbeitsuchende Erwerbspersonen). PROGROS ist in seinem zuvor erwähnten Bericht von anderen Bedingungskonstellationen ausgegangen, die zu entsprechend geänderten Ergebnissen führen. Nachfolgend soll kurz auf die Plausibilität der Annahmen und Ergebnisse eingegangen werden. Dieser Vergleich wird allerdings erschwert durch die mangelnde Aktualität der Ausgangsdaten (Basisjahr 31.12.1974), durch die zum Teil unbekannte Quelle der Daten und durch einige Definitionsprobleme, die im Zusammenhang erörtert werden.

Bei der für den Vergleich erforderlichen Umstellung der Erwerbspersonenprognose auf das Basisjahr 1976 muß eine Korrektur um die durch die Wanderungsannahme nicht berücksichtigten aber zwischenzeitlich erfolgten Abwanderungen von Ausländern in einer Größenordnung von etwa 70 000 Personen durchgeführt werden. Die Größe muß bei allen Prognosewerten von PROGROS abgesetzt werden. Danach zeigt sich, daß die für 1980 vom Statistischen Landesamt und von PROGROS geschätzte Erwerbspersonenzahl mit rund 4,28 Millionen fast gleich ist. Für 1985 und 1990 sind allerdings die PROGROS-Werte ganz entscheidend niedriger. Dies hängt im wesentlichen mit der Annahme zusammen, daß die allmähliche Einführung des 10. Schuljahres einen vollen Jahrgang aus dem Erwerbsleben absorbiert. Auch der weitere Ausbau des Ausbildungssystems absorbiere potentielle Erwerbspersonen besonders in der Altersklasse 15 bis 20 Jahre, aber auch noch darüber. Es handelt sich hierbei

Tabelle 2

Hypothetische Arbeitsmarktbilanz bis 1990 nach Prognos

	1974	1975	1980	1985	1990
	1000				
(1) Erwerbspersonen	4 285 ¹⁾	4 185 ¹⁾	4 356	4 412	4 388
(2) Einpendlersaldo	+ 40	+ 40	+ 40	+ 40	+ 40
(3) Arbeitsplätze	4 192	4 056	4 137	4 202	4 271
(4) Arbeitskräfteüberschuß (1) + (2) - (3)	+ 133	+ 169	+ 259	+ 250	+ 157
(5) Arbeitslose	52 ²⁾	128 ²⁾	199	190	97
(6) Statistische Abweichungen ³⁾ (4) - (5)	+ 81	+ 41	+ 60	+ 60	+ 60
(7) Arbeitslosenquote ⁴⁾	1,2	3,2	4,8	4,5	2,3

1) Mikrozensusergebnisse. — 2) Vom Landesarbeitsamt ausgewiesene Zahlen (Jahresdurchschnitt). — 3) Statistisch nicht erklärbare Differenzen (Pendlers, Soldaten, Zivilbeschäftigte bei ausländischen Streitkräften, u.a.). — 4) Arbeitslose (Zeile 5) bezogen auf die Zahl der Arbeitsplätze (Zeile 3).

darum, daß eine durchaus mögliche Maßnahme so in den Prognoseansatz eingebaut wird, als sei sie eine beschlossene Sache. Durch dieses der Zielprojektion vergleichbare Vorgehen werden aber reale Probleme verdeckt und nicht aufgezeigt. Insbesondere werden dadurch mögliche Handlungsalternativen nicht als solche vorgeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen erläutert. Dabei wäre es sehr informativ gewesen, diese Durchrechnung einer Handlungsalternative den Ergebnissen einer Status-quo-Prognose — die bestimmte Vergangenheitsentwicklungen in mehr oder weniger modifizierter Form fortschreibt — gegenüberzustellen, um ihre Wirksamkeit zur Lösung bestimmter Probleme zu analysieren.

Es zeigt sich demnach, daß ohne zusätzliche bildungspolitische Maßnahmen die vom Statistischen Landesamt auf Status-quo-Basis ermittelte Erwerbspersonenvorausschätzung die in der gegenwärtigen Situation enthaltenen Entwicklungsmöglichkeiten treffender beschreiben dürfte als PROGNOSE.

Was die Angebotsseite des Arbeitsmarktes betrifft, also das Angebot an Arbeitsplätzen durch Wirtschaft und Staat, so sind die beiden relevanten Komponenten zu betrachten, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts einerseits und die Zunahme der Produktivität andererseits. PROGNOSE geht für den Durchschnitt des Zeitraums 1975 bis 1990 mit einer Jahresrate von 3,7% von einem höheren Wachstum aus als das Statistische Landesamt, wobei es trotzdem gleichzeitig eine geringere Zahl von Arbeitsplätzen vorausschätzt. Dies weist auf einen grundsätzlichen Zusammenhang hin: Das Ausmaß der mit einem bestimmten Wachstum verbundenen Vermehrung von Arbeitsplätzen hängt nicht allein von diesem Wachstum ab, sondern von dem Verhältnis des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zur Entwicklung der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen). Sowohl das Statistische Landesamt wie auch PROGNOSE gehen davon aus,

daß das Bruttoinlandsprodukt im betrachteten Zeitraum mit 3,1% bzw. 3,7% im Jahresdurchschnitt stärker wächst als die Produktivität mit 2,5% bzw. 3,4%, das heißt, es werden Arbeitsplätze geschaffen. Da jedoch der Abstand zwischen diesen Raten bei PROGNOSE sehr viel geringer ist, ist mit dem höher angesetzten Wachstum gleichzeitig eine geringere Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze verbunden.

Die Abschätzung der Plausibilität dieser Annahmen ist schwierig. Das Statistische Landesamt hält angesichts generell veränderter Wachstumsbedingungen die von PROGNOSE angesetzte Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1975 bis 1990 für zu hoch. Dies dürfte schon daraus deutlich werden, daß dieser Durchschnitt für den Zeitraum 1975/80 von einer Jahresrate von 4,5% ausgeht (1980/85 : 3,4%, 1985/90 : 3,2%), was aller Voraussicht nach nicht erreicht werden kann. Noch schwieriger ist die Abschätzung der Produktivitätsentwicklung, denn für die Vorausschätzungen dieser Größe liefert die Theorie bisher grundsätzlich keine gesicherten Anhaltspunkte. Wie Schaubild 1 zeigt, ist der Trend der zukünftigen Produktivitätsentwicklung nach der Schätzung von PROGNOSE steiler als es die tendenzielle Entwicklung in der Vergangenheit war. Die Frage, ob sich eine durch diese Konstellation bedingte Wachstumsrate in Zukunft abzeichnet, ob also der Strukturwandel sich gegenüber früher beschleunigt oder nicht, kann hier nicht ausdiskutiert werden.

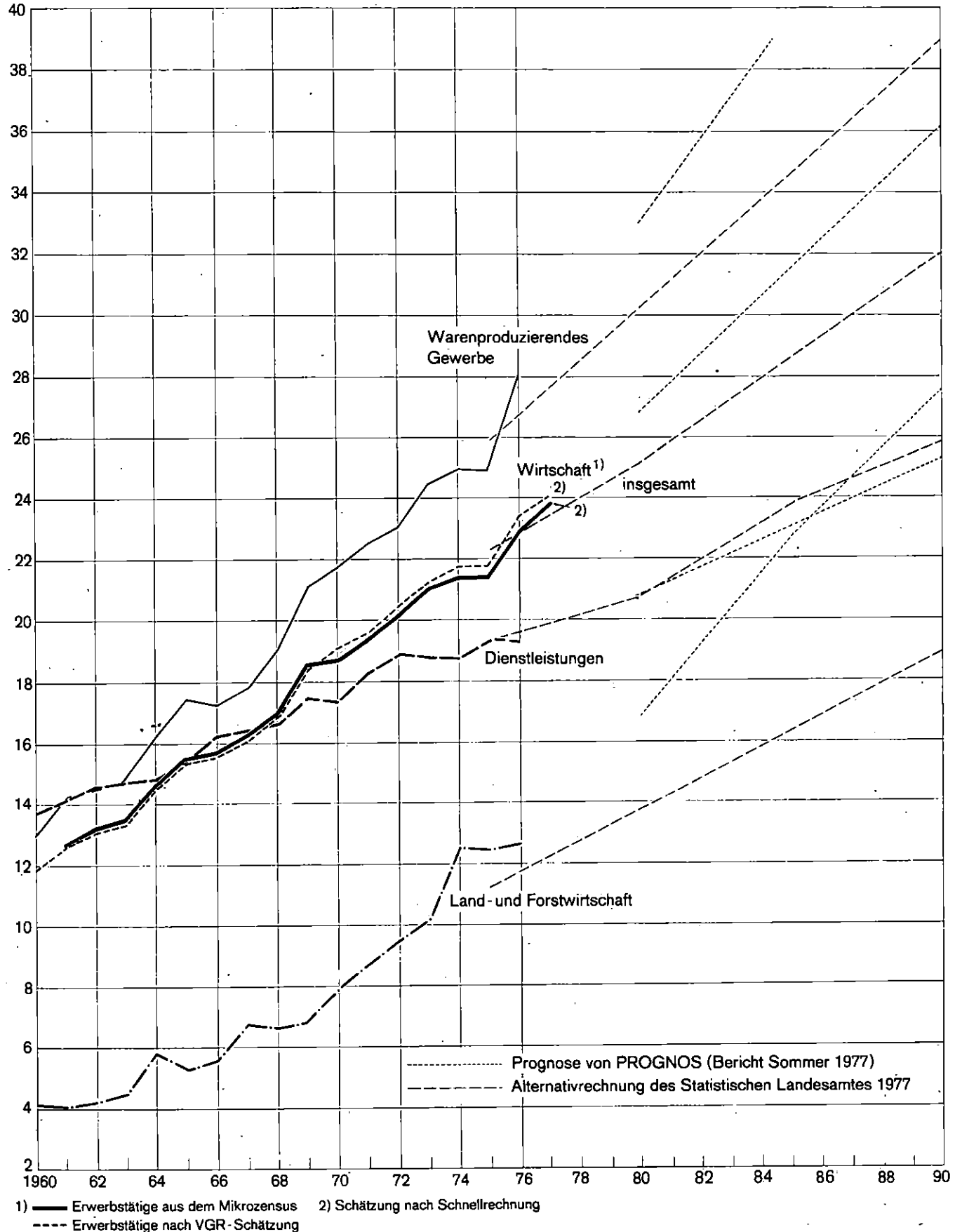
Ein direkter zahlenmäßiger Vergleich der aus der Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage sich im Rahmen der Arbeitsmarktbilanz ergebenden Differenz von PROGNOSE und dem Statistischen Landesamt ist erschwert durch Begriffs- und Definitionsprobleme.

So wird aus Tabelle 2 ersichtlich, daß PROGNOSE in seiner Arbeitsmarktbilanz versucht, die aus methodischen und theoretischen Ableitungen gewon-

Schaubild 1

Entwicklung der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) insgesamt und nach drei Wirtschaftsbereichen – in Preisen von 1962 –

in Tausend DM



nenen Zahlen zum „Arbeitskräfteüberschuß“ durch Rechen- und Differenzgrößen mit einer in der Praxis laufend beobachteten und gemessenen Größe, der Zahl der Arbeitslosen, in Verbindung zu bringen. Hierzu wird der Begriff der „statistischen Differenz“ eingeführt, der seiner Definition und Konstruktion nach keineswegs überzeugt und nicht als brauchbare Größe angesehen werden kann. Denn schon für die Vergangenheit weisen die aus den Modellansätzen und Prämissen von PROGROS abgeleiteten Zahlen zum sogenannten Arbeitskräfteüberschuß einen sehr großen Unterschied zur statistisch ermittelten Zahl an Arbeitslosen auf. Dies weist auf eine offenbar erhebliche Problematik im gesamten Definitions- und Ermittlungsverfahren hin. Darüber hinaus wird mit diesem Verfahren der Eindruck erweckt, als ob das Ergebnis einer Modellrechnung über Umrechnungen und fiktive Ergänzungen in eine konkrete, begrifflich und statistisch festliegende Größe umgesetzt werden könne. Dies geht jedoch weit über die Möglichkeit von Schätzverfahren hinaus. Es wäre deshalb zweckmäßig, bei derartigen Berechnungen nicht von „Arbeitslosen“, sondern von einer „rechnerischen Differenz“ zu sprechen. Dies würde anzeigen, daß der Modellcharakter der Berechnungen und ihre Orientierung an tendenziellen Entwicklungen im Vordergrund steht.

Versucht man nun trotz dieser Schwierigkeiten einen Vergleich und zwar mit der als „Arbeitslose“ bezeichneten Größe, so zeichnet sich hinsichtlich der tendenziellen Entwicklung folgendes ab: Das Maximum der Arbeitslosenentwicklung ergibt sich bei PROGROS schon für 1980, während es nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes für etwa 1985 zu erwarten ist. Angesichts der möglichen wirtschaftlichen Entwicklung bis 1980 – die nicht zuletzt von PROGROS außerordentlich positiv gesehen wird – ist es jedoch unwahrscheinlich, daß sich in nur 2 Jahren die Arbeitslosenzahl Baden-Württembergs verdoppelt. Es ist vielmehr zu erwarten, daß sich unter den angenommenen Bedingungen die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren weder entscheidend verbessern noch verschlechtern wird, so daß eine Lage wie die heutige denkbar ist. Würde bei PROGROS von einem korrigierten Prognoseansatz ausgegangen (Tabelle 2), ergäben sich Größenordnungen, die tendenziell in die gleiche Richtung weisen. Demgegenüber ist – wie zuvor dargestellt – aufgrund der Besonderheiten der Altersstruktur in den frühen achtziger Jahren aus heutiger Sicht mit einem weiteren starken Anstieg des Erwerbspersonenangebots zu rechnen. Insofern ist es durchaus möglich, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Diese tendenziell mögliche Entwicklung tritt bei PROGROS deshalb nicht in Erscheinung, weil der Zustrom an Erwerbspersonen hier durch die angenommene Einführung eines 10. Schuljahres absorbiert wird. Handlungsalternativen sollten jedoch nicht vorab in einer Prognose berücksichtigt werden, da sie die zu erwartende Problemlage verdecken und damit den Informationsgehalt von Prognosen insbesondere für den Politiker mindern. Generell ist – wiederum aufgrund demographischer Besonderheiten – im Zeitraum 1985 bis 1990 mit einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, die unter Berücksichtigung der gewählten Prämissen (10. Schuljahr) bei PROGROS stärker in Erscheinung tritt als bei den Daten des Amtes.

tiven sollten jedoch nicht vorab in einer Prognose berücksichtigt werden, da sie die zu erwartende Problemlage verdecken und damit den Informationsgehalt von Prognosen insbesondere für den Politiker mindern. Generell ist – wiederum aufgrund demographischer Besonderheiten – im Zeitraum 1985 bis 1990 mit einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, die unter Berücksichtigung der gewählten Prämissen (10. Schuljahr) bei PROGROS stärker in Erscheinung tritt als bei den Daten des Amtes.

Alternativüberlegungen

Angesichts der jetzigen und aller Voraussicht nach künftigen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt – die der Tendenz nach übereinstimmend, wenn auch im Ausmaß unterschiedlich von den verschiedenen Institutionen gesehen werden – interessiert naturgemäß besonders, welche Entwicklungen eintreten müßten, damit es zu einer Verbesserung der Situation kommt. Damit wird bezüglich der Angebotsseite eine unter bestimmten Produktivitätsbedingungen sich vollziehende stärkere Wirtschaftsentwicklung angesprochen. Im Hinblick auf das zukünftige Potential der Arbeitssuchenden stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten für die Reduzierung der Erwerbspersonenzahl sich abzeichnen. Nachfolgend sollen besonders solche Entwicklungen betrachtet werden, die seit den sechziger Jahren aus verschiedenen Gründen zu Entzugerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben.

Eine erste Kategorie von Entwicklungsmöglichkeiten setzt auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes an. Sie geht davon aus, daß mit einem höheren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der Regel auch eine Vergrößerung der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze verbunden ist. Dies gilt allerdings nur – wie schon zuvor ausgeführt – unter der Bedingung der vorliegenden Modellrechnung, nach der das Bruttoinlandsprodukt stärker steigt als die Produktivität. Eine solche Konstellation ist „arbeitsmarktfreundlich“, da mit höherem Wachstum automatisch Arbeitsplätze entstehen. Geht man einmal im Rahmen des hier vorgetragenen Entwicklungsansatzes von einem höheren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aus (1975/80 : 4%, 1980/85 : 3,5%, 1985/90 : 3,3%), so ergibt sich über eine dieser Entwicklung angepaßte Produktivitätsentwicklung (1975/90 : jahresdurchschnittlich 3%) auf der Grundlage sektoraler Einzelschätzungen für das zukünftige Arbeitsplatzpotential in etwa gegenüber den in Tabelle 1 ausgewiesenen Zahlen für die einzelnen Jahre folgende Veränderung:

	Erhöhung um ... Arbeitsplätze
1980	50 000
1985	60 000
1990	80 000

Im Vergleich zu der unter anderen Bedingungen ermittelten Arbeitsmarktbilanz zeigen diese Berechnungen, daß über ein höheres Wirtschaftswachstum bei der angenommenen Konstellation zwischen Bruttoinlandsprodukt- und Produktivitätszunahme die zukünftige Differenz zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen reduziert werden kann. Aus heutiger Sicht hält allerdings das Amt diesen Wachstumsansatz nicht für unbedingt plausibel, so daß auch die abgeleiteten Ergebnisse mit außerordentlich hohen Unsicherheitsmargen behaftet sind.

Weiterhin ist zu beachten, daß eine solche Betrachtung rein quantitativ und damit sehr pauschal ist, da über den Charakter und die Qualifikation der im Zuge des Wachstums neu entstehenden Arbeitsplätze nichts gesagt wird. Bestehen Ungleichgewichte zwischen den nachgefragten und den angebotenen Qualifikationen, so kann – wie es heute schon in manchen Bereichen beobachtet wird – trotz Wachstum Arbeitslosigkeit bestehen. Es ist sogar möglich, und auch hierfür gibt es schon heute Beispiele, daß wegen fehlender Qualifikation des vorhandenen Arbeitspotentials das Wachstum behindert wird, womit die Einstellchancen schwervermittelbarer Arbeitskräfte nochmals verschlechtert werden.

Die zweite Kategorie von Entwicklungsmöglichkeiten geht von der in den letzten Jahren gemachten Beobachtung aus, daß gewisse Situationen auf dem Arbeitsmarkt nicht ohne Rückwirkungen auf das Erwerbspersonenangebot bleiben. So hat die Voll- und Überbeschäftigung der sechziger Jahre zu einem Zustrom von Ausländern und insbesondere der Boom Anfang der siebziger Jahre zu einer höheren Erwerbsbereitschaft der Frauen geführt. Umgekehrt hat in einer Zeit eines wirtschaftlichen Rück-

gangs das Angebot an Erwerbspersonen abgenommen, und zwar im Zeitraum 1973 bis 1976 um 85 000 bei den ausländischen Arbeitskräften und um 116 000 bei den deutschen Erwerbspersonen. Die Ursachen für das hohe Versickerungspotential bei den Deutschen sind in erster Linie ein erweiterter Schulbesuch und eine verstärkte Inanspruchnahme der Möglichkeit der flexiblen Altersgrenze. Dies zeigt die Entwicklung der Erwerbsquoten in den entsprechenden Altersjahren (Tabelle 3). Es ist weiterhin ein krisenbedingter Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit zu verzeichnen, der sich allerdings von 1976 nach 1977 nicht weiter fortgesetzt hat. Generell zeigt sich also, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes von der Nachfrageseite her durchaus effektiv ist, und zwar auf der Grundlage schon bestehender Rahmenbedingungen und ohne daß hierfür bisher spezifische Maßnahmen hätten ergriffen werden müssen. Es entbehrt deshalb nicht jeder Plausibilität, auch für die Zukunft entsprechende Entlastungseffekte anzunehmen.

Insbesondere dürften solche Rückkoppelungsbeziehungen für den recht problematischen Zeitabschnitt von 1980 bis 1985 erwartet werden können. Nachfolgend werden unter diesem Gesichtspunkt Modellannahmen für die Ausländerabwanderung und die Frauenerwerbstätigkeit durchgerechnet. Zweifellos werden auch Reaktionen in Richtung einer verlängerten Schulbildung und einer stärkeren Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze ausgelöst. Dies könnte durch geeignete Maßnahmen noch unterstützt werden. Abschließend wird deshalb eine Quantifizierung des mit diesen Maßnahmen verbundenen Erwerbspersonenrückgangs versucht.

Was zunächst die Ausländerabwanderung betrifft, so hat sich die durch die Rezession bedingte Abwanderungswelle von Jahr zu Jahr abgeflacht, doch

Tabelle 3

Entwicklung von Erwerbsquoten in ausgewählten Altersjahren

Altersgruppe von bis unter Jahren	Geschlecht	Volkszählung		1% - Mikrozensushebung		
		1961	1970	1973	1976	1977
15 bis unter 20	männlich	81,7	64,2	59	50	47
	weiblich	80,0	62,6	56	45	43
	insgesamt	80,5	63,4	58	47	45
20 bis unter 25	männlich	90,0	84,9	82	76	78
	weiblich	77,6	72,0	72	70	72
	insgesamt	81,1	78,6	77	73	75
60 bis unter 65	männlich	79,5	75,3	74	58	51
	weiblich	29,9	22,4	24	19	17
	insgesamt	51,4	44,9	45	34	31
65 Jahre und älter	männlich	30,1	21,6	20	13	12
	weiblich	13,2	8,3	8	5	5
	insgesamt	19,9	13,4	13	8	8

ist auch für 1977 ein wenn auch wesentlich kleiner Rückgang der Ausländer zu verzeichnen. Es ist deshalb nicht unplausibel anzunehmen, daß durch aus mit einer freiwilligen Rückkehr von Ausländern gerechnet werden kann, wenn in den achtziger Jahren das Überangebot an Arbeitskräften wieder größer werden wird. In der nachfolgenden Durchrechnung wird dabei von einem Kontingent (80 000 Personen) etwa in der Höhe der in den letzten Jahren erfolgten Abwanderung ausgegangen. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Erfahrungsgemäß sind die länger im Land anwesenden Haushalte bereits sehr stark in die hiesige Bevölkerung integriert und immobil geworden, jedoch kann damit gerechnet werden, daß die erst später zugezogenen Haushalte eher wieder in die Heimatländer zurückkehren. Es wird deswegen davon ausgegangen, daß ab 1980 ein Erwerbspersonenkontingent in der Größenordnung der von 1972 bis heute zugezogenen Haushalte mit 65 000 erwerbstätigen Haushaltsvorständen und etwa 15 000 erwerbstätigen Frauen freiwillig – gegebenenfalls mit entsprechenden staatlichen Fördermaßnahmen – abwandern könnte. Dies könnte zu folgender Verringerung des Erwerbspersonenangebots gegenüber den bisher angenommenen Zahlen für die einzelnen Jahre führen:

	Verringerung um Erwerbspersonen
1980	—
1985	80 000
1990	80 000

Was die *Erwerbsbeteiligung der Frauen* betrifft, so kann ein Rückgang ihrer Erwerbsbereitschaft nur insoweit unterstellt werden, als die Bereitschaft der Frauen, am Erwerbsleben teilzunehmen, u. a. in starkem Maße vom Angebot an geeigneten Arbeitsplätzen überhaupt abhängt. Bei weiterhin schwachem Angebot an Arbeitsplätzen ist es möglich, daß Frauen, die besonders als zweite Verdienner in der Familie über längere Zeit keine entsprechende Tätigkeit mehr finden, ihr Interesse an einer Erwerbstätigkeit verlieren und dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Zur Berechnung der Auswirkung dieser Möglichkeiten wurde angenommen, daß sich die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 35 bis unter 60 Jahren je nach Altersgruppe um bis zu 5 Prozentpunkten absenken kann. Das Ergebnis der Berechnung ist folgendes:

	Verringerung um Erwerbspersonen
1980	66 000
1985	66 000
1990	65 000

Was die *Überlegungen zur Einführung eines 10. Schuljahres* betrifft, so ist festzustellen, daß der Arbeitsmarkt dadurch nur begrenzt und vor allem nur vorübergehend entlastet werden könnte. Bereits jetzt besuchen in Baden-Württemberg etwa 41% dieses Altersjahrgangs ein 10. Schuljahr an Realschulen, Gymnasien und vergleichbaren Einrichtungen. Weitere 24% erhalten an beruflichen Vollzeitschulen ein 10. Schuljahr. Nach dem Stand vom Schuljahr 1976/77 durchliefen somit nur noch 35% eines Altersjahrgangs kein 10. Vollzeitschuljahr. In absoluten Zahlen waren es rund 53 500 Jugendliche. Durch den Anstieg des Schulbesuchs auf Realschulen und Gymnasien in der Vergangenheit wird sich diese Zahl sowohl relativ als auch absolut in den nächsten Jahren ohnehin verringern. Im Jahr 1980 werden es ohne Berücksichtigung des vorgesehenen Ausbaus der beruflichen Vollzeitschulen voraussichtlich nur noch 26% oder rund 42 000 Jugendliche sein.

Die Landesregierung hat sich gegen ein allgemeinbildendes 10. Schuljahr an Hauptschulen ausgesprochen, da hiergegen grundsätzliche bildungspolitische Bedenken bestehen. Im Rahmen der von der Landesregierung beschlossenen Gesamtkonzeption zur Gliederung der Ausbildungs- und Berufschancen der jungen Generation ist ein weiterer Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen vorgesehen. Dabei ist an eine sinnvolle Aufgabenteilung mit der auszubildenden Wirtschaft und nicht daran gedacht, das erste Jahr der Lehrlingsausbildung in allen Fällen der Schule zu übertragen. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist zu berücksichtigen, daß dieser Ausbau überwiegend dem Ausbildungsstellenmarkt und nicht so sehr den allgemeinen Arbeitsmarkt entlasten wird. Dies deshalb, weil ein Vollzeitschuljahr an einer beruflichen Schule weitgehend auf eine anschließende Lehrlingsausbildung angerechnet wird, so daß für den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt keine zeitliche Verzögerung eintritt.

Ein Entzugseffekt für den allgemeinen Arbeitsmarkt könnte jedoch für die Gruppe der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag (Jungarbeiter, Jungangestellte) errechnet werden, wenn für diese die Ableistung der Berufsschulpflicht verstärkt durch den Besuch einjähriger Berufsfachschulen ermöglicht wird. Dieser Entzugseffekt dürfte im Jahr der Einführung maximal 10 000 bis 12 500 Erwerbspersonen umfassen.

Eine *Herabsetzung des Rentenalters*, des Alters, an dem frühesten aufgrund persönlicher Entscheidung Rentenbezug angestrebt werden kann, braucht nur für Männer realisiert zu werden, da Frauen schon heute ab dem 60. Lebensjahr Rente beziehen können. Für die angestellten Berechnungen wurde unterstellt, daß das Rentenalter auch für Männer auf das 60. Lebensjahr vorgezogen wird.

Tabelle 4

Erwerbsquote nach Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Eingabe in Originalrechnung	Absenkung auf im Jahr		
		1980	1985	1990
		%		
59 – 60	85,9	85,9	85,9	85,9
60 – 61	82,5	75,0	55,0	55,0
61 – 62	78,6	70,0	50,0	50,0
62 – 63	74,3	65,0	45,0	45,0
63 – 64	50,0	40,0	35,0	35,0
64 – 65	40,0	30,0	30,0	30,0
65 – 66	30,0	30,0	30,0	30,0

Hierfür wurden die in die Originalrechnung eingegebenen Erwerbsquoten im Alter von 59 Jahren bis unter 66 Jahren abgesenkt (*Tabelle 4*).

Dies gäbe eine Verringerung des Angebots an Erwerbspersonen wie folgt:

	Verringerung der Erwerbspersonen
1980	11 000
1985	41 000
1990	53 000

Die Auswirkung einer solchen Maßnahme ist im Jahr 1980 besonders gering, weil dann auch die stark dezimierten Geburtsjahrgänge vom Ende des ersten Weltkrieges ins Rentenalter treten.

Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß das kombinierte Eintreten bestimmter Entwicklungsmöglichkeiten durchaus ein beachtliches Entlastungspotential umfaßt. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß aus heutiger Sicht spätestens ab 1990 das Erwerbspersonenangebot aus demographisch bedingten Ursachen wieder abnehmen wird. Infolgedessen sollten bis dahin möglicherweise ergriffene Handlungsalternativen so gesteuert werden, daß sie ab diesem Zeitpunkt je nach gegebener Arbeitsmarktsituation wieder außer Kraft gesetzt werden können.

Düstere Zukunftsvisionen plausibel?

Wie die zuvor dargestellten Vorausschätzungen aufzeigen, ist in den achtziger Jahren mit sehr großen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Gleichzeitig wurde darzulegen versucht, daß, wenn bestimmte Rückkoppelungsbeziehungen eintreten und wenn diese durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden, das Problem zumindest im Hinblick auf Baden-Württemberg in überschaubaren Dimensionen bleiben könnte. Es ist nun in jüngster Zeit eine Projektion bekannt geworden, die ein über die bisher bestehenden Vorausschätzungen hinausge-

hendes, weit bedrohlicheres Zukunftsbild entwirft. Das von Prof. Pestel und seinen Mitarbeitern vorgestellte „Deutschland-Modell“³ geht von einer exorbitanten Steigerung der Erwerbspersonenzahl aus bei durchaus plausibler Arbeitsplatzschätzung andererseits. Nachfolgend wird diese Vorstellung unter Plausibilitäts Gesichtspunkten geprüft. Dies ist im einzelnen schwierig, da im Rahmen des Zeitschriften-Aufsatzes sowohl die methodischen Angaben wie auch die Datennachweise äußerst spärlich sind und eine Vielzahl unbegründeter Behauptungen aufgestellt wird. Allgemein läßt sich jedoch durchaus Stellung nehmen.

Das im „Institut für angewandte Systemforschung und Prognose“ bis zum Jahr 2000 erarbeitete Deutschland-Modell – es liegen nur Zahlen für den Bund, nicht für Baden-Württemberg vor – enthält einerseits eine durchaus plausible Schätzvorstellung für das Angebot an Arbeitsplätzen, worauf später noch einzugehen sein wird. Der Erwerbspersonenschätzung liegt, wie allgemein üblich, ein Bevölkerungsmodell zugrunde, aus dem über alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten die Erwerbspersonen geschätzt werden. In einem sogenannten Erwerbsmodell I werden offenbar der Vorausschätzung die Erwerbsquoten des Jahres 1975 zugrunde gelegt. Diese Variante hat also Status-quo-Charakter und kommt zu folgenden Ergebnissen: Bis Mitte der achtziger Jahre steigen die Erwerbspersonenzahlen kontinuierlich an, um dann bis 1990 leicht und danach schneller abzunehmen (*Tabelle 5*).

Im Gegensatz dazu wird in einem Erwerbsmodell II über ein zusätzliches Ausbildungsmodell die Annahme unveränderter Erwerbsquoten aufgehoben und – ohne nähere Angaben – die Hypothese unterstellt, daß ein steigender Ausbildungsstand die Nei-

³ E. Pestel, R. Bauerschmidt, K. P. Möller, W. Oest: Das Deutschland-Modell 1990: 2,5 Millionen potentielle Arbeitslose. In: Bild der Wissenschaft, Heft 1, 1978.

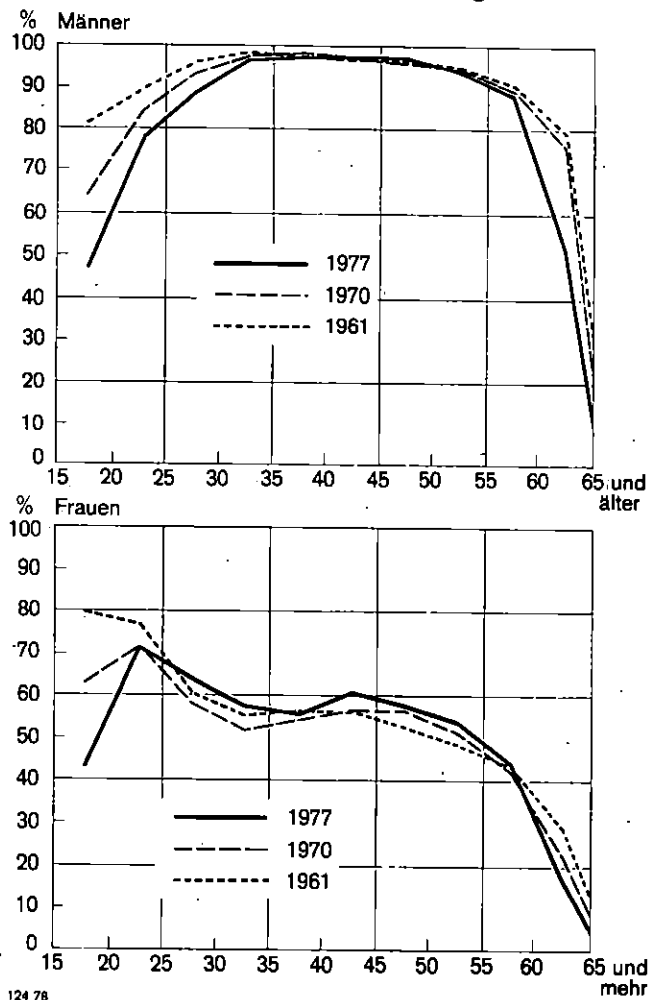
gung hebt, in das Erwerbsleben einzutreten und damit die Erwerbsquote erhöht. Entsprechend steigt die Zahl der Erwerbspersonen gegenüber der ersten Version erheblich stärker an (*Tabelle 5*). Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß sie auch von 1985 nach 1990 weiter steigt und danach nur sehr langsam abnimmt. Da sich – bei gleichem Arbeitsplatzangebot – die Differenz zwischen Erwerbspersonenangebot und Erwerbspersonennachfrage entsprechend der Erwerbspersonenentwicklung verhält, hat dies hinsichtlich der „potentiell Arbeitslosen“ eine doppelte Konsequenz: Die Zahl der „potentiell Arbeitslosen“ ist im gesamten betrachteten Prognosezeitraum in Modell II wesentlich höher als im Modell I. Weiterhin nimmt die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt im Modell II nicht – wie im Modell I – nach 1985 ab sondern ganz im Gegenteil bis 1990 noch erheblich zu, um erst danach abzuflachen. Nach den Annahmen des Modells II vergrößert sich also das Problem im quantitativen Hinsicht und in seiner zeitlichen Erstreckung sehr erheblich.

Wie plausibel sind nun die dem Ausbildungsmodell und damit die dem Erwerbsmodell II zugrunde liegenden Annahmen?

Pestel hat zwischenzeitlich eine Meinungsäußerung dahingehend gebracht, daß in dem Erwerbsmodell II zu extreme Annahmen bezüglich des Einflusses der Berufsbildung auf die Erwerbsquoten gemacht worden sind. Er ist allerdings der Meinung, daß die allgemeinen in dem Artikel gezogenen Schlußfolgerungen davon nicht betroffen sind⁴. Insofern ist eine Auseinandersetzung mit den zugrunde liegenden Annahmen der umstrittenen Version nach wie vor angebracht. Dabei geht es vor allem um die Frage, welchen Einfluß das Bildungsverhalten auf die Entwicklung der Erwerbsquoten hat. Dabei ist zweierlei bemerkenswert. Wie die Vergangenheitsentwicklung zeigt (*Schaubild 2*), hat die verlängerte Ausbildung bisher bei den Männern ausschließlich zu einem Entzugseffekt auf dem Arbeitsmarkt geführt. Des weiteren ist das Erwerbspotential der

Schaubild 2

Erwerbsquote in Baden-Württemberg



Männer, wie die hohen Quoten in den relevanten Altersjahren zeigen, praktisch ausgeschöpft, da in unserer Gesellschaftsform in der Regel der Mann, unabhängig von seiner Bildung, den Lebensunterhalt erwirtschaften muß. Gerade aber bei den Männern soll sich, wie aus den Zahlen von Pestel hervorgeht, der Effekt der höheren Ausbildung niederschlagen, was dazu führt, daß 1990 in der zweiten Version

Tabelle 5

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonen im Bundesgebiet nach dem "Deutschland-Modell"

Jahr	Modell I			Modell II		
	insgesamt 1)	Deutsche		insgesamt 1)	Deutsche	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen
	Millionen Erwerbspersonen					
1975	26,9	15,5	9,4	26,9	15,5	9,4
1980	27,5	16,1	9,7	27,8	16,4	9,7
1985	28,1	16,7	9,8	28,9	17,3	10,0
1990	27,9	16,3	8,8	29,3	17,8	9,7
2000	26,3	15,7	8,3	28,2	17,1	8,8

1) Einschließlich Ausländer.

1,5 Millionen Männer mehr im Erwerbsleben stehen sollen als in der Version I. Es dürfte nicht zu weit gegriffen sein zu sagen, daß eine solche Hypothese jeglicher Plausibilität entbehrt. Danach sind die Annahmen der Version I als die realistischeren und wahrscheinlicheren einzustufen. Es kann weiterhin davon ausgegangen werden, daß verlängerte Ausbildung nach wie vor bei den Männern ausschließlich als Entzug auf dem Arbeitsmarkt wirksam wird.

Leicht differenziert ist die Situation bei den Frauen. Auch hier wirkt der Entzugseffekt in den Altersjahren bis 25 Jahren, anschließend aber ist eine Zunahme der Erwerbsneigung zu beobachten. Es ist schwer abzuschätzen, ob sich diese Entwicklung insbesondere angesichts zunehmender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt forsetzt und in welchem Ausmaß sich verstärkte Erwerbstätigkeit mit längerer Ausbildungszeit und früherer Verrentung kompensiert. Gewisse Auswirkungen können sicherlich in Rechnung gestellt werden, ein Ausmaß von fast 900 000 Frauen zusätzlich in der Version II gegenüber der Version I im Jahr 1990 ist jedoch sehr unplausibel.

Es kann somit abschließend festgestellt werden, daß die Erwerbspersonenvorausschätzung nach Modell II und entsprechend damit auch die Abschätzung der über diese Version ermittelten „potentiell Arbeitslosen“ praktisch jeglicher Plausibilität entbehrt.

Was die Durchrechnung des Modells I betrifft, so deckt sie sich durchaus mit den bisher bestehenden Vorausschätzungsansätzen hinsichtlich der tendenziellen Erwerbspersonen- und „Arbeitslosen“-Entwicklung. Bemerkenswert ist fernerhin, wie deziert diese Studie hervorhebt, daß die Schwierigkeiten der nächsten Jahre auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie durch die demographischen Ungleichgewichte hervorgerufen werden. Da die Personen, um die es hier geht, alle schon geboren sind, kann dies mit großer Sicherheit behauptet werden. Entsprechend gehen denn auch die meisten der von Pestel und seinen Mitarbeitern vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten von dieser Seite des Arbeitsmarktes aus und versuchen eine Reduktion des Erwerbspersonenangebots zu erreichen. Es werden die Effekte einzelner Maßnahmen (Einführung eines Berufsgrundschuljahres, Senkung der Altersgrenze, verschiedene Verfahren zur Arbeitszeitverkürzung) durchgerechnet, wobei abschließend eine Kombination verschiedener, jeweils mäßig angesetzter Maßnahmen als am leichtesten durchführbar angesehen wird. Grundsätzlich sehen Pestel und seine Mitarbeiter für Handlungen von diesem Ansatzpunkt aus die größte Effizienz und den

größten Erfolg, während sie das Wirtschaftswachstum und insbesondere das Produktivitätswachstum im Blick auf die gegebene Problemlage für kaum steuerbar und beeinflussbar halten.

Vergleich mit dem Modell der Arbeitsplatzentwicklung von Pestel

Aussagen über zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen sind mit erheblich höheren Unsicherheitsmargen belastet als demographische Vorausschätzungen, da ihnen keine relativ sicheren Kenntnisse über die relevanten Einflußfaktoren und die zwischen ihnen bestehenden Wirkungszusammenhänge zugrunde liegen. Insofern ist es zweckmäßig, zur Abschätzung der Plausibilität bestimmter Ansätze möglichst viele Modellvorstellungen heranzuziehen, miteinander zu vergleichen und weitgehend Gemeinsames herauszuarbeiten. Hier bietet sich neben dem Vergleich PROGROS und Statistisches Landesamt das Modell zur Arbeitsplatzentwicklung von Pestel an.

Es geht von einem nachfrageorientierten Ansatz des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts aus, um dem Sachverhalt Rechnung zu tragen, daß, wie schon jetzt, so auch künftig von der Verwendungsseite her limitierende Wachstumseffekte ausgehen werden. Das methodische Vorgehen ist im einzelnen nicht nachzuvollziehen. Dazu sind die Angaben zu pauschal und das Modell zu komplex. Es ist in 19 Sektoren untergliedert, deren Zusammenhänge offenbar über eine Input-Output-Tabelle ermittelt werden. Es arbeitet mit der Szenario-Technik (privater Konsum, Staatsverbrauch), der Außenhandel wird mit Hilfe eines Weltmodells (vermutlich jenes von Mesarovic-Pestel) geschätzt, die Investitionen errechnen sich aus dem Modell selbst. Das Ergebnis dieses komplexen Modellansatzes ist folgendes: „Das aus der Entwicklung der Einzelkomponenten der Endnachfrage resultierende Wirtschaftswachstum würde bis zum Jahr 2000 fast zu einer Verdoppelung des Bruttosozialprodukts führen. In Preisen von 1962 würde es von 574 Milliarden auf 1 055 Milliarden im Jahr 2000 ansteigen. Dieses entspricht einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von 2,4%, wie wir sie bereits zwischen 1970 und 1976 hatten⁵“. Die Durchschnittsrate von 2,4% impliziert, wie später ausgeführt, bis 1985 eine Jahresrate von 2,65%. Im Vergleich zu allen bekannten Vorausschätzungen ist dies ein außerordentlich niedriges Ergebnis. Unabhängig von der präzisen Zahl dürfte es verdeutlichen, daß mit übersteigerten Wachstumsvorstellungen für die Zukunft nicht mehr gerchnet werden kann. Bemerkenswert ist die positive Interpretation dieses Ergebnisses durch Pestel, die sich offenbar nicht an den Wachstums-

⁴ E. Pestel, in: Bild der Wissenschaft, Heft 3 1978, Seite 8 (Leserbrief).

⁵ E. Pestel, a. a. O. Seite 29 f.

raten, sondern an den *absoluten* Zuwächsen orientiert. Denn ausgehend von einem schon hohen Niveau ergeben auch niedrigere relative Zuwächse hohe absolute Zunahmen (*Schaubild 3*). Beide Aspekte decken sich im Grundsatz durchaus mit der bisher vom Statistischen Landesamt vertretenen Position.

Bei der Produktivitätsentwicklung wird interessanter Weise davon ausgegangen, daß künftig Automatisierungseffekte gegenüber Verbesserungen des Organisationsablaufs und der qualitativen Verbesserung der Produkte zurücktreten werden. Bemerkenswerterweise wird eine wachstumsunabhängige und eine wachstumsabhängige Produktivitätssteigerung unterschieden. Zur Produktivitätsentwicklung selbst werden keine detaillierten Angaben gemacht, es wird vielmehr das Ergebnis ihrer Zusammenführung mit dem Wirtschaftswachstum vorgeführt: Der Bedarf an Arbeitsleistung, gemessen in Milliarden Arbeitsstunden je Jahr, ändert sich bis zum Jahr 2000 kaum. Pestel unterstellt im Anschluß eine leichte, offenbar im langfristigen Trend liegende Arbeitszeitverkürzung, so daß sich ein Mehrbedarf an Arbeitskräften errechnet, wonach diese im Bundesgebiet von 25,9 Millionen im Jahr 1975 auf 26,9 Millionen Personen im Jahr 1990 steigen. Es wird angemerkt, daß es sich bei dieser Schätzung aufgrund einer eventuell stärkeren Produktivitätsentwicklung um eine obere Variante handeln dürfte.

Es wäre interessant, aus diesem Modell Ergebnisse für Baden-Württemberg abzuleiten. Diese können schätzungsweise über eine Ableitung von Landes- aus Bundesergebnissen mit Hilfe der Landesquote ermittelt werden. So beträgt der Anteil der Erwerbstätigen Baden-Württembergs am Bund im

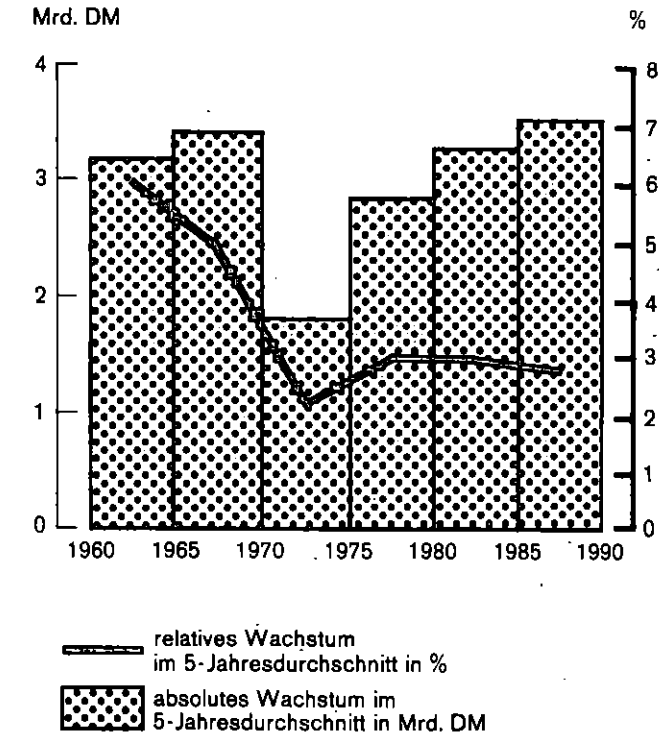
Tabelle 6
Vergleich verschiedener Vorausschätzungen der Erwerbstätigen (= Arbeitsplätze)

Prognose	1980	1985	1990
	Mill. Personen		
Ergebnisse der Pestel-Prognose für den Bund	25,8	26,6	26,9
hilfsweise Ableitung für Baden-Württemberg Meth. 1 1)	4,13	4,26	4,30
hilfsweise Ableitung für Baden-Württemberg Meth. 2 2)	4,15	4,31	4,39
Prognose Statistisches Landesamt	4,18	4,25	4,40
Prognose Prognos	4,14	4,20	4,27

1) Anteil der Erwerbstätigen des Landes an der Erwerbstätigenzahl des Bundes, 1976 = 16%. — 2) Trendfortschreibung des Anteils: 1980 : 16,1%, 1985 : 16,2%, 1990 : 16,3%.

Schaubild 3:
Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

Ab 1975 geschätzt



133 78

Jahr 1976 16%. Wird diese Quote konstant gehalten und an die prognostizierten Werte von Pestel angelegt, so ergeben sich die in der Tabelle 6 nachgewiesenen Werte. Als Alternative wurde von einer trendmäßigen Fortschreibung der Anteilsentwicklung im Zeitraum 1960 bis 1976 ausgegangen, die zu für die Zukunft zu leicht höheren Landesanteilen führt: 1980 : 16,1%, 1985 : 16,2% und 1990 : 16,3%. Eine entsprechende allerdings deutlich stärker ausgeprägte Annahme hat auch PROG-NOS seinen Schätzungen zugrunde gelegt (offenbar ermittelt über den sog. Standortfaktor). Die verschiedenen Rechenergebnisse wurden in der *Tabelle 6* zusammengestellt, wobei der Vollständigkeit halber auch die Werte von PROG-NOS aufgenommen wurden.

Es zeichnet sich ab, daß die Schätzergebnisse angesichts der sehr großen methodischen Unterschiede ihrer Erstellung zwischen den Institutionen in einer durchaus vergleichbaren Größenordnung liegen. Dies legt den Schluß nahe anzunehmen, daß die Ereignisse sich mit großer Wahrscheinlichkeit — von welchen Annahmen auch immer man ausgeht — in etwa in dieser Richtung entwickeln werden.

